

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-  
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7890.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 je Seite oder deren Raum 40 Pfg., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
 Kernsprecher: Emil I., Nr. 1508,  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 19. August 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Papierschüsse.

Was die Minister samt und sonders unterlassen haben, im Abgeordnetenhaus feierlich und bestimmt zu erklären, holt nun die Kanalpresse nach: den unbeugsamen Willen der Regierung. An dem freien Tag zwischen der zweiten und dritten Lesung wird das Menschenmögliche geleistet, um die Junker durch papierne Drohungen einzuschüchtern.

Voran marschiert die demokratische „Frankfurter Zeitung“, deren Berliner Special-Falt vor ein paar Tagen noch die Annahme der Kanalvorlage seinem Blatt prophezeite, nunmehr aber als freiwilliger Offiziosus die königstreuen Rebellen mit einer Sperrdruck-Notiz zu beugen sucht, in der er aus „zuverlässiger Berliner Quelle“, d. h. aus sich selbst bestätigt, „daß nach der Niederlage der Regierung an maßgebender Stelle eine sehr ernste, entschlossene Stimmung herrsche. Der Miquel hörte, konnte merken, daß dieser Mann, der „es machen“ sollte, bald nicht mehr mitmachen werde. Sein Rücktritt werde bei der heutigen Stimmung nicht die einzige Folge des Scheiterns der Kanalvorlage sein“.

Rehlich knallt grausamlich die liberale „National-Zeitung“:

Nach Informationen, die wir für autoritativ halten, wird die etwaige Bestätigung der gestrigen Beschlüsse zweiter Lesung über die Kanalvorlage durch die dritte Lesung eine entscheidende Wendung sowohl in der inneren Politik, als in dem Verhältnis der Krone zu den Konservativen, wie es in vielen Beziehungen in Preußen seit Jahrzehnten traditionell war, herbeiführen.

Noch lauter drohen die Völler Krupp'scher Konstruktion, die in den „Berliner Neuesten Nachrichten“ losgelassen werden, die von „einer Stelle, welche über die Intentionen des Kaisers“ gut unterrichtet sei, folgende Mitteilung erhalten haben wollen:

In dem Verhalten der konservativen Partei zur Kanalvorlage erblickt der König eine persönliche Gerandforderung und eine völlige Verschiebung des Grundverhältnisses zwischen der Krone und der konservativen Partei. Der König ist entschlossen, den hingeworfenen Fehdehandschuh anzunehmen und den Kampf rücksichtslos durchzuführen.

Zugleich versichert das Blatt, es scheine bei den Freikonservativen Neigung zu einem gewissen Entgegenkommen zu herrschen. Es würde möglicherweise von ihnen eine Resolution an die Regierung eingebracht werden, mit der Auforderung, ein anderes Kanalprojekt zur Verbindung des Rheines mit der Ems vorzulegen.

Endlich aber raffte sich die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ — beileibe nicht der „Reichsanzeiger“ — zu einer durch den Druck stark hervorgehobenen Meinungsäußerung auf, die sie unter die Rubrik „Rechte Depeschen“ bucht, vermutlich um den Eindruck hervorzuheben, es handle sich wirklich um ein Telegramm, eine telegraphische Kriegserklärung gegen den inneren Feind, die Junker. Das offiziöse Schriftstück lautet:

„Die Ergebnisse der Abstimmungen der gestrigen zweiten Lesung der Kanalvorlage sind sehr betrübender Art. Die konservative Partei, nicht minder der größte Teil der freikonservativen Partei stimmten mit wenigen Ausnahmen nicht bloß gegen den ganzen Mittel-Rhein-Kanal, sondern auch gegen die Verbindung des Dortmund-Ems-Kanals mit dem Rhein und brachten, da auch ein Teil der kanalfreundlichen Parteien wegen provinzieller vermeintlicher Interessen gespalten war und aus taktischen Gründen bei der Hauptabstimmung sich das Centrum im wesentlichen enthielt, die Vorlage in beiden Abstimmungen zu Fall; den Dortmund-Rhein-Kanal allerdings nur mit einer Mehrheit von zwei Stimmen. Wenn diese Haltung der konservativen Parteien wider Verhoffen in der morgigen dritten Lesung fortbauert, so liegt die Befürchtung sehr nahe, daß die bisherige Stellung der konservativen Parteien zur Staatsregierung und selbst zur Krone insoweit eine erhebliche Erschütterung erleiden würde. Die Minister haben schon darauf hingewiesen, daß diese Frage nicht vereinzelt werden könne, und daß die Parteien alle Veranlassung haben, in ihrem eigenen Interesse sie im Zusammenhang mit der gesamten politischen und wirtschaftlichen Lage des Landes zu betrachten. Wir können daher nur die dringende Hoffnung und Mahnung aussprechen, daß die konservativen Parteien noch im letzten Augenblicke auch von diesem Standpunkte aus die Frage betrachten und in der morgigen Abstimmung ihre bisherige schroffe Ablehnung modifizieren. Die von den gegnerischen Parteien angeführten Gründe und Bedenken gegen das große nationale Unternehmen sind im Laufe der Beratungen von allen Gesichtspunkten aus so vollständig widerlegt worden, daß denselben eine Aenderung in ihrer Haltung um so leichter werden muß.“

Die Junker wären Fiesl, wenn sie sich durch diese Papierschüsse irgendwie beeinflussen lassen würden. Gerade die äußerlich ziemlich bedrohliche Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zeigt bei näherem Zusehen, wie bescheiden die Regierung in ihren Wünschen geworden ist. Sie verlangt nur noch, daß die konservativen Parteien „ihre bisherige schroffe Ablehnung modifizieren“. Das heißt, wenn man im Zusammenhang

liest: die Konservativen möchten so freundlich sein, doch wenigstens den harmlosen Dortmund-Rhein-Kanal zu bewilligen, damit ihre Opposition nicht gar zu umstürzlerisch aussehe und wirken möchte. Vom Mittel-Rhein-Kanal ist gar keine Rede mehr. Und da es sehr wahrscheinlich ist, daß der Regierung der kleine Gefallen mit Hilfe des Centrums erwiesen werden wird und sie das Besanftigungs-Kanälchen erhält, so wird sich schon alles wieder zum guten wenden.

Wenn die liberal-freisinnige Presse jetzt mit solchen einfältigen Drohungen die Junkerschaft zum Umfall zu bringen bemüht ist, so ist es die noch dümmere und elendere Wiederholung des früheren jämmerlichen Manövers mit den kaiserlichen Kanalreden. Es ist anzuerkennen, daß sich wenigstens die eine „Volks-Zeitung“ jetzt unserer Meinung anschließt und hervorhebt, daß der Ausgang des Kanalhandels vom konstitutionellen Standpunkt ganz und gar keine unerfreuliche Erscheinung sei.

Die Hoffnungen, die unsere Liberalen auf ihre Drohungen setzen, werden ebenso zu Schanden werden, wie ihre absolutistischen Sieges-Hymnen nach dem Tage von Dortmund. Die konservative Presse zeigt sich durchaus nicht von dem Uebermaß des Sieges bedrückt. Die „Kreuz-Zeitung“ wendet sich — und zwar mit Recht — gegen eine Auslassung des „Berliner Tageblattes“, das behauptet hat, die Konservativen hätten, stuhig geworden über den unerwünschten Sieg, durch die Annahme zweier Paragraphen die dritte Lesung gestreift:

Wir sind bei dem Berl. Tageblatt an viel gewöhnt; aber das ist doch ein starkes Stück, den Konservativen zu insinuieren, sie hätten darauf hingearbeitet, den „Zorzo“, den selbst die „Nat.-Ztg.“ als etwas ganz Unlogisches ansieht, in die dritte Lesung zu bringen. Jeder, der die gestrigen Verhandlungen verfolgt hat, weiß, daß die Konservativen alles daran gesetzt haben, die Angelegenheit gestern endgültig zu erledigen. Das Centrum hatte offenbar nicht allzu geschickt operiert, und die Art, wie nun der Abgeordnete Jmwalde eingriff, um völlig unmaßstäbliche Paragraphen zur Annahme zu bringen, oder die Verhandlungen zu vertagen, war ein Beweis ungeschickter offener Verschleppungstaktik. Bei der Auszählung stimmten für die unzusammenhängenden §§ 6 ff., denen ja jede Voraussetzung, nämlich die Kanäle selbst, neben dem Centrum (mit wenigen Ausnahmen) sämtliche Liberalen, die Polen und eine kleine Zahl von Freikonservativen, dagegen ihre große Mehrheit und die geschlossenen Konservativen.

Nicht diese haben also die dritte Lesung ängstlich ermöglicht, sondern die Liberalen mit dem Centrum. Und bei solcher Sachlage wagt das „Berliner Tageblatt“ seinen Lesern obige Sätze aufzutischen. In der ganzen langen Kanalaffäre haben seit Monaten unsere Freisinnigen eine unsagbar lächerliche Rolle gespielt. Immer mit Fiktionen gerechnet, immer um die Regierung herum gebettelt oder abwechselnd gedroht, immer eine neue Erfindung über die Konservativen in die Welt gesetzt — nicht des Kanals wegen, sondern nur um den Konservativen zu schaden.

Und zum Schluß stellt man die Thatsachen einfach auf den Kopf und knüpft daran unsinnige Bemerkungen.

Ob es dem Centrum nun weiter mit Hilfe des Gesamliberalismus gelingen wird, wie gestern die Möglichkeit der dritten Lesung, deren Vornahme möglichst lange hinauszuschieben, mit einem Worte weiter seine Verschleppungs- und Vertopplungsstaktik zu verfolgen, — wissen wir zur Stunde nicht; doch hoffen und glauben wir es nicht.

Die weiteren Pläne des Centrums und seines Kanalgefolges — die sie werden dabei natürlich von der Regierung unterstützt — scheinen dahin zu gehen: in dritter Lesung die Annahme des Rhein-Dortmund-Kanals, der ohne den Mittel-Rhein-Kanal technisch schwer denkbar ist, durchzusetzen. Dann geht die so gestaltete Vorlage an das Herrenhaus; von diesem wird erwartet, daß es schließlich durch einen eigenen Antrag den ganzen Mittel-Rhein-Kanal wiederherstelle. Dann läge die Vorlage wieder an das Abgeordnetenhaus, auf das man dann mit einem Hinweis wirken könne, die eine Hälfte des Landtages habe ja die Kanalvorlage bereits angenommen.

Dies der neue Kriegsplan, der durch die so sehnstchtig betriebene Verschleppungstaktik endlich einen Erfolg verschaffen soll! Ob er sich bis zu Ende durchführen wird lassen, wird man abwarten müssen.

Die Abrechnung mit den Freisinnigen ist durchaus verdient. In der That haben diese braven Mannesstolzen das Maß ihrer politischen Sünden und Thorheiten durch das unglaublich thörichte Verhalten bei der Abstimmung am Donnerstag zum Ueberlaufen gebracht. Für wahrhafte Freisinnige konnte es nur eine mögliche Taktik geben, die Vorlage sofort gänzlich zum Scheitern zu bringen und dadurch die Regierung zu zwingen, Farbe zu bekennen. Statt dessen haben sie durch die sinnlose Zustimmung zu zwei Paragraphen die enthauptete Vorlage in die dritte Lesung gelooft. Diese Freisinnigen haben nicht nur Furcht vor einem Konflikt zwischen der Regierung und ihrer Partei, sondern sogar vor einem Konflikt zwischen der Regierung und den Junkern, ihren Todfeinden.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das agrarische Centralorgan, begnügt sich — dem konstitutionellen Princip eine schwärmerische Huldigung dazubringen:

„Die gestrige Entscheidung läßt den Wünschen Sr. Majestät und den Ueberzeugungen seiner Regierung zuwider. Das ist bedauerlich; aber in jedem konstitutionellen Staate möglich. Wenn derartige Fälle an sich unmöglich wären, so hätte man schließlich darauf verzichten können, eine Verfassung zu fordern. Es ist wenig angemessen, ja gefährlich, den gegenwärtigen Fall über seine eigentliche Bedeutung hinaus aufzubauschen. Wenn würde es

einfallen, der Regierung eine Auflösung des Abgeordnetenhauses zu empfehlen, wenn irgend welche Sachverhalte abgelehnt worden wären? Grundsätzlich liegen die Dinge jetzt nicht anders, wenn ja auch zugestanden werden muß, daß das Kanalprojekt außerordentlich weitreichend war. Die Regierung kann aus dem Abstimmungsergebnisse ersehen, daß ihre Ueberzeugungen mit denen der Mehrheit der Volksvertretung nicht übereinstimmen. Bleibt sie in ihren Anschauungen fest, so wird sie kein anderes zweckmäßiges Mittel anwenden können als das fortgesetzte Verwehren. Mit dem Gewaltakte einer Auflösung werden die Ueberzeugungen auf wirtschaftlichem Gebiete nicht geändert. Doch das sind Dinge, für die andere die Verantwortung tragen.“

Wie erbärmlich — wir können kein anderes Wort gebrauchen — haben sich aber in diesem Kampfe die „unentwegten Vorkämpfer der Verfassung“ benommen, die sich immer theatralisch in den Mantel des Männerstolzes vor Königsthronen zu hüllen liebten! Wen bei dieser Art politischer Künstelei und Anbettelei, wen bei dieser heuchlerischen Preisgabe aller verfassungsmäßigen Grundsätze nicht ein Ekel erfasst hat, der hat die Fähigkeit des Geistes vollkommen verloren. Der Verzicht von dem beschränkten Unterthanenverstande ist vom Liberalismus in einer Weise vertreten worden, wie er selbst von den vormärzlichen Feudalen niemals vertreten worden ist.

Das müssen sich die Freisinnigen von der — „Deutschen Tageszeitung“ sagen lassen! Man sieht aber, wie geläufig die Junker in wenigen Tagen die konstitutionelle Sprache reden gelernt haben. Sie sind beinahe schon Umstürzler, die in der reinen Parliamentsherrschaft das Ideal erblicken.

Als eine „vollendete und unumstößliche“ Thatsache bezeichnet die freikonservative „Post“ die Ablehnung der Kanalvorlage und rät im übrigen zu einer Politik der Sammlung auf Grundlage des Dortmund-Rhein-Kanals:

Die Größe des Erfolges und die Kampfesweise der Kanalfreunde läßt den Wunsch erklärlich erscheinen, den in der zweiten Lesung auf der ganzen Linie erzwungenen Erfolg zu einem vollständigen Triumph über die Kanalfreunde zu gestalten; allein, wer sich in der Hitze des Kampfes den ruhigen Blick auf die Gesamtheit unserer politischen Verhältnisse bewahrt hat, wird nicht daran zweifeln, daß es patriotische Pflicht ist, einer solchen Versuchung zu widerstehen. Der Gegner von heute ist der natürliche und für den Erfolg notwendige Bundesgenosse der hauptsächlich kanalgegnertlichen Parteien in den unmittelbar bevorstehenden Kämpfen um die Neuordnung der Zoll- und Handelsverhältnisse Deutschlands für den Zeitraum eines halben Jahrhunderts. Bei diesen schweren Kämpfen, wie bei dem Kampfe gegen diejenigen Elemente, welche unsere ganze Staats- und Wirtschaftsordnung umzustürzen drohen, sind die Sieger von gestern auf das Zusammengehen sowohl mit der Regierung wie mit dem auf gleichem wirtschaftlichen und politischen Boden stehenden Teile der Kanalfreunde angewiesen. Schon dieser Gesichtspunkt allein weist auf zwingenden Gründen der Staatsklugheit darauf hin, einen Abschluß zu suchen, welcher auch gegenüber der Regierung und gegenüber den wirtschaftlich und politisch positiven Elementen in den Reihen der Kanalfreunde veröhnend wirkt. Die schwerwiegenden Gründe, welche vom monarchischen Standpunkte für eine solche Lösung ins Gewicht fallen, bedürfen der näheren Darlegung nicht.

Eine solche Lösung würde vorwiegend gefunden sein, wenn es gelänge, sich zu einem Beschlusse zu vereinigen, der die Bereitwilligkeit zu erkennen giebt, eine leistungsfähige Verbindung zwischen Dortmund und dem Rheine als selbständiges Unternehmen unter der Voraussetzungen zu bewilligen, daß mindestens für die laufende Legislaturperiode auf die Verfolgung des Mittel-Rhein-Kanals verzichtet wird.“

So ungefähr dürfte auch die Sache ausgehen, und die Regierung hat ihre Niederlage dadurch nur vergrößert, daß sie ihre liberalen Fanatiker und offiziösen Lärmtrompeter jetzt wilde Drohungen in die Welt hinausgeschleudert, um dann sich auf ihrer Niederlage ruhig zu betten.

Es handelt sich aber nicht nur um eine Niederlage der Regierung, nicht um die Ungeheuerlichkeit der Thieren und Hammerstein, nicht um die Zweideutigkeit eines Miquel. Nicht Personen haben diese Blamage erlitten, sondern das ganze System ist gerichtet. Der Scheinkonstitutionalismus, der Fick-Bad-Aurs, die Politik der Sammlung, das persönliche Regiment — dieses System der Systemlosigkeit mußte mit Notwendigkeit auf solche Weise stranden. Es ist ganz gleichgültig, ob jetzt die eine oder die andere ministerielle Amtsperson geopsert wird, ob sie alle zusammen gefündigt werden, ja ob — was uns ausgeschlossen scheint — „energisch“ vorgegangen und eine Auflösung und ein Wahlkampf mit der Regierungsbparole „Gegen die Konservativen“ gewagt wird. Eingeklemmt zwischen die widerstrebenden Interessen des industriellen und agrarischen Kapitalismus, gebunden durch die reaktionäre Tradition, eine stets besorgte Geschäftsführerin des Besitzes, ohne den Mut und die Möglichkeit, den geraden Weg vorwärts zu gehen, kann die Regierung niemals die Konsequenz ihrer Handlungen tragen, die Politik der Folgerichtigkeit ist ihr ebenso verjagt, wie einheitliches, grundrichtiges, entschlossenes Thun. Sie muß schwanken, sie muß sich beugen, sie muß ihre Würde darin suchen, Niederlagen lächelnd zu ertragen.

Wollte die Regierung wirklich die Willensstärke beweisen, deren sie sich rühmt, so gäbe es ein wirksameres Mittel als die Auflösung des Abgeordnetenhauses. Die parlamentarische Junkermacht, unter der die Regierung jetzt zusammenbricht, ist ja nur eine Folge des Wahlsystems. Mag sie dafür sorgen, daß der Landtag eine Volksvertretung werde. Und sie kann dieses Ziel auf die denkbar leichteste



Weise erreichen. Das jetzige Wahlsystem beruht ja auf einer bloßen Verordnung, es ist widerrechtlich aufgekündigt worden. Die Regierung hat nichts weiter zu thun, als endlich diese verfassungswidrige Verordnung aufzuheben und den früheren verfassungsmäßigen Zustand, d. h. das Wahlrecht vom 8. April 1848 wiederherzustellen. Sie könnte das thun ohne Verletzung des Junterparlamentarismus, sie würde damit nicht unkonstitutionell handeln, sondern im Gegenteil der durch die Konterrevolution mißhandelten und vernichteten Verfassung nach einer mehr als halbhundertjährigen Willkürherrschaft wieder zu ihrem Recht verhelfen.

Mit dieser endlichen Einführung des verfassungswidrigen Gewaltstreichs der Reaktion würde sie nicht nur die Tyrannei der Vormärzler brechen, sondern auch mit Hilfe des alten eigentlich gesetzlichen Wahlrechts eine Mehrheit für den Mittelkanal leicht gewinnen.

Derart würde eine Regierung handeln, die in Wahrheit so energisch ist, wie sie zu sein behauptet.

## Politische Anekdote.

Berlin, den 18. August.

### Zwischenakt-Gespräche im Abgeordnetenhaus.

Zwischen den Schlächten bemächtigt sich der Kämpfer eine begeisterte Nervosität. Die Empfindungen sind zu sehr auf das Hauptinteresse gerichtet, als daß man eine objektive geforderte Betrachtung der kleineren Angelegenheiten verlangen könnte. So war auch die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses vollständig angefüllt von der Kanalvorlage, die nicht auf der Tagesordnung stand. Sämtliche sieben Punkte, die heute zur Beratung kamen, wurden eigentlich nur in Hinsicht auf die Aussichten des Kanals geprüft. Daß man die Staatsverträge mit anderen Bundesstaaten, die sich auf den Mittelkanal beziehen, einstweilen aufschob, worzu ja, logisch genommen, selbstverständlich. Aber was das Haus hierzu bezog, war keineswegs die Legit, die man überhaupt mit der gestrigen famosen Annahme des § 6 bereits abgeschlossen hat. Das Centrum wollte sich in kein Vorpostengefecht einlassen, da es heute über seine eigene Stellung noch zu wenig orientiert ist. Bezeichnend war auch in dieser Frage wieder die völlige Gemütsruhe der Konservativen; diese erklärten mit icoischer Nonchalance, man könne die Verträge heute ruhig besprechen und auch annehmen; in Kraft könnten sie ja doch nur treten, wenn der Mittelkanal gebaut werde. In dieser geringschätzigen Behandlung der pp. Staatsverträge lag eine deutliche Antwort auf den gestrigen Versuch der Regierung, mit dem Hinweis auf die bereits erfolgte Unterzeichnung von Verträgen durch Se. Majestät Eindruck zu machen. Der agrarischen Fronde kann man nicht so leicht imponieren, wie den guten Patrioten auf der sogenannten Linken. Sie kennt ihre Leute, die nur gleich von ihrem Fleische sind. Sie weiß, daß der Löwe der Regierung kein wirklicher Löwe ist, sondern nur Hans Schmod, der Schreiner.

Die ganze Sitzung, bei der alles nur auf die Geschäftsordnungs-Debatte über die morgige Tagesordnung wartete, wäre bald beendet gewesen, wenn nicht wider Erwarten der Notstand infolge der Ueberschwemmungen im Spreegebiet eine längere Debatte veranlaßt hätte. Auch hier war das Bezeichnendste wieder die aggressive Haltung der Konservativen. Sie haben gar keine Veranlassung, sich ihrer gestrigen Abstimmung zu schämen, veränderte mit schmerzender Stimme Herr King. Derselbe Herr machte den Versuch, für die Mitglieder im Spreewald den Spreewald-Kanal verantwortlich zu machen. Es wird eben überall, wo es nur angeht, ein kanalseindlicher Vorstoß unternommen. Die Linke befand sich dagegen durchaus in der Defensive; auch die Regierung war sehr entgegenkommend; doch konnte sie trotz aller Bestenmungen ihre bekannte Roblesse in Geldsachen nicht verleugnen. Sie meinte, der arme Staat könne die Kosten für die Notstandsarbeiten nicht allein tragen, die Anlieger müßten sich auch beteiligen; sie weiß dabei ganz gut, daß diese Leute in ihrer Mittellosigkeit das nicht können.

Als der Präsident am Schluß der Sitzung die Tagesordnung für morgen verkündete und die dritte Lesung der Kanalvorlage heraufrief, stand die Rechte kampfbereit da und sah herausfordernd dem Sturm entgegen. Aber es erfolgte nichts. Herr Lieber, der heute wieder seinen grünen Kompromißrock trug, muß abgewinkt haben; das Centrum stellte keinen Verschiebungsantrag. Nach minutenlangem Schweigen konstatierte der Präsident kochhüttelnd, daß ein Widerspruch gegen die Tagesordnung sich nicht erhoben habe.

Man glaubt, daß morgen der Dortmund-Alhein-Kanal angenommen und der Mittelkanal-Kanal fallen wird. Die Vorlage geht dann wieder ans Herrenhaus, das sie dann in abgeänderter Fassung dem Abgeordnetenhaus zurückschickt. Und dieses annuntige Lavon-Tenniss-Spiel mit dem Kanal-Rettungsball kann bis weit in den Oktober hinein fortgesetzt werden. So wird der Regierung ihre Niederlage stückweise beigebracht. Und dann wird sie sich wohl zufrieden geben. Die Zeit heißt auch die schlimmsten Brägel, und inzwischen ist sicherlich wieder etwas anderes los. Bei uns führt keine Regierung über parlamentarische Niederlagen. Lucanus Deraulcomplimentierbuch enthält nur gänzlich u p o l i t i s c h e Sturzregeln.

### Die Reform des Gemeinde-Wahlrechts

Ist in der Kommission des Abgeordnetenhauses zu Falle gebracht und es läßt sich für die dritte Lesung eine Aenderung nicht erwarten. Schmerzlich ist der Verlust dieser Reform nicht, denn sie hätte an dem bisherigen Zustand recht wenig geändert. Die vorgelegene Zwölftelung bei der Klasseneinteilung zu den Wahlen in der Weise, daß die erste Abteilung fünf Zwölftel der Steuerumme, die zweite Abteilung vier Zwölftel und die dritte Abteilung drei Zwölftel enthalten sollte, hätte ungefähr den Zustand in der Klasseneinteilung hergestellt, wie er vor der Reform der direkten Besteuerung in Preußen bestand.

Zu einer durchgreifenden Reform des Wahlrechts, für das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht ist keine Partei des Abgeordnetenhauses zu haben, da die Socialdemokratie keinen Vertreter in diesem Parlament hat. Man wollte nur ein wenig herumflicken an dem für die reaktionären Parteien so bewährten Wahlrecht. Aber selbst diese so bescheidene Reform war den Nationalliberalen zu viel, sie machen nicht mehr mit, wie heute die „National-Zeitung“ erklärt.

Die Ursache der Mißstimmung ist der verunglückte centrum-nationalliberale Kompromißantrag Frihen-Sattler, der es den Gemeinden nur mit Zweidrittel-Majorität gestatten wollte, diese wunderbare Wahlreform der Zwölftelung einzuführen. Die Nationalliberalen wollen ihren Besitzstand in Rheinland und Westfalen sichern und das Centrum hatte sich bereit erklärt, diesem Wunsche in dem bezeichneten Kompromißantrag entgegenzukommen. Jedoch fiel einer von den nationalliberalen Männern, der Abgeordnete Müller, um und damit verunglückte die ganze Wahlreform. Der Paragraph wurde bei der Gesamtstimmung abgelehnt.

Die Konservativen sind sehr erfreut, daß die Progelei zwischen Centrum und Nationalliberalen nicht gelang. Denn die Aenderung des Gemeinde-Wahlrechts hätte die Aenderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus gefördert und die Junter lehnen sich gegen jeden Versuch auf,

der ihre durch eines der jämmerlichsten Wahlgesetze geschaffene Position erschüttern könnte. Sie haben sich in letzter Stunde mit den Interessenten der Großindustrie zusammengefunden.

### Die Resse der Kanalvorlage

finden sich in der „Zusammenstellung“ der Beschlüsse zweiter Lesung vor. Diese Drucksache Nr. 329 des Abgeordnetenhauses ist wohl das fidelste Aktendruck, das je aus dem parlamentarischen Betrieb hervorgegangen.

Der „Gesetzentwurf“ betreffend den Bau eines Schiffahrtskanals vom Rhein bis zur Elbe“ sieht nämlich nach den Beschlüssen zweiter Lesung so aus:

Für Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. verordneten, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

- § 1. Fällt weg.
- § 2. Fällt weg.
- § 3. Fällt weg.
- § 4. Fällt weg.
- § 5. Fällt weg.
- § 7. Fällt weg.

Uebrig geblieben sind allein die §§ 6 und 8 der Regierungsvorlage, die nun zusammen mit einem in zweiter Lesung eingefügten Paragraphen folgenden neuen aus drei Paragraphen bestehenden Entwurf ergeben:

§ 1. Bei der Aufbringung und Unterabteilung der aus diesen Verpflichtungen der Provinzen, Kreise und Gemeinden erwachsenden Lasten finden die gesetzlichen Vorschriften über die Mehr- und Minderbelastung einzelner Kreise und Kreisteile, sowie der §§ 9 und 20 des Kommunalabgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetzsamml. S. 152) Anwendung.

§ 2. Gleichzeitig mit der Fertigstellung des Mittelkanals ist für Schlesien die Möglichkeit zu schaffen, auf dem Wasserwege oder auf dem Eisenbahnwege Montanminerale von dem ober-schlesischen und dem niederschlesischen Industriegebiet nach Berlin zu transportieren, welche die heutige Spannung zwischen dem ober-schlesischen, dem niederschlesischen und dem rheinländisch-westfälischen Montanrevier nach Berlin aufrecht erhalten.

Die königliche Staatsregierung wird ermächtigt, zur Vornahme der hierzu erforderlichen Vorarbeiten zwei Millionen Mark zu verwenden.

§ 3. Die Ausführung dieses Gesetzes wird, soweit sie nach den Bestimmungen der §§ 3, 5 und 7 nicht durch den Finanzminister oder unter seiner Mitwirkung erfolgt, dem Reformminister übertragen.

§ 4. Das ist die Kanalvorlage zweiter Lesung, eine Kanalvorlage ohne Kanal.

Dies Reiterwerk parlamentarischer Gesetzgebung sieht wie das Gestammel eines Tollhändlers aus. Es ist aber die gemeinsame Kompromißarbeit des Centrum, der Nationalliberalen und — nicht zu vergessen — des Freisinn.

## Deutsches Reich.

Ein deutsch-französisches Denkmal. Bei St. Privat ist ein Denkmal des 1. Garde-Regiments z. F. enthüllt worden; es zeigt die neuerdings wiederentdeckte Gestalt eines Michael. Der Kaiser hielt bei der Enthüllungsfest eine Rede, die folgendermaßen enthielt:

„Die gemahlte Form des Denkmals ist abweichend von den sonst auf dem Schlachtfeld üblichen. Der gepanzerte Engel stützt sich, friedlich ruhend, auf sein Schwert, gezieret mit dem stolzen Motto des Regiments: semper talis (immer gleich). Ich will daher, daß dieser Figur auch eine allgemeine Bedeutung verliehen werde. Es steht auf diesem blutgetränkten Felde gleichsam als Wächter für alle hier gefallenen braven Soldaten beider Heere, sowohl des französischen wie unseres. Dem tapferen und heldenmütigen für ihren Kaiser und ihr Vaterland sind auch die französischen Soldaten in ihr ruhmvolles Grab gesunken. Und wenn unsere Fahnen sich grühend vor dem erzenen Standbilde neigen werden und wehmütvoll über den Gräbern unserer lieben Kameraden rauschen, so mögen sie auch über den Gräbern unserer Gegner wehen, ihnen taunen, daß wir der tapferen Toten in wehmütvoller Achtung gedenken. Mit diesem Danke und Aufblick gegen den Herrn der Heerschaaren, für seine unsern großen Kaiser gnädig bewährte Führung wollen wir uns vergegenwärtigen, daß auf den heutigen Tag die um des höchsten Richters Thron gescharten Seelen aller derer, die einst in heißem Ringen sich auf diesem Felde gegenüber standen, im ewigen Gottesfrieden vereint auf uns herabschauen!“

Man sieht, diese Kaiserrede liegt weit ab von dem Gedankenkreis, in dem sich zur Zeit die preussische Regierung und das Abgeordnetenhause bewegt.

Aus dem ersten Teil der Rede sei noch ein Satz wiedergegeben, der wieder einmal zeigt, wie ungeschickten Händen die Kaiserreden zur Redaktion anvertraut werden. Es heißt da in dem authentischen, auch vom „Reichs-Anzeiger“ benutzten Wortlaut von dem Regiment:

„Obwohl es, durch seine Geschichte eng an mein Haus geknüpft, zur Erziehung der Prinzen und Könige derselben berufen, so recht eigentlich als ein Familien- und Haus-Regiment angesehen werden darf, so hat doch meines Großvaters kaiserliche Majestät keinen Augenblick gezögert, diese ihm so teure Truppe voll für des Vaterlandes Wohl einzusetzen.“

Obwohl? Es muß doch wohl heißen: „gerade weil“. Daß ein Regiment dem Monarchen besonders nahe steht, kann doch kein Grund sein, es dem Wohl des Vaterlandes nicht zur Verfügung zu stellen.

Der Michael von Saint-Privat, dem der Kaiser die Rolle eines deutsch-französischen Friedensengels zuwies, trägt einen tief herabfallenden Mantel, ein mächtiges Panzerhemd, große Eisenhufe, Weinschienen und einen hohen Helm. Als Engel wird die Gestalt charakterisiert durch gewaltige, den Kopf um die halbe Körperlänge überragende, aufwärts gerichtete Engelsflügel.

Besser konnte der Hersteller des Denkmals den bewaffneten Frieden nicht charakterisieren. Nur scheinen uns auch die größten Engelsflügel nicht stark genug zu sein, um solchem Metallgewicht als Flugapparat zu dienen.

Sie bleiben die Alten! Das „Kleine Journal“, das saubere Organ für die kleine Gruppe der Postkonservativen, hatte neulich in recht ungeschickter Weise verurteilt, die Konservativen hätten sich von ihren antichristlichen Festhalten losgelöst.

Jetzt erklärt die „Konservative Korrespondenz“ in Speerdruck: „Es ist neuerdings mehrfach der Versuch gemacht worden, in der Presse die Meinung zu erwecken, als sei die konservative Partei von den im Livolprogramm niedergelegten, insonderheit von den auf die Judenfrage bezüglichen Grundfragen abgewichen. Diese Behauptung ist grundlos und unwisend. Eine Aenderung in der Stellung der Partei ist nicht eingetreten und wird von keiner Seite geplant.“

Das „Kleine Journal“ wird sich nun wieder zurücklaufen lassen müssen. Der rechte Junter kann nun einmal ohne ein bißchen Judenhege nicht bestehen. Das gehört zu seinen Jagdberggängen.

Sicherheitsmaßnahmen gegen die Pest. Nachdem bekannt geworden ist, daß die Pestfälle in Oporto zunehmen, sind, wie wir hören, die Regierungen der Bundesstaaten sofort ersucht worden, die gesundheitspolizeiliche Ueberwachung der Schiffe, welche aus Oporto und den von der Pest unmittelbar bedrohten übrigen Häfen der pyrenäischen Halbinsel eintreffen, herbeizuführen. Der Erlaß eines Einfuhrverbots ist in Betracht gezogen. Bis es erlassen werden kann, sollen Waren, durch welche eine Einschleppung des Krankheitsstoffes zu befürchten ist, nur nach vorheriger wirksamer Desinfektion zur Einfuhr zugelassen werden. Im übrigen wird der Verlauf der Epidemie in Oporto seitens der Behörden mit Aufmerksamkeit verfolgt, und es ist anzunehmen, daß erforderlichenfalls weitere Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden.

Von der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrt-Gesellschaft, deren Dampfer größtenteils Bisadon anlaufen, ist bereits, wie die „Hamb. Börse“ meldet, angeordnet, daß ihre Schiffe bis auf weiteres portugiesische Häfen nicht betreten. Auch anderswo trifft man Maßnahmen gegen die Ansteckungsgefahr. In Kopenhagen wurde heute eine Verfügung erlassen, nach welcher die Herkunft aus Portugal einer Quarantäne unterworfen werden.

Die „Freisinnige Zeitung“ findet unsere gestrige Polemik gegen die „Freisinnige Volkspartei“ und Eugen Richter „albern“. Der Freisinn sei durch das Ergebnis der Abstimmung nicht blamiert; denn der Freisinn hat — man staune — die Vorlage gar nicht eingebracht:

„Die Freisinnige Volkspartei aber hat sich für verpflichtet gehalten, den anderen Parteien die Möglichkeit offen zu lassen, die Kanalvorlage in dritter Lesung anzunehmen, nicht „aus Loyalität“ oder „Phantasmie“ gegenüber der Regierung, sondern weil die Freisinnige Volkspartei für die Kanalvorlage sachlich eintritt und sachlichen Interessen nicht parteilichen Spielereien unterordnet.“

Stellen wir fest: Der „Vorwärts“ hat gegen Eugen Richter so wenig polemisiert, daß wir überzeugt sind, er teile im Grunde unsere „albernen“ Bemerkungen über seine Jammerrade, der gegenüber wir das Verhalten Richters rühmend hervorgehoben haben. Im übrigen, wenn der Verfasser der obigen Notiz die Blamage des Freisinn nicht empfindet, wenn er nicht die Dummheit einer Taktik einsieht, die der Regierung erspart, gegenüber der Junterchaft sofort und schroff Stellung zu nehmen, wenn er nicht die Mäglichkeit des Gewinners über den beschränkten Unterthanenverstand und der Anbettelung des persönlichen Willens fühlt, so vermögen wir ein solches intellektuelles und moralisches Defizit mit unseren aufklärerischen Bemühungen nicht zu deden. Wir schenken uns darum auch die Frage, warum denn anfangs bei der Abstimmung Eugen Richter die Seinigen zum Niederlegen kommandiert hat, wenn es nur gilt, für den Kanal sachlich einzutreten.

Großes Reinemachen in den Ministerien kündigt die „Münch. Allg. Ztg.“ an:

Die Konservativen haben einen Führer von der Qualität, wie sie jetzt nötig wäre, nicht mehr. Dem Herr von Reuegov ist alt, Graf Wirbich zu eitel, Freiherr von Manteuffel zu bequem und abgefunten und Graf Limburg ist, als seine schönen Eigenschaften in Ehren, doch nur ein Staatsmann im miniature.

Von den preussischen Ministern ist zur Zeit auch keiner mehr den Anforderungen der Gegenwart gewachsen; der einzige, der es noch sein könnte, Herr v. Miquel, ist in seiner Gesundheit nicht mehr so fest — bei seinen Jahren und nach seinen Leistungen in der That kein Wunder — daß er einen Konflikt auf sich nehmen könnte, selbst wenn er es wollte.

Es verlaute, daß in nicht zu ferner Zeit eine Neubildung des preussischen Ministeriums stattfinden wird. Der Kaiser soll aber Wert darauf legen, daß Herr von Miquel das Vicepräsidium des Staatsministeriums behalte.

Es ist einer genau so gut, wie der andere. Kein Minister wird den Anforderungen der Gegenwart gewachsen sein, weil er sich den Ansprüchen der Zukunft verlagen wird.

Anarchistenfurcht. Ob man Königsmörder fürchtete? So fragt die „Tägliche Rundschau“ in Anknüpfung an die von ihr mitgeteilte Thatsache, daß sich dem Kaiserzelt in Dortmund auf 800 Meter nur wenige Personen nähern durften. Unser Eiberfelder Parteiblatt bemerkt auf die Frage:

„Es nun, das wissen wir nicht; das aber wissen wir, daß man Tage zuvor schon bis nach beendetem Kaiserbesuch die von früheren Jahren her als der anarchischen Bewegung zuneigenden Personen polizeilich „objerviert“ und jeden ihrer Schritte eifrig überwacht hat. Hatte solche arme polizeiliche Ueberwachungswele ihr Opfer einen Moment aus den Augen verloren, so war sie in höchster Verzweiflung und berührtigte sich nicht eher, als bis sie den Pfad ihres Opfers wieder gefunden hatte.“

Das Ideal der evangelischen Männer. Der Westfälische Familienbote, Organ des Verbandes der evangelischen Männer- und Arbeitervereine im Kreise Herlohn, singt folgendes Loblied auf den chinesischen Kuli:

„Der Chinese ist fleißig, nicht ausschweifend, sparsam und zufrieden mit höchst geringem Lohn, steht damit also in rühmlichen Gegensatz zu vielen unserer Arbeiter.“

Organisieren die Evangelischen die Arbeiter deshalb, um sie auf das rühmliche Ideal des bedürfnislosen Kuli zu präparieren?

Scharfmacher-Schwindel. Die „Augsburger Abendzeitung“ schreibt:

„Weglich der Unruhen in der Vertachvorstadt scheinen sich mehr und mehr Beweise dafür zu ergeben, daß die Massen, welche sich bei der Demonstration der streikenden gegen die italienischen Maurer in der Entelbachpinnerie eingefunden hatten, wenigstens zum Teil keineswegs zufällig da waren, um sich vielleicht die „Rege“ mit anzusehen, sondern vorher verständigt worden waren, daß es „etwas geben“ werde, die Italiener Prügel bekommen sollten u. dgl. In Fabrikarbeiter-Kreisen ist davon schon am Abend vorher ganz offen gesprochen worden. Die Untersuchung wird hoffentlich klarstellen, wer bei diesen Leuten die betreffenden Mitteilungen verbreitet hat und ob dies zu dem Zwecke geschah, eine größere Menschenansammlung herbeizuführen.“

Das wird in einem als Publikationsorgan der bairischen Regierung dienenden Blatte ungeniert geschrieben in dem Augenblicke, wo der als „Haupttrüdelführer“ verhaftet gewesene Genosse Fug wegen völliger Grundlosigkeit der erhobenen Anschuldigungen außer Verfolgung gesetzt wird, eine Thatsache, die das Blatt seinen Lesern nicht mitteilt. Werden die Beweise, die sich gegen die übrigen Verhafteten zu ergeben „scheiden“, weniger sadenheimig sein oder will man nur den Schein für einige Zeit noch wahren?

Militärärzte-Verband und Diktaturparagraph. Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Die lähen Plötentone der gouvernementalen Presse über die angebliche Harmlosigkeit des Diktaturparagraphen, wie auch die scharfjüngliche juristische Deduktion, mittels deren vor einigen Monaten ein Rechtslehrer der Straßburger Kaiser Wilhelm-Universität die rechtliche Gültigkeit jener gesetzlichen Ausnahme Bestimmungen in Frage gestellt hat, erfahren eine bezeichnende Beleuchtung durch einen Beschluß, den kürzlich die Generalversammlung der reichsständischen Section des Deutschen Militärärzte-Verbandes gefaßt hat. Die Herren wollen nämlich zur energischeren Vertretung ihrer Interessen ein eigenes Vorkörperorgan ins Leben rufen. Dasselbe soll aber nicht in Straßburg, dem Sitz des Sektionsvorstandes, sondern drüben, jenseits des Rheins, zu Rehl im badischen Münsterlande erscheinen. Als Grund für diese Maß-



regel führte man für erste die in Weg-Rothringen erforderlichen hohen Kautionsleistungen bei Zeitungsgründungen, dann aber — und das ist das Bedeutsame — den Diktaturparagrafen an, auf Grund dessen das neuzugründende Blatt unterdrückt werden könnte. Man bedauert, daß die Angehörigen der genannten Vereinigung durchweg langjährig gebiente Soldaten sind, die sich den Anspruch auf Versorgung durch den Staat erworben haben, daß also von ihrem neuen Verbandsorgan jedenfalls nicht eine Sprache zu erwarten ist, die der Regierung und den Behörden zu Klagen über Ungehorsamkeit und unzulässige Tendenzen Anlaß geben könnte. Wenn sich die Herren Militäranwärter trotzdem vor dem Diktaturparagrafen über den Rhein ins Badische flüchten, dann ist wohl jedes Gefesmonstrum doch nicht der „leere Dahn“, als den man es zum Zwecke der Verschönerung des Volkes gern hinstellen möchte.

### Dritter Zionisten-Kongress.

Aus Basel, den 17. August, wird uns berichtet: Gestern nachmittag machte Rabbiner Dr. Kabinowitz (Kuhland) den Vorschlag: eine Deputation an den Kaiser von Rußland zu senden. Wenn der russische Kaiser ebenso wie der deutsche Kaiser für die Zionisten-Bewegung eintreten würde, dann dürfte auch die türkische Regierung gewonnen werden. — Kehler (Transvaal) stürmisch empfangen, überbrachte Grüße von 1800 Zionisten. Von den 10 000 Juden, die in Südafrika wohnen, seien 7-8000 Aktien der jüdischen Kolonialbank gezeichnet worden.

Ukraine (Rußland): Man dürfe nicht verzagen. „Schon seit zweitausend Jahren und noch heute rufen wir: das nächste Jahr in Jerusalem“, weil wir die Hoffnung haben, daß diese Zeit herannahet; desto schwerer es scheint, desto überzeugter sind wir, daß sie kommen wird.“ (Stürmischer Beifall.)

Rechtsanwalt Dr. Wolffsohn-Köln machte Mitteilungen über die Begründung der jüdischen Kolonialbank. Dieselbe sei am 20. März dieses Jahres gerichtlich in London eingetragen worden.

Heute entspann sich eine sehr lange, bisweilen sehr hitzige Besprechung über die Satzungen der jüdischen Kolonialbank. Es wurde beantragt, 20 Gründertanen dem Aktionskomitee zur Verleihung an um den Zionismus verdiente Männer zu verleihen. — Moskwa-Berlin wandte sich mit großer Entschiedenheit gegen den Vorschlag. Es wäre dies eine arge Verletzung der demokratischen Grundsätze. — Der Antrag wird zurückgezogen.

Freitag finden noch die Wahlen zum Aktionskomitee und den Kommissionen statt. Alsdann wird der Kongress geschlossen werden.

### Ausland.

#### Schweiz.

Bern, 16. August. (Fig. Ver.) Der Bundesrat betreibt unablässig in zielbewusster und energischer Weise seine auf die Verstaatlichung gerichtete Eisenbahnpolitik. Von der Bundesversammlung ließ er sich im Juni die Ermächtigung geben zur Ausgabe von 3/4prozentigen Schweizerischen Bundesbahn-Obligationen im vorläufigen Betrage von 200 Millionen Frank, und man offeriert er durch eine Bekanntmachung im neuesten Bundesblatt den Besitzern von 3/4prozentigen Obligationen der Jura-Simplonbahn, Central-, Nordost- und Gotthardbahn den Umtausch derselben gegen gleichlautende Bundesbahn-Obligationen. Der Umtausch der Titel erfolgt gegenseitig al pari. Die Bundesbahn-Obligationen lauten auf 1000 Frank und auf den Zinshaber. Das ist eine sehr einfache und billige Geldoperation, wobei nicht erst gewinnbringende Banken auf Kosten des Volkes ohne Arbeit und Mühe fette Profite „verdienen“ können.

#### Belgien.

Die Wahl in Soignies. (Fig. Ver.) Sonntag wird die Erziehung in Soignies für unseren Genossen Paquay stattfinden. Die Merkmalen werden sich der Abstimmung enthalten. Die Liberalen beteiligen sich nicht offiziell; aber einer der ihrigen hat die Verpflichtung der liberalen Vereinigung gebrochen, als er sah, daß die Merkmalen keinen Kandidaten aufstellten. Er hofft, mit Hilfe der Merkmalen zu siegen. Er spielt sich als Kandidat der Proportional-Vertretung mit Pluralstimmen aus. Der sozialistische Kandidat ist Dr. René Brandart, ein junger, beim Volke sehr beliebter Arzt und einer unserer besten Agitatoren. Bei der letzten Wahl erhielten die Sozialisten 22 000 Stimmen, die Liberalen 14 000, die Merkmalen 15 000. Infolge der Enthaltung der Merkmalen ist die Situation sehr gespannt.

Der Wahlgeseh-Entwurf in den Abteilungen. (Fig. Ver.) Der Proportionalvertretungs-Entwurf mit Pluralstimmenrecht ist Mittwochnachmittag in den Abteilungen der Kammer verhandelt. 65 Stimmen waren für ihn, 51 dagegen; 12 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung und 24 fehlten. Diese Abwesenden werden also über das Schicksal des neuen Kabinetts entscheiden.

Das Resultat ist wenig glänzend. Von der Linken hat nur Lorand für den Entwurf gestimmt. Die anderen Liberalen stimmten dagegen. Einige liberale Abgeordnete (welche fehlten) werden für den Entwurf stimmen, falls man die Wahlbezirke vergrößert, was eine Verbesserung des Gesetzes wäre. Dagegen verlangen eine große Anzahl liberaler Deputierter, die für den Entwurf im Prinzip gestimmt haben, eine Verschlechterung desselben. Die Regierung wird also nicht über den Grundsat der Proportional-vertretung, wohl aber über seine Anwendung fallen können.

Der Chef der Regierung hat einige interessante Erklärungen abgegeben. Er stellt sich einer Prüfung des Antrages der Linken, das allgemeine Stimmrecht einzuführen, nicht entgegen. Er will auch die Wahlbezirke vergrößern, falls sich in der Kammer eine genügende Majorität dafür findet. Aber die Zahl der Abgeordneten mit der Bevölkerungsstärke der Wahlbezirke in Einklang zu bringen, das verweigert er, wie es ja auch die deutsche Regierung verweigert.

Die Berichterstatter der Abteilungen sind de Joor, de Wérode, Cooreman, Vorhove, 't Ant, Fiechet. Diese Herren bilden die Centralabteilung, deren Berichterstatter wahrscheinlich der frühere Arbeitsminister, der inkompetente Cooreman, sein wird.

Das ist die augenblickliche Lage.

#### Italien.

Heber die am Sonntag vollzogenen Erziehungswahlen, deren Ausgang der Telegraph schon gemeldet hat, werden nachträglich noch einige interessante Einzelheiten bekannt. Zunächst sind die in Mailand, Forlì und Ravenna Gewählten, der Sozialist Turati und die beiden Republikaner Ghiesi und Andreis, die bekanntlich durch das Urteil des berühmten Kriegsgerichts zu Rom im Sommer vorigen Jahres dauernd der politischen Bürgerrechte verlustig erklärt worden sind, mit völlig erdrückender Mehrheit der Stimmen wiedergewählt worden. In Mailand erhielt nach den bis jetzt bekannt gewordenen Zählungen Turati 4360 Stimmen, während sein Gegner Dr. Gallardi sich mit 570 Stimmen begnügen mußte (bei der letzten Wahl fielen auf Turati nur 2664 Stimmen). Ghiesi brachte es in Forlì auf fast 2000 Stimmen, sein Gegenkandidat nur auf etwas über 1400. In Ravenna hatten sogar von vornherein die Anhänger der Regierung darauf verzichtet, dem Republikaner de Andreis eine ernstliche Kandidatur entgegenzustellen, so daß er dort mühelos mit über 2000 gegen wenige zerplitterte Stimmen siegte. Daß die Regierung die Gewählten als solche anerkennen wird, ist natürlich ausgeschlossen. Sie wird die Wahlen für ungültig erklären und Neuwahlen anberaumen, die aber dasselbe Resultat haben werden.

#### Finnland.

Russische Censur. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Helsingfors berichtet: Die hiesige Press-Censur verfährt infolge Befehls von höherem Orte liberaler energischer und es vergeht kaum ein Tag, wo nicht diese oder jene Zeitung erst nachdem sie einen oder mehrere Russische Ausgelassen hat, die Erlaubnis erhält, in die Presse zu gehen. Oft bleibt es ganz unerklärlich, was die De-

denken des Censors hat erregen können. So wurde vor einigen Tagen der Zeitung „Finnlandsblätt“ mitgeteilt, sie müsse einen in ihrer landwirtschaftlichen Abtheilung aufgenommenen Artikel über — die Geschichte der Kartoffel streichen! Auch die Gendarmen sind äußerst thätig; sie wird überall hingerufen, wo die Einwohner sich in größerer Anzahl versammeln, sogar in die Kirchen, um zu hören, ob nicht etwa „schädliche“ Redenungen fallen. Vor einigen Wochen empfing das Domkapitel in Nysslot ein Schreiben des finnländischen Senats, in welchem mitgeteilt wurde, der Chef der nach Finnland verlegten Gendarmen-Abteilung habe dem Generalgouverneur darüber Bericht erstattet, daß in mehreren Kirchen die lutherischen Priester sich in ungebührlicher Weise über die gegenwärtige politische Lage ausgesprochen hätten. Das Domkapitel wurde demgemäß ersucht, eine eingehende und gewissenhafte Untersuchung anzustellen, um Gewisheit zu erlangen, ob sich irgend etwas dem Ähnlichen zugetragen habe. Das Schreiben des Senats ist bereits beantwortet worden und lautet dahin, daß der Bericht des Gendarmenleutnants jeder Begründung entbehre; gleichzeitig drückt das Domkapitel als seine Meinung aus, daß russische Gendarmen wohl kaum als kompetent angesehen werden können, den Inhalt lutherischer Predigten zu kritisieren.

#### Türkei.

Kämpfe zwischen Kurden und Armeniern. Nach Meldungen, die in Konstantinopel eingelaufen sind, sollen an der Kleinasiatischen Ostgrenze mehrfache Zusammenstöße zwischen Kurden und türkischen Grenzposten einerseits und eingebürgerten Armeniern andererseits stattgefunden haben. Man sagt, die Worte werde an die russische Regierung das Gesuch richten, sie möge die Ansammlung bewaffneter armenischer Flüchtlinge an der Grenze verhindern.

#### Amerika.

Vorbereitungen zur Präsidentenwahl. Nach einem der „Frankf. Ztg.“ aus New York zugegangenen Telegramm sprach sich der Demokratenkonvent von Iowa gegen den Imperialismus, gegen Allianzen und die Trübsis aus und erklärte die Silberfrage für nebensächlich. Dieser Beschluß ist bedeutsam, da Bryan selbst, der Verfasser des Passus über das Allianzprojekt, sehr scharf gegen England war und damit darthut, daß die Agitation der Deutsch-amerikaner fruchtbringend gewesen ist.

Wie schon der Schlußpassus des Telegramms besagt, ist die Wendung gegen das englisch-amerikanische Allianzprojekt eine Kompensation an die Deutsch-amerikaner, die den englisch-imperialistischen Quertreibereien der letzten Zeit durchweg feindlich gegenübersehen. Auch die Irländer, die in ihrer Masse demokratisch wählen, sind Feinde einer englisch-amerikanischen Allianz.

Südamerikanischer Dreieck. Ein Telegramm der „Times“ aus Buenos Aires berichtet: Dem Vernehmen nach ist ein Vertrag zwischen Brasilien, Argentinien und Chile abgeschlossen worden, nach welchem alle Meinungsverschiedenheiten zwischen den drei Staaten durch Schiedspruch erledigt und die Landesverteidigungskosten der drei Länder herabgesetzt werden sollen.

Für den Kampf auf den Philippinen. Laut Meldung der „Frankf. Zeitung“ ordnete der Präsident die Rekrutierung von zehn neuen Freiwilligen-Regimentern an.

Unruhen in Südamerika. In Venezuela haben, nach einer Depesche des „Daily Telegraph“, die Regierungstruppen die Aufständischen von Los Andes völlig geschlagen.

Auch in Columbia ist eine Verdrängung der Radikalen zum Sturz der gegenwärtigen Regierung eintretend worden. Durch einen von sämtlichen Mitgliedern des Kabinetts unterzeichneten Erlaß ist über die Provinzen Guandamaraca und Santander der Belagerungszustand verhängt. Gleichzeitig ließ der Minister des Innern, Senor Palacios, auf Beschluß des Kabinetts die angesehenen Führer der radikalen Partei in der Provinz Cauca, Senores Martinez, Pineros, Figueredo, Keira, Suarez, die Generale Uribe und Ruiz, ferner eine große Anzahl Radikale in Codi, Palmira und Cartago, verhaften und ins Gefängnis führen. Die Radikalen sind, wie es heißt, überall aufs äußerste beunruhigt und vollkommen überrumpelt.

#### Afrika.

Transvaalkrisis. Eine offizielle Bestätigung, daß die Boeren-Regierung den Chamberlain'schen Vorschlag oder die von Milner gestellten Wahlrechtsbedingungen annimmt, liegt noch nicht vor, doch wird dem „Standard“ aus Johannesburg von „sehr gut unterrichteter Seite“ gemeldet, es sei wirklich die Absicht der Regierung von Transvaal, den Ausländern das volle Wahlrecht nach Ablauf von 5 Jahren zu gewähren, und zwar solle von den verweilenden Nebenbestimmungen nicht mehr die Rede sein, mit welchen man das jüngste Wahlrechtsgesetz ausgestattet hatte. Es solle ferner den Ausländern der vierte Teil der Vertretung im Volksrat statt des fünften Teiles eingeräumt werden, so daß sie von 30 Eigen 9 erhalten.

Diese Meldung wird durch eine andere, den „Times“ aus Johannesburg zugegangene Depesche bestätigt. Wie es in dieser letzteren heißt, werde wahrscheinlich der Plan Krügers vor der Veröffentlichung die Wilsung der Regierung des Orange-Freistaates und des Afrikanerbundes erhalten, worauf dann der Zustimmungsbefehl der Legislatur des Kaplandes folgen dürfte.

Bestätigt sich diese Nachricht, so ist die Transvaal-Regierung England so weit entgegengekommen, wie sie konnte. Milners Forderungen sind damit bis auf einige kleine Nebenbedingungen bewilligt. Ob allerdings Chamberlain und die englische kapitalistische Presse sich mit diesen Zugeständnissen begnügen werden, ist zweifelhaft. Für sie handelt es sich, wie sich immer deutlicher zeigt, ja nicht um die sogenannten Rechte der Urtünder, sondern um die völlige Majorisierung bzw. Unterwerfung der Südafrikanischen Republik, und irgend welche Gründe zu neuen Forderungen lassen sich bei einem guten Willen leicht finden. Die „Times“ machen damit schon den Anfang, indem sie ihren Korrespondenten bemerken lassen, in Urtünderstreifen würden die Zugeständnisse, welche die Transvaal-Regierung machen wolle, mit größtem Argwohn betrachtet. Die Anerkennung der Dualsprache im Volksrat und die wirtschaftlichen Reformen seien unerwünscht geblieben. Man glaube, der wirkliche Beweggrund sei, in Europa Sympathie zu wecken und so den Konflikt abzuwenden.

#### Australien.

Die neue Samoa-Akte. Die Samoa-Kommission hat, wie bereits telegraphisch gemeldet wurde, eine neue Verfassung ausgearbeitet, die das Königtum abschafft und die Regierung der Inselgruppe einem von den drei Vertragsmächten gemeinsam zu ernennenden „Verwalter“ überträgt. Die hauptsächlichsten Bestimmungen der Akte sind folgende:

Art. 1. Die Samoa-Inseln werden **neutrales Gebiet**, auf dem die Bürger und Unterthanen der drei Vertragsmächte gleiche Rechte in Bezug auf Anwesenheit, geschäftliche Tätigkeit und persönlichen Schutz genießen. Keine der Mächte übt eine getrennte Herrschaft über die Inseln oder deren Regierung aus. — Das Amt und der Titel eines Königs auf Samoa sind abgeschafft.

Art. 2. In dem Fall, wo die Bestimmungen dieser Akte mit irgend einer Bestimmung eines anderen Vertrages unvereinbar sind, sind die Bestimmungen dieser Akte entscheidend.

Art. 3. Die ausführende Gewalt wird dem Verwalter von Samoa übertragen, der von den drei Vertragsmächten in gemeinsamem Einvernehmen, oder, in Ermangelung des letzteren, durch . . . hier wird ein europäisches Staatsoberhaupt erwähnt) ernannt wird. Er bezieht ein Jahresgehalt von 6000 Dollar in Gold oder dessen Gegenwert, das aus den Einnahmen der Regierung Samoas ausgegahlt wird. Falls diese Einnahmen dazu nicht ausreichen, wird der Fehlbetrag durch die drei Mächte zu gleichen Teilen ergänzt. — Der Verwalter führt sämtliche auf den Samoa-Inseln geltenden Gesetze aus. Er ist befugt, durch den ausübenden Rat und mit dessen Zustimmung und Ratsschlag sämtliche Beamten zu ernennen.

Art. 4. § 1. Die gesetzgebende Gewalt liegt bei dem Verwalter und dem gesetzgebenden Rats. Dieser Rat wird aus drei

Mitgliedern bestehen, deren eines durch die Vereinigten Staaten, eines durch das Deutsche Reich und eines durch das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Irland ernannt wird. — Der Verwalter und Rat bilden eine gesetzgebende Körperschaft, deren Vorsitzender der Verwalter ist. Die drei Großmächte behalten sich jedoch jederzeit das Recht und die Macht vor, die Gesetze der Regierung von Samoa zu ändern oder aufzuheben. — § 2. Die Mitglieder des gesetzgebenden Rats bilden aus einem ausübenden Rat, der von Zeit zu Zeit mit dem Verwalter je nach Bedarf in dessen Eigenschaft als ausführendes Organ beraten soll. § 3. Es besteht eine Versammlung der Eingeborenen, die aus den Gouverneuren der verschiedenen Inselbezirke gebildet wird. Die Mitglieder der Eingeborenen-Versammlung sind auf drei Jahre im Amt, doch ist der Verwalter befugt, jedes von ihnen wegen schlechter Führung zu entlassen. Die Versammlung der Eingeborenen tritt jährlich in Nuunuu zusammen.

Art. 5. Es wird in Samoa ein Oberster Gerichtshof errichtet, der aus einem Richter mit dem Titel eines Oberrichters von Samoa bestehen wird. Der Richter wird einen Gerichtsschreiber und die übrigen Beamten ernennen, deren der Gerichtshof bedarf. Der Oberrichter wird einstimmig durch die drei Vertragsmächte ernannt. Seine Entscheidungen über Fragen, die im Bereich seiner Gerichtsbarkeit liegen, sind endgültig. Die drei Mächte behalten sich jedoch das Recht vor, die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes, wodurch Fragen mit einem politischen oder verwaltungsrechtlichen Charakter oder ein Grundlag des internationalen Rechtes betroffen worden, zu ändern oder aufzuheben. — Falls zwischen der einen oder der anderen Vertragsmacht und Samoa Schwierigkeiten entstehen, die nicht durch gemeinsames Einvernehmen beigelegt werden können, sollen diese Schwierigkeiten nicht als Kriegssache gelten, sondern dem Oberrichter von Samoa beauftragt werden, auf der Grundlage von Recht und Billigkeit unterbreitet werden. Die Entscheidung erfolgt schriftlich.

### Partei-Nachrichten.

Von den Verhandlungen über die Zuchttausbildung hat der Verlag, Buchhandlung Vorwärts, einen nochmaligen Nachdruck veranstaltet. Die neue Auflage kommt am nächsten Mittwoch zur Versendung. Der Verlag bittet um sofortige Angabe des Bedarfs.

Die Kreisversammlung des Wahlkreises Ruppiner-Templin findet Sonntag, den 27. August, in Berlin, Adersstr. 123 im Restaurant Diele statt.

### Postpolitisches, Gerichtliches usw.

Wegen „Blau machen“ am Montage wurde ein Arbeiter in Friedensfeld in der Oberpfalz (Bayern) mit einem Strafbefehl über 3 Tage Haft bestraft. Der Fall zeigt, welche Gefesruinen noch allenthalben im Deutschen Reich des Abdrucks harren.

### In Rennes.

Ueber die Mittwoch-Sitzung

Schreibt unser Berichterstatter aus Rennes unterm 10. August.

Der Tag beginnt mit einer Enttäuschung. Da Labori glaubt, Montag seinen Platz auf der Verteidigerbank wieder einzunehmen zu können, und Dreyfus die Anwesenheit Laboris für notwendig hält, so hat er beim Kriegsgericht eine Vertagung von vier Tagen beantragt. Dieses Entgegenkommen wäre man dem Richter wohl schuldig gewesen, der fünf Jahre lang für das Verbrechen eines anderen gebüßt hat. Aber diese traurige Affaire soll sich nun einmal in Ungerechtigkeit und Verzug fortsetzen. 1894 hat man für den Angeklagten die wichtigsten Dokumente unterdrückt, heute unterdrückt man ihm die Verteidiger. Die Ablehnung der Vertagung ist vom Kriegsgericht einstimmig beschlossen. Ist das ein Vorzeichen? Was hieraus geschlossen werden, wie manche Bestimmen es thun, daß alle Richter gegen den unschuldigen Dreyfus sind? Fast möchte ich, daß es sich so verhält. Die Ungehorsamkeit der Militärs wirkt erschreckend. Diese Menschen, die durch ihren Kastengeist von der übrigen Gesellschaft abgehoben, die unter die Disziplin gebracht sind und von einer hochmütigen und verlogenen Tradition beherrscht werden, können nicht empfinden wie andere Menschen, sie können die Gerechtigkeit nicht begreifen und sich den Thatfachen nicht beugen. Und so stützen sie sich auf Aussagen von Zeugen, deren Lügen offenbar sind, die aber die Generalsfiktion auf den Schultern tragen.

Den Mittelpunkt des heutigen Tages bildeten der frühere Minister Lebon, Madame Henry und der General Roget.

Welches Gewicht von Verachtung lastete auf den Schultern des kollerteren Lebon, als er am Zeugenstand erschien, um sich wegen der Meinungen zu entschuldigen, die er Dreyfus zugefügt hat. Das Opfer und der Henker, der sich in seiner Segenwart erklären sollte, boten wahrhaftig einen Kontrast von dramatischer Wucht.

Der Henker zitterte, sich an Kleinigkeiten klammernd, nach Umständen suchend, die sein Verbrechen mildern könnten, das Opfer, dessen Wunde Ansdhel noch bluten, der aber vergessen will und am Schluß seiner Ansage ausruft: „Ich bin nicht hier, um zu klagen, sondern um meine Ehre und die Ehre meiner Kinder wieder zu erlangen.“

Madame Henry, der die Fällungen ihres Gatten hunderttausend Frank durch die Subskription der „Libre parole“ eingetragen haben, will nun erklären, weshalb ihr Gatte ein Falscher wurde.

Arme Frau! Jedermann würde sie beklagen, wenn sie sich nach dem Selbstmord ihres Mannes zurückgezogen hätte, um das Verbrechen ihres Mannes in der Stille vergessen zu machen.

Aber nein! Durch die Jesuiten und die Mitschuldigen ihres Mannes angetrieben, trägt sie die patriotische Fällung des Oberst Henry umher. Sie hat ihr hunderttausend Frank durch die „Libre parole“ eingetragen, und ohne Zweifel hat sie Geschmach davon gefunden. Zum hundertstenmal haben wir von der Frau des Falschers Henry gehört, daß der Verbrecher das Verbrechen begangen hat, um die Ehre der Armes zu retten. Noch einmal: arme Frau!

Schließlich tritt General Roget auf, um die Verteidigung des Generalstaates zu unterstützen. Seine Grundausfassung ist sehr einfach; er wiederholt beständig die Beweisführung Mercier, Cabagnac und der andern. Und die Komodie geht immer weiter. Er will absolut, daß das Vorderreau die Handschrift Dreyfus zeigt; er will, daß Dreyfus allein es habe schreiben können. Da alle anderen Belastungen als Fällungen erwiesen sind, so muß er sich an die erste, an das Vorderreau klammern. Und Roget folgt Mercier und Cabagnac. Wie sie, stützt auch er seine Behauptung auf die Verlässlichkeit des Sachverständigen Vertillon.

Man muß den General Roget auf den Zeugenstand gesehen haben, um von seiner schändlichen Parteilichkeit einen Begriff zu bekommen, man muß ihn gehört haben, um sich ein Bild davon zu machen, mit welcher Leichtgläubigkeit er seine groben und feinen Lügen vorbringt.

Was für ein trauriges Schauspiel boten diese Tage, wo man diese Generale, diese früheren Kriegsminister sich während auf einen Menschen stützen sah, wie Ohanen oder Schafale auf einen noch warmen Leinwand. Man hat den Eindruck einer Jagd auf einen Menschen, eines entsetzlichen Leichenfahes.

Unter fünf General-Kriegsministern und einem General ohne Portefeuille befand sich nicht ein einziger Heugé. Wir hörten sechs in Frage reden voll Haß und Wut. Und Dreyfus, selbst Soldat vom Scheitel bis zur Sohle, sieht seine schurkischen und verlogenen früheren Chefs mit erstaunter und unruhiger Miene vorbeiziehen. Er glaubte, seine Unschuld sei allgemein anerkannt, als er in Frankreich landete; welche Illusion! Er vernahm, welchen Kampf es gekostet, die Revision gegen Verbrecher durchzusetzen, die in ihren Verbrechen verstrickt sind. Jetzt sieht er Generale, frühere Minister vor sich, die noch nach seinem Untergang lechzen und er fragt sich, welches Schicksal ihm noch bevorsteht!



Der Eintritt zur Freitagssitzung des Militärgerichts vollzog sich in größter Ruhe. Wiederum ist eine sehr große Anzahl von Zuhörern erschienen. Im Saale ist u. a. Adolphe Mornard, der Dreifus vor dem Kassationshof vertrat, als Zuhörer anwesend. Die Sitzung beginnt um 6 1/2 Uhr. Nachdem Dreifus hereingeführt worden ist, verlangt

**Picquart** über die Angelegenheit Quenelly, welche Roget gestern erwähnte, einige Erläuterungen zu geben. Picquart leugnet, jemals den Richtern Quenellys geheime Schriftstücke mitgeteilt zu haben. Wenn eine solche Mitteilung stattgefunden habe, so sei es ohne sein Wissen geschehen.

Picquart geht sodann wieder zur Prüfung der Vordereans über und befragt die Redensart: „Ich werde zu den Mauern abreißen.“ Der Zeuge sagt, es sei gar nicht davon die Rede gewesen, auf bestimmte Zeit zum Generalstab kommandierte Offiziere (Officiers stagiaires) zu Septembermanövern zu entsenden. Der Zeuge erörterte die Folgerungen der Schreibsachverständigen und geht sodann zur Prüfung der

**Geheimakten** über. Das Geheimaktenbündel läßt sich in zwei Teile zerlegen. Der erste Teil umfaßt 1. das aus Avignon datierte und folgendermaßen lautende Schriftstück: „Doute. Preuve. Lettre de service. Situation dangereuse pour moi avec un officier français. Aucune relation, corps de troupes. Importance seulement sortant du Ministère.“ (Zweifel. Beweis. Gefährliche Lage für mich mit einem französischen Offizier. Keine Beziehung, Truppenkörper. Wichtigkeit allein vom Ministerium ausgehend.) 2. das Schriftstück „co canaille de D.“; 3. das Schriftstück, welches nichts ist als ein Bericht über eine Reise in der Schweiz, unternommen für Rechnung einer fremden Macht. Der zweite Teil hat das Aussehen einer Uebersicht und bildet eine Art Ergänzung. Er enthält 7 bis 8 Schriftstücke, darunter eines „co canaille de D.“, das als Vergleichsstück benutzt werden könnte, und die geheime Korrespondenz zwischen A. und B.

Picquart führt dann aus, daß das Schriftstück „Doute. Preuve.“ sich ebenso gut auf Esterhazy anwenden lasse wie auf Dreifus. Picquart spricht sodann von einem anderen geheimen Schriftstück; es handele sich um eine wenig wichtige Mitteilung von B. an A., worin gesagt wird, er solle sich von seinem Freunde gewisse Auskünfte verschaffen — entgegen der Auffassung du Patys, welcher meinte, dieses Schriftstück lasse unbedingt auf einen Offizier des zweiten Bureaus schließen. Picquart weist nach, daß durch das Schriftstück eine ganz unerhebliche Auskunft verlangt wurde. Picquart betonte, daß viele Offiziere des Generalstabes freundschaftliche und durchaus unverfängliche und ehrenhafte Beziehungen zu ausländischen Militär-Attachés hatten.

Zum Schluß seiner Auseinandersetzungen über den ersten Teil des Geheimaktenbündels spricht Picquart sein Bedauern darüber aus, daß du Paty de Clam nicht anwesend sei. Die Zeugenauflage du Patys sei unentbehrlich, denn dieser habe zu dem Geheimaktenstück einen Kommentar abgefaßt. Hauptsächlich dieses Kommentars hebt der Zeuge hervor, daß dieses Dokument nicht das Eigentum eines früheren Ministers gewesen sei, da es im Bureau des Nachrichtenbüros in einem ganz bestimmten Aktenstück registriert worden sei. Im Augenblick, wo man diesen Kommentar aus dem Geheimaktenstück entfernte, sagte Picquart hinzu, schaffte man unrechtmäßigerweise ein Dokument meines Dienstzweiges beiseite.“ (Bewegung im Auditorium.)

Picquart rechtfertigt sich bezüglich der gegen ihn erhobenen Vorwürfe, daß er geizig habe, die Verfolgung Esterhazys in Angriff zu nehmen. Er fragt sich, ob man sich nicht gelegentlich der Zusammenkunft in Basel bemächtigt habe, dem R. C. Stillschweigen aufzuerlegen. Er erklärt ferner, daß er über alles, was er bezüglich Esterhazys gethan, dem General Voisdesire berichtet und daß dieser sein Vorgehen gegen Esterhazy völlig gebilligt habe. Picquart erinnert an die Unterredung, die er mit Gonse hatte, und in deren Verlauf er diese Antwort gab: „Das, was Sie da sagen, ist abseheulich, ich weiß nicht, was ich thun werde, aber ich werde das Geheimnis nicht mit ins Grab nehmen.“ Picquart bestätigt, indem er sich zu den Generalen wendet, daß diese Unterredung tatsächlich stattgefunden, und erklärt, daß die Generale Gonse und Voisdesire sich dem widersetzten, was er hinsichtlich Esterhazys zu thun beabsichtigte, und weist nach, daß zwischen den verschiedenen Rationationen ein Zusammenhang bestanden hätte. Schließlich erklärt Picquart, daß die Radierung auf dem „Petit bleu“ erst vorgenommen worden sei, nachdem er es in Händen gehabt hatte.

**General Mercier** erklärt, er habe Picquart nicht beauftragt, dem Oberst Maurel Aktenstücke zu überbringen.

Picquart hält die Behauptung aufrecht, daß Mercier ihm einen verschlossenen Brief übergeben habe.

Die Generale Roget und Mercier treten an die Schranken, um die Richtigkeit gewisser Erklärungen Picquarts zu bestritten; dieser antwortet, er halte alles, was er gesagt habe, aufrecht.

Wegen einer Störung im Betriebe des Telegraphen-Bureaus ist die Fortsetzung des Gerichts ausgeschrieben.

**Fälschungen über Fälschungen.**

Der frühere italienische Bevollmächtigte in Paris, Panizzardi, erklärt in einem Telegramm aus Rom vom Donnerstag, den 17., im „Figaro“ zur Ehre der Wahrheit: General Roget soll nach dem Verhandlungsbericht vor dem Kriegsgericht erklärt haben, daß ich zur Zeit der Verhaftung des Dreifus an den Votschaster Reymann Bericht erstattet hätte, in welchem ich erklärt haben soll, daß Schwarzkopfen Beziehungen zu Dreifus hatte. Ich erkläre, daß dieser Bericht niemals bestanden hat, daß ich die angeblliche Erklärung niemals abgegeben habe. Ich ersühe den Namen des französischen Hauptmanns Dreifus erst bei dessen Verhaftung, wie ich schon früher auf offiziellem Wege auf meine Ehre als Soldat und Gentleman erkläre. Oberst Panizzardi.

Die Wiener „Allgemeine Zeitung“ teilt aus angeblich maßgebendster römischer Quelle mit, Panizzardi besitze außer vielen echten Briefen Esterhazys auch das Original der Note über Madagasgar, die im Vordereau angeführt wird. Die Note sei von Anfang bis Ende von der Hand Esterhazys, und auf dem nämlichen Papier wie das Vordereau. Panizzardi habe das Dokument von Schwarzkopfen erhalten, der vorher eine Kopie nach Berlin sandte. Panizzardi habe gelacht, als er hörte, daß französische Generale vor dem Kriegsgericht bestritten, daß Esterhazy das Vordereau geschrieben haben könne. Panizzardi sei aber überzeugt, daß Kriegsgericht werde Dreifus aus mißverständlichem Solidaritätsgefühl neierdings verurteilen.

**Die Galerie der Thronen-Generäle.**

General Mercier zittert, General Roget weint und General Gonse — so versichert Picquart am Freitag — ist außerordentlich furchtbar. Picquart erklärte am Freitag: Bei seiner Zeugenauflage vor dem Kriegsgericht am 6. Januar 1896, dem Tage, an welchem der deutsche Votschaster von Kasimir Perier ein formelles Dementi der Beziehungen Deutschlands zu Dreifus forderte, habe General Gonse ihn vergeblich zu Hause gesucht:

„Ich begab mich sofort zu dem General, den ich im Zustande heftiger Aufregung fand. Er war von dem Schritt des Votschasters unterrichtet worden und befürchtete einen Krieg. „Ich muß hier“, sagte Picquart hinzu, „bei allem Respekt bemerken, daß General Gonse außerordentlich furchtbar ist. Ich habe den Nachmittag mit General Gonse zugebracht, und nicht einen Augenblick hat er mir von dem Geständnis Dreifus“ gesprochen, das

General Mercier ihm an demselben Tage mitgeteilt haben soll. Ich gestehe, daß ich das selbstam finde. Wir sprachen fortwährend von der Kriegsgefahr, die durch diese Angelegenheit hervorgerufen sei, und General Gonse berührte nicht mit einem Wort das Geständnis.“

**Aus den Geheimnissen des Generalstabs.**

Wie der Verdacht auf Dreifus gelenkt wurde, erzählte Oberst Picquart am Freitag als Zeuge vor Gericht: Als er 1894 Vortrager der dritten Abteilung im Generalstab geworden, wurde Dreifus zum Generalstab befohlen. Picquart, der selbst antisemitische Gefinnungen hegt, muß bekennen, daß im Generalstab der Antisemitismus bereits stark herrschte. „Ich verlegte Dreifus in die Abteilung für Feldübungen, weil deren Vortrager allein keine Rassenvorurteile zu haben schien. Als im Oktober 1894 das Begleitfähreiben kam und zur Schriftvergleichung geschritten wurde, herrschte unter uns ein schweres Unbehagen. Und allen fiel ein Stein vom Herzen, als es hieß: „Wir haben den Schuldigen; es ist Dreifus' Schrift!“ Ich erhielt den Befehl, Briefe oder Schriftproben Dreifus' herbeizuschaffen. Ich beehmte, ich fand ihre Ähnlichkeit mit dem Begleitfähreiben nicht groß. In der dritten Abteilung war damals du Paty de Clam, der sich immer vordrängte, wenn es etwas Besonderes gab. Man wußte, daß er sich mit Graphologie beschäftigte. Die Papiere wurden also ihm überwiesen.“ Picquart erzählte den bekannten Diktatortritt. „Du Paty de Clam behauptete zuerst; Dreifus habe geizig; da das Diktat das Gegenteil bewies, sagte du Paty de Clam: „Das Dreifus nicht geizig hat, ist der stärkste Schuldbeweis; ich an seiner Stelle hätte geizig!“ Picquart erzählt weiter, wie er auf Befehl Merciers den Gerichtsverhandlungen beiwohnte und täglich über seine Eindrücke berichtete, wie er erklärte, daß die Beweise ungenügend seien; wie dann Henry seine bekannte theatrale Anekdote machte: „Eine ehrenwerte Persönlichkeit erzählte mir, der Vertreter sei in der zweiten Abteilung, und dieser Vertreter: hier ist er! Wer die ehrenwerte Persönlichkeit sei? Was der Kopf eines Offiziers wisse, das dürfe selbst sein Käppi nicht erfahren!“ Die ehrenwerte Persönlichkeit, die Henry nicht nennen wolle, kenne ich. Ich habe ihr 1200 Frs. bezahlt. Sie war mit dem meineidigen Polizeipolizist Guinée befreundet. Die Persönlichkeit verkehrte aber hauptsächlich auch mit den Militärattachés. Nun war gerade die zweite Abteilung die, wo sie von Davignon amtlich empfangen wurden und alles offen erhielten, was sie offen verlangen durften. Die Persönlichkeit kann also sehr wohl einmal Schwarzkopfen oder Panizzardi haben sagen hören, das und das werden wir von der zweiten Abteilung bekommen, und da sie die Dienstverrichtungen nicht kannte, mag sie wirklich geglaubt haben, daß man auf einen Vertreter in der zweiten Abteilung anspielte und mag das Guinée und Henry gesteckt haben.

Des ferneren enthielt Picquart in seiner Zeugenauflage: Als Note über Madagasgar hat man ein vertrauliches Dokument bezeichnet, das damals in einem gewissen Zimmer, in welchem jeder Generalstabs-Offizier Zutritt hatte, von den Sekretären abgeschrieben wurde. Man vergißt nun, daß in diesem selben Zimmer, wo vertrauliche Dokumente aller Art kopiert wurden, auch die ausländischen Militärattachés empfangen wurden, wenn sie, was häufig geschah, in den Generalstab kamen. Als Pendant zu diesem Generalstabsbüro teilt Picquart mit, daß im Bureau, welchem du Paty angehörte, entgegen der strengen dienstlichen Vorschrift, die geheimen Dokumente nicht von Offizieren, sondern von Soldaten kopiert wurden. Vielleicht weil er die Aufdeckung dieses Mißbrauchs fürchtete, war du Paty beflissen, den Vertreter in einem anderen Bureau als in demjenigen zu suchen.

**Die Witwe Henry.**

Ueber die Scene, die am Donnerstag Frau Henry dem Untersuchungsrichter Vertulus machte, haben wir berichtet. Es sei noch eine kleine Ergänzung nachgetragen. Frau Henry rief dem Zeugen zu: „Sie sind ein Judas!“

Vertulus, der mit verkränkten Armen, kaum einen Schritt seitwärts von der Frau mit dem wankenden Witwenschleier stand und lächeln zuhörte, erwiderte ohne Erregung: „Ich werde einer Frau natürlich nicht in diesem Ton antworten!“ Witwe Henry (einsam): „Ich bin keine Frau; ich bin Oberst Henry selbst, der hier spricht.“ Vertulus (ruhig fortschreitend): „Ich will nur dem Herrn Vorsitzenden ein Schreiben überreichen, daß mir schon vor Tagen Zugang und mir ankündigte, Frau Henry habe sich vorgenommen, nach meiner Anekdote hier einen wirksamen Bühnenauftritt zu spielen.“ Er überreichte damit das Schreiben. Die Witwe Henry wird feuerrot, starrt ihn einen Augenblick an und geht fast ebenso rasch ab, wie sie aufgefahren war.

**Ein gefälschter Mörder?**

Als Attentäter wegen des Nordversuchs gegen Labori ist in Dol ein Mensch ergriffen worden, der sich Glorot nennt und angibt, aus dem Departement Côtes du Nord zu stammen. Er hat seine That eingestanden, doch ist das Geständnis verdächtig; Glorot ist als Alkoholiker bekannt. Die Untersuchung wird fortgesetzt; man glaubt, daß Glorot nicht der wirkliche Mörder ist. Im Ministerrat teilte Ministerpräsident Waldeck-Rousseau eine Depesche des Präsekten des Departements Ile-et-Vilaine mit, in der dieser die Verhaftung des Nordversuchs gegen Labori verdächtigen Glorot meldet, aber gleichzeitig diesen nur unter Vorbehalt als den Schuldigen bezeichnet.

**Die Depesche des Oberst Schneider.**

Der „Figaro“ erklärt, er sei von dem Geschäftsträger der österreichischen Botschaft in Paris ermächtigt, die gestern veröffentlichte Depesche des Obersten Schneider für richtig und authentisch zu erklären, in welcher das ihm zugeschriebene und von Mercier in die Debatte des Kriegsgerichts hineingeworfene Schriftstück als eine Fälschung bezeichnet wird.

**Die Belagerung von Guérin.**

Geld Guérin hat sich immer noch nicht ergeben. Eine Note der „Agence Havas“ sagt bezüglich der Gelegenheit, die Regierung habe jede Lösung der Frage, die darin bestünde, das Haus in der Rue Chabrol zu stürmen oder sich der Person des Angeklagten mit Gewalt zu bemächtigen, von vornherein von der Hand gewiesen und die Erwägungen der Humanität höher als andere gestellt. Infolgedessen würden auch alle Maßregeln, die getroffen seien, um Guérin an jeden Verkehr mit der Außenwelt zu verhindern, so lange es sich als notwendig erweise, aufrecht erhalten bleiben. Jede Zusammenrottung werde verhindert, beziehungsweise zerstreut werden.

Die Gruppe der „Nationalen Verteidigung“ hielt eine Versammlung ab, in welcher die Note der „Agence Havas“ zur Kenntnis genommen wurde. Die Gruppe beauftragte mehrere ihrer Mitglieder, noch einen letzten Schritt bei Guérin zu thun.

Die „Köln. Ztg.“ schreibt: „Seit fast acht Tagen schon dauert die Belagerung; sobald sich ein Vertreter der Staatsgewalt blicken läßt, schleudert ihm Guérin die Herausforderung Je te dédie ins Gesicht, und „Tod den Juden“ drüllt aus dem Kreise der Genossen, die in der Raubart das Kampfspiel erwarten, das Echo zurück. Die Rue Chabrol ist nachgerade der Wallfahrtsort des Volkes geworden, denn der nächste kein echter Pariser sein, der es vermag, sich die verbarrikadierte Antisemitenburg anzusehen, und wenn Guérin es aushält, könnte der „Große Westen“ am Ende der ersehnten Clou der Ausstellung werden, nach dem man schon so lange vergeblich suchte. „Voll von Paris, die Sterbenden grüßen dich“, so hat Guérin in seinem Aufzug aus Voll seine Landsleute — die Juden natürlich ausgenommen — apostrophiert. Das klingt ganz klassisch und nach Cäsarismus obendrein. Die Regierung scheint diesen Karthagen gegenüber den gewiß vernünftigen Grundsat zu vertreten, die

Mannen der Rue Chabrol sich ruhig weiter vergnügen zu lassen, weil die Knochen der Schutzleute für solche Scherze zu schade sind.“

Die letzten Depeschen besagen: Rom, 18. August. Panizzardi Dementi im „Figaro“ ist infolge der Ermächtigung seitens der italienischen Regierung erfolgt, sich gegen die Angriffe und falschen Beschuldigungen im Prozeß Dreifus energisch zu verteidigen.

Renues, 18. August. Den Aussagen des verhafteten Individuums, welches sich für den Attentäter Laboris ausgab, wird wenig Glauben beigemessen. — Die Befreiung im Besonderen Laboris schreitet fort. — Der hier eingetroffene Adolphe Mornard wohnte der heutigen Sitzung des Kriegsgerichts bei. Die Genehmigung zur Vertretung Laboris soll ihm bisher nicht erteilt sein.

**Soziale Rechtspflege.**

**Lohnforderungen beim Konkurs des Arbeitgeber.** Der Bildhauer A. machte beim Gewerbegericht gegen den Steinmetzmeister Kramer, der Grabdenkmäler fabriziert, eine Lohnforderung in der Höhe von 112,48 M. geltend. Nachdem festgestellt worden war, daß das Kramerische Geschäft seit mehr als einem Jahr unter Konkursverwaltung steht, wurde der Kläger wegen Unzuständigkeit des Gewerbegerichts mit seiner Klage abgewiesen. Der Vorsitzende führte aus, daß in Fällen wie dem vorliegenden an die Lohnforderungen, gleich allen anderen Forderungen, an die Konkursverwaltung zu stellen seien. Sie würden dann vor allen Kapitalforderungen bevorzugt. Das Gewerbegericht könne hier nicht eingreifen.

**Wegen Einbehaltung des Krankenkassenbuches und anderer Legitimationspapiere** werden häufig Entschädigungsklagen beim Gewerbegericht eingebracht. Das Gewerbegericht erklärt sich aber seit mehreren Jahren in allen diesen Fällen für unzuständig, weil es sich nicht um Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis handle. Das Gericht beruft sich dabei auf den Wortlaut des Gesetzes. Voraussetzlich wird die Rechtslage nach der Durchführung der Gesetzesreform eine andere werden. Wie notwendig das ist, beweist die große Menge derartigen Entschädigungsklagen, die innig mit dem Arbeitsverhältnis zusammenhängen, wennalich sie dem Juristen nicht als Forderungen aus dem Arbeitsverhältnis erscheinen.

**Ein interessanter Accordstreit.** Die Kohrer V., B. und G. hatten es übernommen, gegen einen Preis von 17 Pf. für den Quadratmeter sämtliche Kohrreden in einem Neubau anzumageln. Sie erhielten vorläufig den Lohn für 718 Quadratmeter, ohne daß die fertige Arbeit nachgemessen wurde. Tatsächlich waren noch 100 von den bezahlten 718 Quadratmetern fertig zu stellen. Die drei Arbeiter verteilten am fraglichen Sonnabend das Geld gleichmäßig unter sich. Am folgenden Montag kamen V. und B. nicht wieder und G. machte die Arbeit allein fertig. Da ihm weder seine Kollegen den Betrag für die Mehrarbeit erstatteten, noch der Arbeitgeber Herr Juliusberg bereit war, dafür etwas zu zahlen, so verklagte G. den Unternehmer beim Gewerbegericht. Er beantragte 14,17 M. B. und B. wurden als Zeugen vernommen. Sie wollten nichts davon gewußt haben, daß noch 100 Quadratmeter zu bohren waren. Der Gerichtshof schenkte diesem Einwand keinen Glauben, war aber doch der Meinung, daß ein Verschulden der Firma oder ihres Vertreters vorliege. Der Vertreter des Beklagten hatte sich vor der Zahlung des ganzen Betrages davon überzeugen müssen, ob die entsprechende Arbeit auch bereits geleistet sei. Auf das Zureden des Vorsitzenden Leo zahlte der Vertreter der Firma freiwillig die 14,17 M. an den Kläger. Dr. Leo bemerkte noch, daß Juliusberg ja gegen die Zeugen V. und B. beim Gewerbegericht auf Erstattung des zuviel gezahlten Geldes klagen könne.

**Der Societar.** Der Schlosser Wimmer führte selbständig in sein Fach schlagende Arbeiten aus, auch hatte er eine kleine Werkstatt. Zuweilen ließ er sich bei der Ausführung seiner Aufträge von dem Schlosser K. helfen, der sich bald durch ein gewisses forsches Auftreten einen erheblichen Einfluß bei der Annahme von Arbeiten sicherte. Gelegentlich einer Arbeit, über deren Ausführung K. ebenfalls mit dem Auftraggeber verhandelt hatte, kam es zwischen K. und Wimmer zum Streit. K. verlangte die Hälfte des Verdienstes, während W. ihm nur einen seiner Meinung nach angemessenen Arbeitslohn geben wollte. K. wandte sich an das Gewerbegericht, vor dem sich W. bitter über das Verhalten des Klägers beklagte. K. sei zuletzt in der Werkstatt ungelassen, wie ein brüllender Löwe, der alles an sich reißen möchte. Bei Verhandlungen mit den Kunden habe er sich unangemessen vorgebracht und beinahe so gethan, als wäre er der Meister. Der Kläger führte demgegenüber aus, daß er allerdings die Uebernahme von Arbeiten erzwirkt habe, die anzunehmen der Beklagte „zu hoch“ gewesen sei. Nach der Beratung rief der Vorsitzende dem Beklagten, den fraglichen Verdienst mit dem Kläger zu teilen. Es stehe fest, daß K. nie in einem festen Arbeitsverhältnis zu ihm gestanden habe. Wenn nun auch der Kläger sich ihm in unehrerlicher Weise ausgebrängt habe, so sei hier doch infolge der Nachgiebigkeit des Beklagten tatsächlich eine Art Societarverhältnis zu stande gekommen, und es müsse angenommen werden, daß hier wirklich eine gemeinschaftlich übernommene Arbeit vorliege. Im streitigen Falle habe allerdings der Kläger selbst die Uebernahme der Arbeit mit dem Auftraggeber vereinbart. Die Schuld treffe den Beklagten, er sei eben nicht streng genug gewesen. — Die Parteien verließen sich dann auch auf 30 M.

**Unfall bei verbotener Arbeit.** Eine Fähr in einem westdeutschen Flusse war ohne Bedienung, als sich einige Leute, die es eilig hatten, übersehen lassen wollten. Der Arbeiter Buchholz, den man es verboten hatte, überzusehen, ließ sich schließlich herbei, den fehlenden Fährmann zu vertreten. Hierbei verletzte er sich derartig die Hand, daß seine Erwerbsfähigkeit zurüchging. Er verlangte von der westdeutschen Binnenverkehrs-Vereinsgenossenschaft eine Unfallrente, wurde aber mit diesem Anspruche abgewiesen, weil Buchholz bei einer verbotswidrigen Handlung verunfallt sei. Das Schiedsgericht als Berufungsinstanz verurteilte indessen die Vereinsgenossenschaft zur Rentenzahlung und das Reichs-Versicherungsamte bestätigte diese Entscheidung mit folgender Begründung. Zur Bedienung einer Fähr muß immer jemand vorhanden sein. Wenn nun ein derartiger wichtiger Arbeitsposten unbesetzt sei und ein an sich nicht dazu Befugter ihn in Notlage ausfülle, dann trete die betreffende Person in den Fährbetrieb ein und sei auch während der Dauer der betreffenden Arbeit als bei der zuständigen Vereinsgenossenschaft versichert anzusehen. Bestehe deshalb im vorliegenden Falle an sich eine Entschädigungspflicht der Vereinsgenossenschaft, so könnte noch in Frage kommen, ob sie nicht dadurch wieder aufgehoben worden sei, daß der Kläger einem Verbot zuwider handelte. Ein Einfluß wöhr dieser Richtung hin sei nun einem Verbot nur zuzusprechen, wenn es auch wirksam gemacht worden sei. Das sei hier aber nicht anzunehmen, denn es wären keinerlei durchgreifende Maßnahmen getroffen worden, die einer wirklichen Durchführung des Verbots hätten dienen können. Durch sich selbst wirkte ein einmaliges Verbot noch nicht.

**Letzte Nachrichten und Depeschen.**

Wien, 18. August. (Melbung des Wiener Telegr. Corresp. Bureaus.) Der Minister des Auswärtigen Graf Goluchowski begibt sich morgen zum Besuche des deutschen Staatssekretärs Grafen Bülow nach dem Semmering. Aarhus (Jütland), 18. August. (B. Z. B.) Heute nachmittag brach auf einem Holzlager in der Weilsstraße Feuer aus, welches sich mit ungeheurer Heftigkeit verbreitete. Um 5 Uhr waren 18 Gebäude eingekerkert; das Feuer dauerte mit unvermindeter Kraft fort. Die ganze Gegend ist zur Hilfeleistung herangezogen. Zwei Soldaten wurden durch eine umstürzende Mauer verwundet. Der Schaden wird bisher schon auf über eine Million Kronen geschätzt.



### Interpellation über den Notstand im Spreewald.

Im preussischen Abgeordnetenhause wurde am Freitag u. a. über die Interpellation Ring und Gen.: Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um dem durch die Ueberschwemmung der Spree eingetretenen Notstande abzuhelfen? verhandelt.

Die Verhandlung nahm folgenden Verlauf:  
Minister Febr. v. Hammerstein erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.  
Abg. Ring (L.)

verweist auf die schweren Schädigungen der Anwohner durch die fortwährenden Spree-Ueberschwemmungen; über ein bestimmtes Entwässerungsprojekt habe die Regierung sich immer noch nicht schlüssig gemacht. Keuerdings habe der Minister im Herrenhause erklärt, daß das von der Regierung ausgearbeitete Projekt nicht ausgeführt werden könne, weil es zu teuer sei. Das Projekt soll vereinfacht werden, um Kosten zu ersparen, damit sei den Interessenten natürlich wenig gedient. Ramentlich müsse geprüft werden, inwieweit der Ober-Spree-Kanal zur Förderung der Uebelstände beigetragen habe. Jedenfalls müsse, wenn etwas geschehen solle, dies schnell geschehen.

Minister Freiherr v. Hammerstein:

Die Regierung erkennt die Notwendigkeit an, Schutzmaßnahmen zu treffen; über das Wie gehen die Meinungen auseinander. Beratungen mit den Interessenten haben ergeben, daß eine Vereinfachung des zuerst entworfenen Projektes möglich ist. Inzwischen sind 120 000 M. zu Vaggerungsarbeiten bewilligt worden und auch sonst hat der Finanzminister in dieser Sache sein größtes Entgegenkommen bewiesen, so daß jetzt eine Inangriffnahme der Arbeiten in sicherer Aussicht steht. (Bravo!)

Ein Regierungskommissar

legt dar, daß die Ueberschwemmungsschäden durch den Ober-Spree-Kanal nicht erhöht worden sind.

Auf den Antrag des Abg. Schall (L.) findet die Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Febr. v. Willisen (L.)

schildert die Bedrängnis der Anwohner, denen ganz geringfügige Entschädigungen gezahlt worden sind, die bei weitem die wirklichen Schäden nicht decken. Es seien ja einige Interessenten vorhanden, bei deren Entschädigung die Regierung ja allerdings sparen könne, z. B. beim Forstfiskus, aber die kleinen schwerbetroffenen Besitzer sollte man doch besser berücksichtigen.

Minister Febr. v. Hammerstein

erwidert, die Schäden würden in allen Fällen geprüft; außerdem sei ja früher wiederholt gefällig festgesetzt worden, wie hoch die Entschädigung bemessen werden darf.

Abg. Schall (L.)

erörtert die Ueberschwemmungen im unteren Havel-Gebiet und hofft, daß der Minister aus dieser Gegend sein Wohlwollen nicht entziehen werde. Es sei das um so nötiger, als die Gegend durch die fortwährenden Ueberschwemmungen zu verarmen drohe.

Präsident v. Kröcher macht den Redner darauf aufmerksam, daß sich die Interpellation nur auf die Spree beziehe.

Abg. Schall bemerkt, daß die Spree in die Havel fliehe.

Präsident v. Kröcher erwidert, daß dadurch allerdings ein gewisser Zusammenhang mit der Interpellation hergestellt werde, doch bittet er, die Verhältnisse der Havel nicht zu ausführlich zu behandeln.

Abg. Schall

bittet den Minister, bei der Schadensbemessung nicht zu fiskalisch zu verfahren, es sei doch bedauerlich, daß der Fiskus sich, wie es vorgekommen, verklagen und gerichtlich verurteilen lasse zur Entschädigung. Wenn man Hunderte von Millionen für neue Kanäle herzugeben bereit ist, sollte man doch mit 20 000—100 000 M. für Entschädigungen nicht knausern. (Bravo!)

Minister Febr. v. Hammerstein

bemerkte, daß ein Projekt zur Regulierung der unteren Havel ausgearbeitet sei; dies habe aber Bedenken hervorgerufen gerade vom Standpunkte der Interessen der Anlieger. Er werde seinem Projekte zustimmen, das diese Interessen nicht ausreichend berücksichtige.

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.)

will die Notlage der Spree-Anwohner nicht verkennen, es scheine aber, als ob die Konservativen diese Gelegenheit demuten wollten, um ihrem Unmut über den Mittelwäld-Kanal Luft zu machen; er bittet um schnelle Abhilfe-Maßregeln für die Spree-Anwohner.

Abg. v. Werdeck (L.)

schildert die Notlage der Spree-Anwohner; nach seiner Meinung sei eine gründliche Regulierung der Ober-Spree nötig, wenn nicht alle Kosten weggeworfen sein sollen. Jedenfalls müsse mehr geschehen, als bisher, um den fortwährenden Ueberschwemmungen Einhalt zu thun.

Abg. Ring (L.)

polemistert mit dem Abgeordneten Goldschmidt, der die Spree nur von Treptow und Eiersdänchen her zu kennen scheine, jedenfalls werden die Spree-Anwohner denken: Gott behüte uns vor dem Abg. Goldschmidt, vor der Spree wird und schon die Regierung schlingen. Dem Abg. Goldschmidt scheine die Schiffbarkeit der Spree wichtiger zu sein, als der Schutz der Anwohner. Redner empfiehlt das große Spree-Regulierungs-Projekt zur Durchführung; die Kosten könnten dabei nicht ausschlaggebend in Betracht kommen, wenn den bedrängten Anwohnern sicher geholfen wird.  
Damit ist die Besprechung der Interpellation beendet.

### Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

**Zum Vantischlerstreik.** Während des gestrigen Tages haben noch 7 Werkstätten mit 117 Kollegen die Forderungen anerkannt, so daß in 80 Werkstätten mit 1370 Kollegen die Forderungen bewilligt sind. Ausständig sind noch 325 Kollegen in 40 Werkstätten. In Charlottenburg haben sämtliche Unternehmer bewilligt, außer der Firma Steibitz u. Köppchen, welche ihre Arbeiter entlassen hat und keinen der Entlassenen wieder einstellen will. In Rixdorf arbeiten sämtliche Vantischler, mit Ausnahme der Werkstätte Kurzhan, nach den neuen Tarifen. In Köpenick stehen nur noch die zwei Firmen Wählberg und Stolle mit 14 Arbeitern den neuen Forderungen ablehnend gegenüber. In Adlershof befinden sich fünf Mann der Firma Klinghorn im Streik. In Steglitz, Zehlendorf, Lichterfelde und Mariendorf ist bis auf vier Werkstätten mit 14 Kollegen alles bewilligt.

**Achtung, Eiseneure Deutschlands!** Werte Kollegen! Seit einigen Tagen befinden sich die Berliner Eiseneure in einer Bewegung für Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden und ist das bisher durch Umfragen in den einzelnen Werkstätten erzielte Resultat ein günstiges zu nennen. Es ist darum dringend geboten, vorläufig den Bezug nach Berlin in jeder Beziehung fernzuhalten. Die Geschäftsfrage ist augenblicklich eine günstige und die Nachfrage nach Eiseneuren ist stark, ohne immer befriedigt werden zu können, jedoch darf bei einem eventuellen Ausfall nicht auf Bezug von außerhalb Berlins zu rechnen sein.

Darum Kollegen, seid mit den Berliner Kollegen solidarisch und bleibt vorläufig Berlin fern. Besonders dürfen die Verbände-Mitglieder außerhalb Berlins jetzt keine Stellung annehmen, wenn sie nicht ihrer Rechte im Verband verlustig gehen wollen.

In dem wir noch darauf hinweisen, daß auf Grund der besseren Konjunktur die Unternehmer schon beschlossen haben, einen Aufschlag von 15 Proz. für die Artikel in der Bronze- und Beleuchtungs-Industrie zu fordern, ist es wohl an der Zeit, daß endlich auch die Eiseneure dies ausnutzen und ebenfalls danach streben, die Arbeitszeit durchgängig auf 9 Stunden zu verkürzen. Während in verschiedenen Gradieranstalten jetzt schon eine 7 1/2-Stündige Arbeitszeit ist, arbeiten die Eiseneure und speziell in den größeren Bronze- und Metallwaren-Fabriken immer noch 10 Stunden.

Damit aber ist es nicht genug. Es machten innerhalb eines Jahres laut unserer letzten Statistik 89 Eiseneure 4672 Ueberstunden, 33 Kollegen haben 105 mal Sonntags und 22 Kollegen 67 mal nachts gearbeitet, jedoch wurde in den meisten Fällen kein Aufschlag für längere bzw. Nacht- und Sonntagsarbeit bezahlt. Demnach ist es wohl hohe Zeit und mit Freuden zu begrüßen, wenn endlich einmal die Eiseneure für Verkürzung der Arbeitszeit und für bessere Bezahlung im allgemeinen eintreten.

Wir bitten darum nochmals alle Kollegen außerhalb Berlins, den Bezug fernzuhalten, bis die Bewegung zu unseren Gunsten beendet ist.

Arbeiterblätter werden um baldigen Abdruck gebeten.

Die Ortsverwaltung.

**An alle Bau-, Erd- und gewerbliche Hilfsarbeiter der Provinzen Brandenburg und Posen.** Laut Beschluß der Magdeburger Konferenz hat sich in Berlin eine Agitationskommission für die genannten Provinzen gebildet, die die schwierige Aufgabe übernommen hat, die Berufsangehörigen zu organisieren. Wir eruchen nun die Kollegen verwandter Berufe in den Provinzen, wie Maurer, Zimmerer usw., vor allem aber die Kartellvorsitzenden, uns in unserem Bestreben nach Möglichkeit zu unterstützen und uns namentlich Adressen vertrauenswürdiger Personen zuzuwenden. Zuschriften erbitten Gustav Behrend, Wilmersdorf bei Berlin, Ringbahnstraße 271, rechter Seitenfl. II. Karl Krüger, Berlin O., Grüner Weg 30/31. Die in Betracht kommenden Partei- und Gewerkschaftsblätter werden um Abdruck gebeten.

**Die bevorstehende Lohnbewegung der Kolltuscher und Expeditionarbeiter** richtet wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die Arbeitsverhältnisse in diesem Beruf. Die Arbeitszeit dauert im Durchschnitt bei allen Berliner Expeditionsfirmen für die Kolltuscher von 5 1/2 Uhr früh bis 10 Uhr abends ohne Pausen. In der Hochsaison wird bei einzelnen Firmen, so beim Kommerzienrat Jakob oft bis 2 auch 3 Uhr früh gearbeitet. Für diese fast übermenschlichen Leistungen wird ein Lohn von 16 bis höchstens 22 M. pro Woche bezahlt. Bekanntlich kennt man im Expeditionsgewerbe das Bezahlen von Ueberstunden überhaupt nicht. Das ist, wie man sagt, nicht Unus. Von dem großen Lohne wird noch 1 M. resp. 1,50 M. pro Woche als sogenannte Kautions in Abzug gebracht. Dabei ist der Kolltuscher gezwungen, sein Frühstück, sein Mittag, Vesper, Abendbrot in der Kautie einzunehmen, was doppelte Ausgaben verursacht. Für die Familie bleiben dann 10—12, im günstigsten Falle, wenn ein paar Groischen Trinkgeld verdient worden, 14 M. für die ganze Woche. Niemand wird bezweifeln, daß diese Summe für Berlin vollständig unzureichend zur Erhaltung einer Familie ist.

Diese Zustände abzuändern, waren die bisher in der Zahl von etwa 250 Mann organisierten Kolltuscher und Expeditionarbeiter nicht im Stande. Es beginnt sich jetzt aber auch unter der Masse der Indifferenten zu regen und scheint die eingeleitete Bewegung auch die Stumpfsinnigsten aufzurütteln.

Die Forderungen sind sehr bescheidener Natur. Verlangt wird für Bodenarbeiter ein Minimallohn von 21 M., für die Aushäuer 22 M. pro Woche. Eine bestimmte Arbeitszeit wird nur für die Bodenarbeiter verlangt, für die Aushäuer wird nur gefordert, daß nach 7 resp. 8 Uhr abends keiner derselben mehr auf die Tour geschickt werden darf. Die Bodenarbeiter verlangen für Ueberstunden 35 Pf.; die Aushäuer nach 9 Uhr abends 50 Pf. pro Stunde. Schon heute sind Anzeichen vorhanden, daß die Expediture, sobald sie sehen, daß ihre Arbeiter sich einig sind, nachgeben werden. Ein größerer Unternehmer hat nach der letzten Versammlung eigens seine Erholungsreise nach der Schweiz unterbrochen, ist nach Berlin gekommen und hat seinen Arbeitern und Aushäuern 2 M. pro Woche zugelegt mit der Bedingung, daß sie nicht Mitglieder des Centralverbandes werden sollen.

Für die Expediture ist es angeht ihrer guten Organisation, die jede Konjunktur der Firmen unter sich vollständig ausschließt, ein leichtes, ihren Angeestellten entgegenzukommen.

Es wird Sache der Expediturangeestellten sein, durch zahlreichen Anschluß an ihren Verband sich eine musterghilfige Organisation zu schaffen, die sie aus ihrer elenden Lage befreien kann.

**32 Berliner Gutmacher** sollten nach der von uns gestern wiedergegebenen Meldung einer hiesigen Lokalkorrespondenz nach Dänemark abgereist sein, um dort an die Stelle Ausgewanderten zu treten. Von der Organisation der hiesigen Gutmacher wird uns mitgeteilt, daß von den organisierten Gutmachern kein einziger nach Dänemark gegangen sei und auch andere dürften schwerlich fortgegangen sein, da zur Zeit hier ein solcher Mangel an Arbeitskräften herrscht, daß der Arbeitsnachweis nicht im Stande ist, offene Stellen mit hiesigen Kollegen zu besetzen. Die ganze Notiz dürfte demnach auf Erfindung beruhen.

**Vom Rixdorfer Gewerkschaftskartell** sind für die dänischen Arbeiter als 6. Rate 100 M. abgehandelt. Darunter von den Malern Rixdors: gesammelt: Alte Rr. 154 8,00, Rr. 162 2,00, Rr. 163 8,00, Rr. 185 9,15, Rr. 189 6,—, Rr. 190 13,00, Rr. 192 5,75, Rr. 194 6,00. Amerikanische Kautie nach Schluß der Verbandsversammlung d. Maler v. 15. August 3,15. Verband der Maler z. Filiale Rixdorf 11,50. Gesammelt in der Rixdorer Bormann, Berlin, Postenstraße, 4. Rate 5,—. Gesammelt in der Tischlerei Fohmann, Berlin, Oranienstraße (außer einem) 5,—. Gel. in der Tischlerei Luitpold, Rixdorf, Bienenstraße 2,50. Alte Rr. 176 durch Schröder 27,05. Durch Vahn Rr. 145 7,10, Rr. 177 7,05, Rr. 197 8,—, Rr. 168 durch Rille 8,25. Durch Boges Rr. 165 5,40, Rr. 167 5,15, Rr. 168 4,10, Rr. 172 6,85. Durch Rierich Rr. 164 6,70, Rr. 171 6,25, Rr. 180 5,05. Weitere Beiträge nimmt entgegen August Rierich, Rixdorf, Steinwegstraße 85, P. II.

Deutsches Reich.

**Die Holzbildhauer Breslaus** sind in eine allgemeine Lohnbewegung eingetreten auf folgende Forderungen: allgemeine Einführung der Lohnarbeit in der Holzbranche, desgl. Normierung eines Minimallohnes von 24 M. für Fabriken und 21 M. für Kleinmeister. Ebenso wird die Lohnkommission für Einführung einer einheitlichen Arbeitszeit von täglich 8 1/2 Stunden zu wirken, haben.

**Die Eisenbahnerbewegung in Sachsen** hat wieder ein Opfer gefordert. Bekanntlich haben bei den Eisenbahnern Sachsens die Organisationsbestrebungen einen breiten Boden gefunden, die sich nicht nur in der planmäßigen Wahl energischer Arbeitervertreter zu den Versicherungsbeirathungen, sondern auch in der Veranstaltung zahlreicher Versammlungen äußerte, in denen manch freimütiges Wort über die Zustände bei Staatsbahnen gesprochen wurde. Viele sächsische Staatsbahnarbeiter gehören auch schon dem Verbands der Eisenbahner Deutschlands an und sein Organ, „Der Bedruf“, hat in Sachsen zahlreiche Abonnenten. Auch unter den angestellten Beamten werden die Bestrebungen auf Organisation zur Hebung ihrer Lage immer lebhafter. Erinnert sei hierbei an die Unterzeichnung der Achtstundenpetition an den sächsischen Landtag durch viele Tausende von Eisenbahnern.

Die Verwaltung der sächsischen Staatsbahnen steht dieser Bewegung mit der üblichen Verstandlosigkeit gegenüber und ihre einzige That war im September v. J. die Maßregelung des Hilfs-

weihenstellers Ebener, eines ruhigeren ersten Mannes und tadellosen Arbeiters, der aber als Vertrauensmann seiner Kollegen deren Rechte sehr entschieden wahrnahm und sich nicht scheute, sowohl in Versammlungen wie auch den Vorgesetzten ins Gesicht zu sagen, was nötig war. Er wurde, obwohl seit vielen Jahren im Staatsdienste und obwohl er sich dienstlich nicht das geringste hatte zu schulden kommen lassen, plötzlich ohne Angabe von Gründen entlassen. Die Ideen der modernen Arbeiterbewegung hatten aber schon zu feste Wurzeln geschlagen unter diesen Staatsarbeitern, als daß dieser Schreckhug die beabsichtigte Wirkung hätte haben können. Die Agitation nahm ihren Fortgang und jetzt ist das zweite Opfer gefallen. Der Bremser Alb. Dräger, seit 15 Jahren im Eisenbahndienste, ist unter so eigentümlichen Umständen entlassen worden, daß auch hier die Maßregelung offenkundig ist. Dräger, ein ebenso untadelhafter Arbeiter wie Ebener, ruhig nüchtern und gewissenhaft, ist seit Jahren in verschiedenen Vertrauensstellungen mit großer Umsichtigkeit für die Rechte seiner Kollegen eingetreten und verstand es dabei doch stets, die Formen zu wahren, die ihn unangreifbar machten. Strafverlegungen aus einer Abteilung in die andere konnten ihm nichts anhaben; auch dem rücksichtslosesten Vorgesetzten verstand er durch sein besonnenes Auftreten und seine kenntnisreiche Abtun abzurufen. Nunmehr schlug man einen anderen Weg ein, um ihn unschädlich zu machen. Schon vor mehreren Jahren hatte er die Schaffnerprüfung abgelegt. Im Juli wurde er veranlaßt, seine Papiere zwecks Anstellung einzureichen und nach wenigen Tagen erhielt er das Anstellungsdekret als Staatsbeamter, jedoch unter gleichzeitiger Verlegung von Dresden nach Johann-Georgenstadt, einem elenden Vergnügungsort im sächsischen Vogtlande, wo er allerdings für die Bewegung der Eisenbahner aus längere Zeit unschädlich gewesen wäre. In Rücksicht auf besondere Familienverhältnisse (Ernährung seines alten Vaters), die ihm die sofortige Uebersiedelung (innerhalb 1 1/2 Wochen) unmöglich machte, bat Dräger in einer Eingabe an die Generaldirektion in angemessenster Form um vorläufige Zurücknahme der Verlegung. Die Antwort der Generaldirektion war die sofortige Dienstenkung unter Bezahlung der Kündigungssfrist. Die Folgen dieser Maßregelung werden nicht die erwünschten sein. Mit Einschüchterungsversuchen kommt die sächsische Staatsbahnverwaltung bereits zu spät. Die sächsischen Eisenbahner werden in dem Gemahregelten einen um so unabhängigeren und darum noch entschiedeneren Vertreter ihrer Interessen in der Öffentlichkeit gewinnen. Der Fall zeigt aber auch neue, welche Achtung die Staatsbehörden dem geschlichen Koalitionsrecht der Arbeiter entgegenbringen.

**Zwei Streikprozesse** wurden schon wieder vor dem Dresdener Schöffengericht verhandelt. In dem einen Falle hatte ein streikender Maurer in einer Baubude Arbeitswillige auf ihre unsolidarischen Verhalten aufmerksam gemacht und da in etwas derber Weise von Lumpen gesprochen. Die Polizei war natürlich sofort bei der Hand. Der Sünder muß drei Tage ins Gefängnis. — In einem anderen Falle hatte ein Streikender einen arbeitswilligen Verbandskollegen darauf aufmerksam gemacht, daß er als Streikbrecher, wenn er die Arbeit nicht einstelle, den Ausschluß aus dem Verband zu gewärtigen habe. Kein Schimpf oder sonstiges böses Wort fiel. Trotzdem zehn Tage Gefängnis, weil der Streikende „mit einem Uebel gedroht“ hatte. Der Ausschluß aus dem Verband sei für den Betreffenden ein Uebel — so deduzierte das Gericht. Ein Uebel darf aber nicht angebroht werden. — Das ist nun wieder sächsische Logik, die aber nicht den Anspruch darauf erheben kann, mit dem Geiste im Zusammenhang zu stehen.

Ausland.

**Aus der Schweiz.** In Frauenfeld ist in sämtlichen Schreinerwerkstätten der Zehnstundentag eingeführt worden. — In Selzach (Kanton Solothurn) hat die Uhrenschalen-Fabrik Kowar u. Cie. ihren sämtlichen Arbeitern gefündigt, weil sie sich eine Lohnreduktion von 1,50 Fr. per Tagend gleich 25 bis 30 Proz. nicht gefallen lassen wollten. Also Ausperrung. — In Basel haben 19 größere Wagenschäfte für die Schreiner- und Bauanschläger einen neuen, schlechten Accortarif aufgestellt, welcher bei den Arbeitern auf starken Widerstand stößt. Unterhandlungen mit den Meistern sind im Gange.

**Die Arbeitslosigkeit in Bern** hat eine Reihe von Versammlungen und Beschlüssen zur Folge gehabt. Eine von zwei hundert einheimischen Bauarbeitern abgehaltene Versammlung stellte die Forderung auf, daß bei jedem Arbeitsaccord den Einheimischen der Vorzug zu geben sei. Bei den Bauarbeitern und Behörden soll in diesem Sinne ein Feldzug eröffnet und gleichzeitig auch auf eine bessere Gesetzgebung gedrungen werden. Ferner werden die sozialdemokratischen Vertreter im Stadt- und Gemeinderat ersucht, bei ihren Behörden Gesetzesvorläge einzubringen, durch welche die Staats- und Gemeindebehörden verpflichtet werden, bei Vergabe von Arbeiten in den Betrieben festzusetzen, daß die Arbeit nur nach Lohnsätzen und Arbeitsbedingungen ausgeführt werden, die zwischen den Vertretern der Arbeiterorganisationen und der Unternehmerorganisationen festgesetzt worden sind. — Der Genosse Müller, Finanzdirektor der Stadt Bern, hat einer Abordnung von Arbeitslosen die Zusicherung gegeben, daß er sich sofort beim Gemeinderat dahin verwenden werde, um die Inangriffnahme folgender Bauten zu betreiben: Verschleunigung des Theatersbaues, Verwendung ausschließlich einheimischer Kräfte bei den Gemeindearbeiten auf dem Spitalader, Weisung an die Direktion der neuen Bern-Neuenburg-Linie um Berücksichtigung einheimischer Arbeitskräfte zc.

In einer besonderen Versammlung besprachen auch die Italiener die Situation und beschlossen folgende Resolution: Die versammelten Italiener, des Unwillens, der hier gegen sie herrscht, bewegt, beschließen: die organisierten italienischen Arbeiter begründen die Bewegung ihrer Genossen deutscher Zunge und erklären sich bereit, mit ihnen gegen die Obstruktion italienischer Politiker den Kampf aufzunehmen.

Die bürgerlichen Kreise haben, wie alle diese Vorgänge lehren, aus dem Kravall von 1893 nichts gelernt, wohl aber die Arbeiter und darum wird diesmal die Bewegung der Arbeitslosen friedlich verlaufen und werden sie Verbesserungen erzielen.

**Auf dem Kongress der schwedischen Schularbeiter** wurde u. a. auch eine Resolution betreffend die Stimmrechtsfrage angenommen, die in sehr energischen Worten die Einführung des allgemeinen Stimmrechts fordert. In der Lehrlingsfrage wurde eine Petition an den Reichstag angenommen, diese Frage auf gesetzlichem Wege zu regeln. Ferner wurde der Anschlag des Verbandes an die sozialdemokratische Partei vom Oktober 1901 ab beschlossen, sowie eine Resolution gegen den „Christlichen Arbeiterverband“, der nicht als eine Organisation für den Kampf der Arbeiterklasse um eine verbesserte soziale Stellung anerkannt werden könne. Für die dänischen ausgesperrten Arbeiter wurden 500 Kronen bewilligt. Der nächste Kongress findet 1902 in Stockholm statt.

**Ein Kongress des schwedischen Glasarbeiter-Verbandes** wurde abgehalten, um einen skandinavischen Glasarbeiter-Verband zu begründen. Es wurden Deputierte zur Entsendung nach Dänemark ernannt. Es soll außerdem an die Glasfabrikanten ein Cirkular gerichtet werden, das die dänische Arbeitszeit und Methode fordert.

### Unternehmer-Verbände.

**Die Organisation der Baunternehmer.** Der vor fast einem Jahre durch den Breslauer Beschluß begründete Deutsche Arbeiterverband für das Baugewerbe scheint nicht die Entwidlung zu nehmen, die man erwartet hatte, wenigstens sagt die „Baugewerkszeitung“ darüber, daß der Bund nicht die Fortschritte mache, welche



im Interesse der Selbständigkeit und Selbsterhaltung des deutschen Baugewerbes erhofft wurden. Es dauert sehr lange, bis die nötigen Lokalverbände zu Stande kommen und das Bundesorgan sieht sich zu folgendem Klagebegehren veranlaßt: „Beweisen die deutschen Bau-Arbeitgeber nun nicht bald durch die That, daß sie auf halbem Wege nicht stehen bleiben wollen, dann wäre es besser gewesen, der Bund wäre überhaupt nicht ins Leben gerufen worden.“ Wie das Blatt gleichzeitig hervorhebt, verlaufen jetzt sehr viele Streiks zu Ungunsten der Arbeitgeber, sowohl in Bezug auf Arbeitszeit wie auf Lohnhöhe.

**Österreichisch-ungarisches Petroleumkartell zur Schöpfung der Konsumenten.** Sämtliche Fabriken, bis auf die Orjober und die Triester Raffinerie, haben nunmehr ihren Beitritt zum österreichisch-ungarischen Petroleumkartell unterzeichnet. Die Orjober-Fabrik wurde jedoch vom Kartell ausgeschlossen, während die Triester und die zugehörige Slovacaer Petroleum-Fabrik außerhalb des Kartells bleiben. Das Kartell wurde für drei Jahre geschlossen. Der Preis wurde vorläufig um einen Gulden erhöht, für den Herbst ist dann eine weitere Erhöhung auf 23 bis 24 fl. geplant.

## Sociales.

**Zur Stillschließungsfrage.** Wir werden um Veröffentlichung des folgenden gebeten: Jeder, dem das Wohl des Volkes am Herzen liegt, und hier in erster Linie die Frauen, sehen mit Spannung und Interesse der am 4. September unter dem Vorsteher des Ministers der Landwirtschaft und öffentlichen Arbeiten de Brube in Brüssel tagenden internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Syphilis entgegen. Es ist ein großer Fortschritt, daß diese Fragen jetzt öffentlich in einer Konferenz zur Verhandlung kommen, daß sie in den Zeitungen besprochen werden. Viele werden dadurch über Dinge aufgeklärt, von denen sie bisher keine Ahnung hatten, und die zu wissen zu ihrem und zu dem allgemeinen Wohl unbedingt nötig ist. Wir modernen Frauen sind uns unserer Pflichten unseren Kindern gegenüber wohl bewußt und wir wissen auch, daß diese Pflichten schon vor der Geburt des Kindes anfangen. Wir wissen, daß die geschlechtlichen Ausschweifungen zu den Sünden gehören, die bis ins dritte und vierte Glied gerächt werden und wir sind fest entschlossen, unsere Kinder dafür zu bewahren, daß sie durch die Schuld des Vaters geistig und körperlich krank, sich und ihrer Umgebung zum Fluch werden. Wir erkennen in der staatlich geregelten Prostitution nicht ein geeignetes Mittel, der fürchterlichen Krankheit, zu deren Bekämpfung der Kongress sich versammelt, zu steuern, sondern vielmehr erblicken wir in derselben eine Sanktionierung des Lasters durch den Staat, eine Verführung unserer Söhne und eine Erniedrigung des ganzen Geschlechts. Nur wenn die zum Kongress versammelten Männer das Uebel an der Wurzel angreifen, d. h. wenn sie Abschaffung der staatlich geregelten Prostitution und die Erziehung der Jugend zur Selbstbeherrschung und zu einem mäßigen gesunden Leben verlangen, können wir auf erfolgreiche Arbeit des Kongresses hoffen. Von größtem Interesse dürfte es sein, zu hören, was Josephine Butler, die im Kampfe gegen die Prostitution allen heldenmütig vorangegangene Geistes, in einem Briefe, den die „Times“ Nummer des „Bulletin continentale“ veröffentlicht, sagt: „Bei dem bevorstehenden Kongress in Brüssel ist man augenscheinlich sehr vorsichtig gewesen in Bezug auf die Personen, die eingeladen worden sind, und in Bezug auf die Beschlüsse und Resolutionen, die gefaßt werden sollen. Möglicherweise ist es, daß dieser Handlungsweg die besten Absichten zu Grunde liegen, aber ich gestehe, daß sie mir kein Vertrauen einflößen. Ich kann nicht frei atmen in einer Versammlung, die so sorgfältig gesichtet worden ist, und in einer Atmosphäre, in welcher die Diskussion derartig vorbereitet worden ist.“

Wie verschieden ist das Vorgehen von dem Prinzip, frei, offen und mutig die große Masse des Volkes anzurufen, den Hebelhandschlag mitten in eine Versammlung hineinzuworfen, emporsteigen und wir uns befinden — ein Prinzip, dem wir immer beigestimmt, und das wir stets in Anwendung gebracht haben. Und haben wir jemals bereut, so gefordert zu haben? Niemals!

Die Wahrheit kann durch die Offenheit, durch das Appellieren an das Herz des Volkes nie verlieren, nur gewinnen.

**Ein holländischer Kritiker des deutschen Arbeiterschutzes.** Der holländische Arbeitsinspektor Herr Löben Sels weist in seinem Jahresberichte darauf hin, daß dem Verbot der deutschen Regierung, Kinder unter 16 Jahren zu schwerer Arbeit anzuhalten, durch die Vermeister in den Ziegeleien ein Schnippschen geschlagen wird, indem sie die Kinder als „Gesinde“ angeben, in welchem Falle sie keine Namen und Vornamen der Kinder mitzuteilen brauchen. Auch werden jugendlichen holländischen Arbeitern an Stelle von Kaffee jeden Morgen zwei Schnäpse verabreicht, welche Genußhaftigkeit sehr demoralisierend wirkt. Ältere Arbeiter genießen in vielen Fällen nur eine Nachtruhe von 8-9 1/2 Stunden. Es dürfte Aufgabe der zuständigen deutschen Behörden sein, solche Mißstände zu beseitigen. — Ganz recht — es dürfte sein.

**Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in der Schweiz.** Für die unentgeltliche Verabfolgung von Lehrmitteln und Schreibmaterialien in sämtlichen Volksschulen hat die Stadt Zürich im Jahre 1898 die Summe von 90 252 fr. ausgeben, bei 160 000 Einwohnern nicht viel mehr als 50 Cts. per Kopf der Bevölkerung.

## Locales.

### Flugblatt-Verbreitung.

Die Parteigenossen, welche sich am Sonntag an der Flugblatt-Verbreitung beteiligen wollen, versammeln sich an folgenden Stellen:

**Erster Wahlkreis** (früh 7 Uhr): Wörchel, Jädenstr. 35; Sommer, Grünstr. 21; Glaue, Kaufmannstr. 18; Stockisch, Holzgartenstr. 6; Sad, Französischestr. 6; Schmidt, Fienburgerstr. 24.

**Zweiter Reichstags-Wahlkreis** (früh 7 1/2 Uhr): Sch onheim, Gräfestr. 8; W. Müller, Gräfestr. 31; Ewald, Schönleinstr. 8; Lindemann, Moritzstr. 9; Judeil, Lindenstr. 106; Sack, Margrafenstr. 102; Voigt, Königgräberstr. 39; Kaufmann, Wäckerstr. 42; Lädke, Rosenerstr. 10; Quandt, Belle-Alliancestr. 74; Biwert, Grobdeerenstr. 74; Paller, Pallasstr. 16; Werner, Wilowstr. 59.

**Vierter Wahlkreis Osten** (früh 8 Uhr): In den bekannten Lokalen.

**Fünfter Wahlkreis** (früh 7 Uhr): Wittschow, Kleine Hamburgerstr. 26/27; Gräber, Johannisstr. 9; Willner, Winkstr. 59; Stübisch, Gärtenstr. 10; Cuno, Mendelssohnstr. 8.

**Sechster Wahlkreis** (früh 8 Uhr): Schönfeldt, Fehrbellinerstr. 9, Ede, Christinenstr. 2; Weinkmann, Pringen-Allee 21; G. Herrmann, Putzstr. 45; O. Bachgänger, Swinemünderstr. 96; Rosin, Schönholzer- und Kuppenerstr. Ede; Hoppe, Ackerstr. 145; O. Schulz, Schwarztopfstr. 11; J. Krause (früher Fr. Weiners), Müllerstr. 7a; J. Flax, Putzstr. 10.

**Charlottenburg** (früh 7 Uhr): Im 1. Bezirk bei Pasche, Potsdamerstr. 43, im 2. Bezirk bei Leder, Bismarckstr. 74, im 3. Bezirk bei Vayer, Wallstr. 94, und Gimpel, Danabrüderstr. 4, im 4. Bezirk bei Rant, Piesalozzistr. 65, im 5. Bezirk bei Dörre, Wallstr. 90, im 6. Bezirk bei Röttiger, Leibnizstr. 3, im 7. Bezirk bei Bredlow, Ansbacherstr. 31.

**Schöneberg** (früh 7 Uhr): Steppuhn, Hofenstufenstr. 83; Schilling, Aufhäuserstr. 16; Obst, Gramewaldstr. 110; Hoppe, Merseburgerstr. 7; Schünte, Bahstr. 10; Grimm, Siegfriedstr. 8; Gausler, Sedanstr. 31; Wälsch, Kollowstr. 9; Wolf, Spohnholzstr. 34.

**Mittdorf** (früh 7 Uhr): An den bekannten Stellen.

**Wilmerdorf-Galensee** (früh 7 Uhr): Ortsteil Ringbahnhof bei Rudloff, Bruchstr. 13; Galensee im Restaurant Ede

Ringbahn und Johann Sigismundstraße; sämtliche übrigen Bezirke im Volksgarten, Westuferstr. 40.

**Steglich-Friedenau** (früh 7 Uhr): In den bekannten Lokalen.

**Treptow-Baumschulweg**: früh 8 Uhr bei Stoffel. Regste Beteiligung der Parteigenossen ist notwendig!

**Die Wahlen zum Provinzial-Parteitag** erfolgen Dienstag, den 6. September, in öffentlichen Parteiversammlungen. Näheres wird noch bekannt gegeben. Die Vorstände von Vereinen und Gewerkschaften werden gebeten, an diesem Tage keine Versammlungen einzuberufen.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Morgen, Sonntag, den 20. August, Familien-Ausflug nach Zehlendorf-Beelitzhof. Besichtigung der Charlottenburger Wasserwerke in Beelitzhof. Abfahrt Berlin, Wannsee-Bahnhof 8 Uhr 30 Minuten. Treffpunkt Bahnhof Zehlendorf 9 Uhr. Für Radfahrer bis 3 Uhr nachmittags im Restaurant Kayorke, Beelitzhof. Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder und deren Angehörige sowie Freunde der Schule ersucht das Komitee. J. A.: Karl Müller, Mariannenplatz 9.

**Die Umschulung der Kinder in den Berliner Gemeinde-Schulen** erfolgt seitens der Schulvorstände noch immer ohne jedwede Berücksichtigung der häuslichen Verhältnisse der Kinder, so daß es im Hinblick auf die heranwachsenden Mißverhältnisse angebracht erscheint, diese Mißstände öffentlich zur Sprache zu bringen und deren Abstellung ernstlich zu fordern. So mancher Familienvater, der die Freude solcher rücksichtslosen Umschulungen durchzufolgt Gelegenheit gehabt hat, weiß ein Liedchen davon zu singen. Als ein Beispiel für viele möge hier folgender Fall angeführt sein: Die beiden Töchter eines Herrn A. G., Excercierstr. 7, wohnhaft, im Alter von 12 und 10 Jahren besuchten bis zum 1. April d. J. die 77. Gemeindegemeinschaft in der Schulstr. 100, von welcher die Wohnung nicht weit entfernt ist. Am 1. April wurden beide Kinder plötzlich „von Amts wegen“ umgeschult nach der neuen Schule in der Grünhaldenstraße und haben nun das zweifelhafte Vergnügen, einen halbfrühen Weg — an manchen Tagen sogar mehrmals — zur Schule machen zu müssen, während Kinder, die in der Nähe der Schule in der Grünhaldenstraße wohnen, nach wie vor die 77. Gemeindegemeinschaft in der Schulstraße besuchen. Erwägend fällt hierbei noch ins Gewicht, daß die Kinder auf ihrem Schulwege die Gabelung an der Bahnhofsposition passieren müssen, welche zeitweise durch die Straßenbahn geradezu unpassierbar gemacht wird. Auch kommt in Betracht, daß die Kinder die Lehrmittel der 77. Gemeindegemeinschaft, mit welchen sie versehen waren, in der Schule in der Grünhaldenstraße nicht brauchen konnten, obgleich beide Schulen in demselben Stadtviertel belegen sind. Am 17. Mai und am 10. Juni d. J. richtete Herr G. Eingaben an die städtische Schuldeputation und ersuchte unter Darlegung der Verhältnisse um Jurisdiktion seiner Kinder in die 77. Gemeindegemeinschaft. Beide Eingaben wurden abschlägig beschieden. Jetzt gedenkt Herr G. eine dritte Eingabe zu machen, um die Jurisdiktion seiner Kinder zu Michaelsstr. zu erlangen. Wie gesagt, derartige Fälle kommen ungemein zahlreich vor. Es muß aber entschieden gefordert werden, daß bei notwendig werdenden Umschulungen mindestens die Wohnverhältnisse der Kinder berücksichtigt werden, und daß nicht länger ein Verfahren weiter geübt werde, welches jede ersichtliche Methode vermissen läßt. Der bevorstehende Beginn des Wintersemesters wird wieder vielerlei Unannehmlichkeiten und Uebeltrafungen im Gefolge haben. Möge dafür Sorge getragen werden, daß sie von Eltern und Kindern nicht gar zu unangenehm empfunden werden.

**Die Berliner Bäckermeister** sind in tausend Angsten. Sie gestehen mitgeteilt zu, daß etwas faul ist im Berliner Bäckerhandwerk, sie wollen aber heileibe nicht, daß die Mißstände ans Tageslicht kommen und geben sich alle erdenkliche Mühe, die Wahrheit zu erstickeln. Um einer behördlichen Aufsicht zu entgehen, hat der Jungmänner-Vorstand „Germania“ bekanntlich beschlossene, eigene „Controleure“ angestellt, welche die Bäckereibetriebe daraufhin kontrollieren sollen, daß alles vorschriftsmäßig, sauber und ordentlich hergehe. Diese Controleure sollen den Reihenden in den Bäckereimeistern entnommen werden, welche jedoch verpflichtet sind, von den Ergebnissen der Kontrollen nichts in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Daß den Bäckerei-Arbeitern mit derartigen Kontrollen wenig gekollet ist, liegt auf der Hand. Die organisierten bäckergewerblichen Arbeiter haben denn auch beschlossen, auf eigene Hand wahrheitsgemäßes Material über die Zustände in den Bäckereien zu sammeln, um es der Öffentlichkeit zu übergeben und zur Verbesserung ihrer Lage zu benutzen. Das paßt den Meistern aber durchaus nicht in ihren Kram. Sie suchen daher das Vorgehen der Bäckerei-Arbeiter zu hinterreiben und zwar durch bewehrte Klagen und Verleumdungen. Sie erheben gegen die durch Vertrauensmänner mittels Fragebogen bewirkten statistischen Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bäckereigewerbe sowie über die Reinlichkeitsverhältnisse in den Backstuben, das Schlafstättenwesen u. dergleichen und stellen die lächerlichen Behauptungen auf, daß die Vertrauensmänner der Gesellen in deren Versammlungen mit bereits ausgefüllten Fragebogen von Tisch zu Tisch gingen, daß die Gesellen die also vorbereiteten Fragebogen vielfach gar nicht lesen, dieselben vielmehr notgedrungen unterschreiben, ohne den Inhalt zu kennen oder zu prüfen. Die Meister wollen sich nunmehr bei der Behörde beschweren. Ob diese ihren Klagen Verständnis entgegenbringen wird?

**Verurteilung gegen eine Synagoge.** An das Solidaritätsgefühl der Rabbiner wendet sich Herr Dr. Maybaum in einem Kampf mit der Synagogengemeinde zu Koblenz. Dort ist einem Herrn Dr. Singer nach zwölfjähriger Wirksamkeit das Lehramt gekündigt worden, ohne daß ersichtliche und schwerwiegende Gründe für diesen Schritt vorlagen. Den Selbstzweck der Kündigung um so empfindlicher treffen, als er für eine Familie mit drei unmündigen Kindern zu sorgen hat. Außerdem wurde die Stelle in einer für ihn verletzenden Weise ausgefüllt. Auf Wunsch von Amtsgeossen richtete dann Dr. Maybaum als Vorsitzender des Rabbiner-Verbandes von Deutschland ein Schreiben an den neugewählten Gemeindevorstand in Koblenz, worin er über die Gründe der Entlassung um Auskunft bat und für einen gütlichen Ausgleich seine Dienste anbot. Der Brief blieb unbeantwortet. Herr Dr. Maybaum weist jetzt auf Erfahrungen hin, die schon früher Rabbiner in Koblenz gemacht haben, und bittet alle seine Kollegen, sich um die ausgearbeitete Stelle nicht zu bewerben und etwa schon erfolgte Bewerbungen zurückzuziehen: „Wer auf Ehre und Würde des Standes hält, wird diese dringende Bitte nicht unbeachtet lassen.“ — Man sieht, Boykott und Sperre sind schließlich ein Kampfmittel auch für — geistliche Arbeiter. Sollten wir noch erleben müssen, daß die Koblenzer Polizei zum Schutze arbeitswilliger Rabbiner einschreitet und die Denkschrift zur Ruchthausvorlage um ein neues Schauerkapitel vom Terrorismus Streifen bereichert wird? Oder daß die Staatsanwaltschaft gegen die von Herrn Dr. Maybaum verübte Verurteilung mit dem großen Ungehörigkeitsparagrafen vorgeht, wie sie es Arbeitern gegenüber in ähnlichen Fällen schon zu tugenden Malen getan?

Geistiger Posadobeh, was soll werden, wenn selbst die Geistlichkeit schon in der Streifbrecherlei ein Paar findet!

**Im städtischen Arbeitshause zu Nimmelsburg** waren im Verwaltungsjahre 1896/97 durchschnittlich täglich 1332 Korrigenden (1220 männliche, 112 weibliche) untergebracht. Davon befanden sich jedoch durchschnittlich täglich nur 490 Männer und 112 Frauen in der Hauptanstalt zu Nimmelsburg, der übrige Teil, 760 Männer aber in den Häuslingsbaracken auf den städtischen Miesfeldern. — Von den durchschnittlich 1332 Arbeitshaus-Korrigenden waren nicht beschäftigt als Lazarettkranke, ärztlicher Beobachtung unterstellt und Arrestanten durchschnittlich täglich etwa 87 Personen oder 6,53 Proz. Für fremde Rechnung

waren etwa 917 Personen oder 68,84 Proz. (an 279 575 Arbeitstagen) beschäftigt, davon auf den städtischen Miesfeldern an zusammen 229 858 Arbeitstagen etwa 754 Männer, und für die Bedürfnisse der Anstalt an 108 112 Arbeitstagen durchschnittlich täglich etwa 348 Personen oder 26,13 Proz.

Der Gesamt-Arbeitsverdienst der für fremde Rechnung Beschäftigten betrug 115 257 M. oder 85 Pf. pro Kopf und Tag. Davon wurden gezahlt an Unkosten-Erschädigung für die Aufseher 6504 M., an „Leberverdienst“ an die Häuslinge 18 198 M.; blieb verbleibender Arbeitsverdienst 90 550 M. oder 46 Pf. pro Kopf und Tag. — Für die im Winter von den Häuslingen auf den Miesfeldern geleisteten 84 671 Arbeitstage wurde von der Deputation für die Verwaltung der Kanalisationswerke, außer der Unkosten-Erschädigung für die Aufseher in Höhe von 4240 M., nur ein sogenannter „Leberverdienst“ von 10 Pf. pro Kopf und Tag gezahlt, im Gesamtbeitrage von 8467 M. Die gesamte Gegenleistung der Deputation für die Verwaltung der Kanalisationswerke stellte sich demnach auf 12 707 M. oder 15,01 Pf. pro Kopf und Tag der in ihrem Dienste beschäftigten Häuslinge.

**Lehrling erörtert** wird in Hausbesitzerkreisen der Streit zwischen dem Bund und der Wirtschaftsgenossenschaft, welche Müllabfuhr, Nachwachswesen und Miete-Einzahlung verwaltet. Der Bundesvorstand hat den Mitgliedern der Wirtschaftsgenossenschaft vorgeworfen, daß sie, entgegen ihrem Versprechen, die Geschäftsbuchführung unentgeltlich und ehrenamtlich zu führen, hierfür Bezahlung genommen haben. Wenn diese Thatsache richtig ist, was die Wirtschaftsgenossenschaft bestritten, so würde noch der Umstand aufzuklären sein, aus welchen Gründen der Bund, der diese Verhältnisse kennen mußte, jahrelang dazu geschwiegen hat. Der Bund verlangt jetzt das Recht, der Wirtschaftsgenossenschaft die Qualität als „Organ des Bundes“ zu „verleihen“, die Wirtschaftsgenossenschaft dankt für diese „Verleihung“. Daher der Streit, der nun voraussichtlich in den einzelnen Vereinen sich fortsetzen dürfte.

**„Tagesklasse für Maschinenbauer“** im städtischen Gewerbeschule. Die unter diesem Namen im vorigen Jahr in Berlin eröffnete städtische Maschinenbauklasse mit einjährigem Kursus wird im Oktober dieses Jahres um eine Klasse erweitert. Unterrichtsgegenstände sind: Mechanik, Maschinenlehre, Elektrotechnik, Technologie, Mathematik, Physik, Chemie und Maschinenzichnen. Das ausführliche Programm ist Pallasstr. 15 erhältlich.

**Die akuten Darmkrankheiten** haben im Juli eine im Vergleich zum Juni sehr bedeutende Zahl von Sterbefällen herbeigeführt. Nach den jetzt bis zum 29. Juli vorliegenden Wochenberichten des Berliner Statistischen Amtes starben besonders an Diarrhoe, Brechdurchfall und Magen-Darm-Katarrh in der Woche 2.—8. Juli 24, 20, 21, zusammen 71, in der Woche 9.—15. Juli 29, 50, 23, zusammen 102, in der Woche 16.—22. Juli 43, 81, 33, zusammen 157, in der Woche 23.—29. Juli 60, 123, 45, zusammen 228, in den 4 Wochen 2.—29. Juli 158, 290, 122, zusammen 558 Personen (fast nur Kinder unter zwei Jahren), während in den vorhergehenden 4 Wochen 4. Juni—1. Juli an den genannten drei Krankheiten nur 69, 66, 65, zusammen 200 Personen gestorben waren. Die meisten Sterbefälle kamen wieder auf die vorwiegend von der Arbeiterbevölkerung bewohnten Stadtteile. J. V. starben in den vier Juliwochen an den genannten drei Krankheiten in der Oranienburger Vorstadt 38, im westlichen Teil des Stralauer Viertels 43, im östlichen Teil des Stralauer Viertels 47, im östlichen Teil der jenseitigen Luisenstadt 48, in der Köpenicker Vorstadt 52, im westlichen Teil von Moabit 53, auf dem Wedding 70, in der Rosenhalden Vorstadt 98, dagegen z. V. in der Altstadt samt der Friedrichstadt nur drei Personen.

**Der Oberpräsident** hat nunmehr die Genehmigung zum Abbruch des Köpenicker Rathauses erteilt.

**Neuer Gewerbe-Inspektor.** Nachdem der bisherige Regierung- und Gewerbe-Inspektor Dr. Sprenger als vortragender Rat in das Reichsamt des Innern versetzt worden ist, hat der Regierungs- und Gewerbe-Rat Hartmann, bisher in Hannover, die Dienstgeschäfte des gewerblichen Rates beim Polizeipräsidium in Berlin übernommen.

**Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle.** In der Woche vom 23. bis 29. Juli fanden in Berlin 239 Eheschließungen statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 864 (429 männliche, 435 weibliche). Totgeborenen wurden 35 Kinder (14 männliche, 21 weibliche). Unter den Lebendgeborenen befanden sich 109, unter den Totgeborenen 4 außerordentlich geborene Kinder. — Die Zahl der Sterbefälle betrug in der Berichtwoche 750 und betraf 416 männliche, 334 weibliche Personen. Unter den Verstorbenen befanden sich 358 Kinder im ersten Lebensjahre (265 ehelich und 93 außerordentlich geborene). In Krankenhäusern sind 160 Personen (88 männliche und 72 weibliche) gestorben. Auf gewaltsame Weise endeten 17 Personen, darunter 8 durch Selbstmord. — Auf die einzelnen Stadtteile verteilten sich die Sterbefälle wie folgt: Berlin-Mitte-Dorotheenstadt 12; Friedrichstadt 13; Friedrich- und Schöneberger Vorstadt 27; Friedrich- und Tempelhofer Vorstadt (westl.) 22; Tempelhofer Vorstadt (östl.) 35; Luisenstadt jenseits des Kanals 75; Luisenstadt diesseits des Kanals, Neu-Mölin 87; Stralauer Viertel 112; Köpenickviertel 54; Spandauer Viertel 30; Rosenhalden Vorstadt 116; Oranienburger Vorstadt 58; Friedrich-Wilhelmsstadt und Moabit (östl.) 82; Moabit (westl.) 59; Wedding 68. — Die Eheschließungen betragen 18,7, die Lebendgeborenen 24,8, die Totgeborenen 1,0, die Sterbefälle 21,5 pro Tausend der Bevölkerung.

**Großfeuer auf dem köpenicker Terrain am Hamburger Güterbahnhof.** Zum zweitenmale seit Jahresfrist ist das köpenicker Terrain am Hamburger Güterbahnhofe in der Gaidestraße von einem Großfeuer heimgesucht. Im vorigen Jahre wurde die unter Nr. 18 und 19 belegene Getreidehandlung von Lüder u. Comp. sowie die Maschinenfabrik von Hülig u. Weiphal fast total eingeeicht, während diesmal die angrenzende Berliner Bau-Anstalt für Eisenkonstruktion und Metallbau von E. de la Saucé u. Koch (Nr. 20) von einem zerstörenden Brande betroffen wurde. Die Fabrik besteht in der Hauptache aus zwei getrennten, 60 Meter langen und 20 Meter breiten einschiffigen Gebäuden, die sich von der Gaidestraße bis hart an den Bahnhöfen erstrecken. Das an Nr. 19 angrenzende Fabrikgebäude war durchweg zur Kunstschmiede eingerichtet und enthielt wertvolle Maschinen. Es wurden hier 300 Arbeiter beschäftigt, die jedenfalls vorläufig arbeitslos werden, da von dem Fabrikraum nur die nackten Mauern übrig geblieben sind. Als das Feuer früh 2 1/2 Uhr von Straßenpassanten bemerkt wurde, hatte es bereits einen großen Umfang angenommen. Irdischerweise wurde nun auch noch unterlassen, den unweit der Brandstelle in der Gaidestraße befindlichen öffentlichen Feuermelder zu ziehen. Statt dessen eilten mehrere Personen zu ganz entfernten Feuermeldern, sogar bis zur Fennstraße, und so kam es, daß die Feuerwehr zwar etwas spät, dafür aber auch in einer Stärke von zehn Löschzügen anrückte. Mit zehn Schlauchleitungen, die teilweise von drei Dampftrigen gespeist wurden, geschah ein energischer Angriff von drei Seiten. Da jedoch der Schuppen bereits in seiner ganzen Ausdehnung ein einziges Feuermeer bildete, auch das Dach den Flammen immer neue Nahrung bot, mußte sich die Wehr darauf beschränken, den Brand zu lokalisieren, was nach zweistündiger Arbeit auch gelang. Der verursachte Schaden ist sehr groß. Die Entstehungsurache des Feuers wird zurückgeführt auf weggeschüttete, aber nicht vollständig abgelöschte Kohlenreste.

**Geschulte Wochenpflgerinnen.** Das Wöchnerinnenheim am Urban hat jetzt neben der Pflege von Wöchnerinnen im Heim selbst auch größere Aufmerksamkeit der Auszubildenden von Wochenpflgerinnen zuwenden können, die vom Heim aus in Privathäusern geschickt werden. Die Vergütung für diese Wochenpflgerinnen richtet sich nach den Verhältnissen der Familie, doch werden bedürftigen Wöchnerinnen die Pflgerinnen unentgeltlich oder nahezu unentgeltlich gestellt. Bei dem notorischen Mangel ge-



Schuler Wochenpfliegerinnen, die häufig selbst mit schwerem Gelde nicht zu haben sind, wird das Vorhaben des Wöchnerinnenheims dankbar begrüßt werden müssen. Besuche im Zuweisung von Wochenpfliegerinnen sind an die Oberin des Wöchnerinnenheims, Urbanstr. 33, zu richten.

**Verhafteter Rinderhändler.** Wegen eines Verbrechens gegen ein achtjähriges Mädchen ist der „Berliner Zeitung“ zufolge der 26 Jahre alte Kaufmann Robert v. Basse von der Kriminalpolizei verhaftet worden. v. Basse, der Sohn eines Rittergutsbesizers, verwaltete in dem Eckhaus Wilsnader- und Wietzenstraße ein Zweiggeschäft einer Kaffee- und Delikatessenhandlung, in der er gelernt hatte. Am Mittwoch verging er sich an der achtjährigen Tochter eines Arbeiters, die er in sein Zimmer hinter den Laden lockte, als sie Kaffee holte. Das Kind erzählte den Vorfall weinend seinen Eltern. Diese machten sofort Anzeige und zwei Kriminalbeamte nahmen sofort den Unthönd aus dem Geschäft heraus.

**Durch Leuchtgas betäubt** wurden gestern drei Personen, die nach der Unfallstation in der Brüderstraße gebracht wurden. Auf dieser Straße waren vier Gasarbeiter damit beschäftigt, ein unrichtig gewordenes Gasrohr auszubessern, wobei zum Schutze gegen das ausströmende Gas sogenannte Hautblasen über die Ausflugsöffnungen gezogen wurden. Eine dieser Blasen hatte sich allem Anscheine nach gelockert und das Gas strömte plötzlich in großer Menge aus, infolge dessen drei der Arbeiter betäubt zusammenbrachen. Der vierte besah noch kraft genug, um sofort die Schließung des Hauptrohrs zu veranlassen. Die drei Verunglückten wurden nach der Unfallstation gebracht, wo sie sich bald so weit erholten, daß sie sich nach ihren Wohnungen begeben konnten.

**Die Verzweiflungsthat** an der Lutherbrücke ist jetzt vollständig aufgeklärt. Die Frau, die mit ihrem Sohne ins Wasser ging, war die Ehefrau des Galanteriewarenarbeiters Koppel aus der Berlinerstraße 42 zu Pantow. Sie war mit ihrem Manne, einem Witwer, seit 1 1/4 Jahren verheiratet. Uneheliche Herkunftsverhältnisse gaben die Veranlassung zu dem unglücklichen Schritte.

**Wegen Unterschlagungen** wurde Donnerstag der Bureauvorsteher H. B. Vogel verhaftet, der bei der Lebensversicherungsgesellschaft „Victoria“ angestellt war. Die anvertraute Summe beläuft sich auf mehrere Tausend Mark. Bei der Verhaftung stellte sich heraus, daß B. bereits seit längerer Zeit von England aus wegen gleicher Vergehen stiefvaterlich verfolgt wird.

**Durch unvorsichtiges Umgehen** mit einem Revolver ist gestern in der zehnten Abendstunde der 41 Jahre alte Arbeiter Reinhold Simon aus der Oberbergerstr. 29 schwer zu Schaden gekommen. Simon, der in jener Gegend beschäftigt ist, besuchte gestern Abend auf dem Grundstück Indien in Berlin einen Bekannten, der hier einen Wächterposten bekleidet. Der Wächter zeigte ihm seinen Revolver, dieser entließ sich und eine Kugel drang dem Besucher in die Brust und verwundete ihn schwer.

**Vor den Augen seiner Geliebten** hat sich der 25 Jahre alte Arbeiter und Händler Johann Grischkowitz aus der Dalldorferstr. 6 Donnerstag auf offener Straße erschossen. G. wohnte in dem genannten Hause mit der Blätterin Marie K. Da er eines verkrüppelten Beines wegen nicht mehr arbeiten konnte, so ernährte er sich durch einen Straßenhandel mit Streichhölzern. In der letzten Zeit merkte er, daß seine Geliebte ihre Neigung einem anderen zuwandte. Die Blätterin machte daraus auch kein Hehl, sie wollte G. verlassen, weil sie angeblich seine Arbeit nicht länger ertragen konnte. Der Versuch machte ihr daher böse Auftritte. Am Mittwoch wollte er sie erwürgen und sich mit Schweinfurter Grün vergiften. Nur mit Mühe hielt sie ihn davon zurück. Gestern Abend gegen 9 1/2 Uhr traf H. die K. auf dem Hochplatze. Von der Eifersucht gepackt, zwang er sie, mit nach Hause zu kommen. Vor der Hausthür entwickelte sich der Wortstreit zwischen den beiden zu einer Schlägerei. Plötzlich gab G. dem Mädchen eine Ohrfeige, zog dann einen Revolver aus der Tasche und schoß sich vor ihren Augen eine Kugel unterhalb des Herzens in den Leib. Auf der Unfallstation in der Lindowstraße starb der Schwerverwundete nach kurzer Zeit.

**In dem Stillschleppverbrechen** gegen die Arbeiterin Lina Duhn beim Bahnhof Jungfernheide erfahren wir weiter, daß außer dem Arbeiter Heinrich Fugle aus der Potsdamerstr. 10 zu Charlottenburg noch der Arbeiter Franz Koerker aus der Schulstr. 10 verhaftet worden ist. Gesucht werden noch die Arbeiter Max Gröfing, Otto Ihn und Paul Voemert.

**Strasensperrung.** Die Schillerstraße von der Neuen Friedrichstraße bis zur Straße An der Stadtbahn wird behufs Asphaltierung vom 21. August ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

**Feuerbericht.** In der Nacht zum Freitag entstand Andreasstraße 14 durch Explosion einer Petroleumlampe ein Zimmerbrand, der verschiedene Möbelstücke zerstörte. Mariannenplatz 12 wurden die Schalbede und Ballenlage von Feuer ergriffen, das aber große Ausdehnung nicht erlangte. Hörsingstraße 10 ging ein Kasten Wäsche in Flammen auf. Nach Alexandrinenstraße 31 wurde die Wehr gerufen, weil hier Matrasen Feuer gefangen hatten. Ein Alarm nach Wauerstraße 15 betraf einen Wohnungsbrand, der Gardinen und Möbel einäscherte.

### Aus den Nachbarorten.

**Friedrichsberg, Stralau.** Den Parteigenossen zur Nachricht, daß die diesjährige Valsale-Feier von beiden Orten zusammen am Sonntag, den 27. August, in der „Victoria-Brauerei“ in Stralau gefeiert wird. Die Genossen werden um rege Agitation für den Besuch der Feier ersucht. Näheres im Inseratenteil der Dienstag-Rummer. Die Vertrauenspersonen.

**Lichtenberg, Friedrichsberg.** Den Mitgliedern des Socialdemokratischen Wahlvereins zur Kenntnis, daß die am Dienstag fällige Versammlung schon am Montag, den 21. August, abends 9 Uhr, in Müllers Salon, Frankfurter Chaussee 86, stattfindet. (Siehe Annonce.) Der Vorstand.

**Besondere Spiellehrer für die Volks- und Jugendspiele** soll der Magistrat von Charlottenburg für die dort leitens der Stadt eingerichteten Spielplätze anzuweisen beabsichtigen. Bei der letzten Stadtsitzung haben die städtischen Behörden einen größeren Posten für die Pflege der Volks- und Jugendspiele in den Etat eingestellt. Demgemäß ist an der Sprechstraße neben der dort befindlichen Volksschule und der Volks-Bade-Anstalt auf einem unbedienten Grundstück ein weit ausgebeuteter Spielplatz angelegt worden, der mit Rasenplätzen, schattenspendenden Bäumen und Gerätschaften versehen ist. Ferner sind die Höfe einiger Gemeindeschulen zu Spielplätzen hergegeben, auf denen nach Vereinbarung des Schulunterrichts ebenfalls Volks- und Jugendspiele abgehalten werden sollen. Rummehr schweben einer Korrespondenz zufolge im Schoße der Stadterwaltung Verhandlungen über die Anstellung besonderer Spiellehrer und Lehrerinnen, da die Stadt infolge der vielen Unglücksfälle, welche durch das Spielen der Kinder auf den Straßen herbeigeführt werden, beabsichtigt, das Jugendspielwesen so auszugestalten, daß die Straßen Spiele möglichst ihr Ende finden. Damit ist Charlottenburg die erste Stadt, welche in dieser umfassenden Weise für das Spielbedürfnis der Kinder, von denen auch die noch nicht schulpflichtigen die städtischen Spielplätze sollen besuchen dürfen, zu sorgen beschlohen hat.

**Zum Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission** für den Kreis Teltow ist Herr Regierungsrat Dr. Kuehne, der Vorsitzende der Veranlagungs-Kommission in Breslau, ernannt worden. Herr Regierungsrat Prohm, der bisherige Vorsitzende, ist zum Ober-Regierungsrat ernannt; auch ist ihm die Leitung der Finanzabteilung in Angelegenheiten der Ver-

waltung der direkten Steuern bei der Regierung in Magdeburg übertragen worden.

**Der Rixdorfer Magistrat** hat, wie gemeldet wird, jetzt den Entwurf einer Kommission der Stadtverordneten-Versammlung zu einem Orisstatut betreffend die Einschränkung der Kinderarbeit gutgeheißen und dem Regierungs-Präsidenten von Potsdam zur Genehmigung überandt. Der Entwurf besagt, daß Kinder unter zehn Jahren überhaupt nicht gewerblich thätig sein dürfen. Schulpflichtige Kinder zwischen dem 10. und 11. Lebensjahre dürfen nur innerhalb der Stunden von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends zur Arbeit herangezogen werden.

**Zurückgehende Vororte** von Berlin sind die im Kreise Nieder-Varnum gelegenen Gemeinden Borghagen - Klummeburg und Hohen-Schönhausen. Nach dem neuen Verwaltungsbericht des Kreisaußschusses zählt Borghagen - Klummeburg im Jahre 1895 noch 17 198 Einwohner. Seitdem ist es beständig zurückgegangen. 1896 zählte es noch 16 844, 1897 nur noch 16 281, und im Jahre 1898 hat eine weitere Abnahme der Bevölkerung auf 16 128 Einwohner oder um 0,96 Proz. stattgefunden. Die Abnahme der Bevölkerung wird auf die Verlegung der Strafanstalt nach auswärts zurückgeführt. Auch Hohen-Schönhausen hat im Jahre 1898 15 Einwohner verloren und ist auf 1947 Einwohner zurückgegangen. Stralau und Wilsnauer waren in den letzten Jahren ebenfalls zurückgegangen. Im Jahre 1898 haben sie jedoch wieder eine kleine Steigerung aufzuweisen. Stralau hat um 1,09 Proz. zugenommen und zählt jetzt 1498 Einwohner, Wilsnauer gar um 4,23 Proz. und hat es auf 3028 Einwohner gebracht.

**Der Berliner Vorort Blankenburg** wird immer mehr ein Fabrikort der Militärindustrie. So errichtet jetzt dort neben der Trommelfabrik von Meißner die Militärreife-Fabrik Ed. Kühne eine große Fabrikanlage.

**Zum Morde in Alt-Buchhorst.** Am Freitagmorgen erschien in unserer Redaktion der Eigentümer und Bau-Unternehmer Herr Karl Jim aus Alt-Buchhorst und teilte uns mit, daß die in der Presse über ihn gebrachten Mitteilungen in jeder Beziehung unrichtig seien. Von seiner Verhaftung sei nie die Rede gewesen, da er zu dem Morde selbstverständlich in keiner Beziehung stehe. Auf unsere Frage, ob es in Alt-Buchhorst nicht einen anderen Maurer seines Namens gäbe, auf den sich die in diesen Tagen veröffentlichte Reportermedeung beziehen könnte, erklärte Herr Jim, daß solches ausgeschlossen sei, da an dem kleinen Orte weder ein Maurer noch sonst jemand wohne, der seinen Namen führe. Auch die sonst in der Reportermedeung gebrachten Darstellungen über seine Person erklärte Herr Jim, der sich z. B. von Berufs wegen in Charlottenburg befindet und dort Wilmersdorferstraße 106 bei Steben wohnt, in jeder Beziehung für unrichtig. Herr Jim nimmt an, daß die falsche Nachricht von einer ihm feindselig gestimmten Seite zunächst an seinem Wohnsitz verbreitet worden sei, von wo aus sie dann ein Berichterstatter in die Presse gebracht habe.

**Das Ankoppeln von Anhängewagen an Fahrräder** ist in Friedenau verboten worden. Der Lischnermeister Pohje hatte an sein Fahrrad einen Kinderportwagen fest angekoppelt und war dann mit seinem Sohne die Prachtstraße hinuntergefahren. Er erhielt vom Amtsvorsteher auf Grund der Oberpräsidial-Verordnung vom 28. März 1893\* ein Strafmandat in Höhe von 3 Mark. Herr Pohje hat gegen diese Strafsehung gerichtliche Entscheidung beantragt. Ferner ist dem Fahrradhandwerker Eisner in der Rheinstraße, der häufig einen der neuen, eleganten, durch ein Angelgelenk mit dem Rade verbundenen, stabil gebauten Korbwagen als Anhänger benutzte, von dem Friedenauer Amtsvorsteher untersagt worden, diesen Wagen, den man in Berlin sehr häufig im Gebrauch sieht, zu benutzen. Man darf auf die gerichtliche Entscheidung um so mehr gespannt sein, als im Kreise Teltow eine landrätliche Verordnung besteht, die das Aneinanderkoppeln von Fahrzeugen verbietet und mit demselben Rechte auch das Anhängen von Wagen an Motorräder untersagt werden könnte.

**Der Schutzbund Berliner Radfahrer** teilt bürgerlichen Blättern mit: Die seit Beginn dieses Jahres wegen Freigabe des nördlichen Banettes auf der Steglitz-Schloßpark-Zehlendorfer-Wannsee-Potsdamer-Chaussee eingeleiteten vielfachen Verhandlungen haben dahin geführt, daß schon in alternativer Zeit dieses Banettes seitens des Landrates des Kreises Teltow mit der Magdeburg wird freigegeben werden, daß es da, wo nicht Materialien darauf lagern und außerhalb von Ortschaften, durch welche die Chaussee fährt, ausschließlich von Radfahrern befahren werden darf; die freigegebenen Strecken werden an ihrem Anfang und Ende durch große Tafeln kenntlich gemacht werden, welche der Schutzbund Berliner Radfahrer zu diesem Zwecke errichten lassen wird. Dringend zu wünschen ist jedoch, daß diese neue, den Wünschen und Bedürfnissen der Radfahrer entgegenkommende Maßregel des Landrates des Kreises Teltow auch bei demjenigen Teil des radfahrenden Publikums volles Verständnis finde, welches nicht immer ordnungsmäßiges und anständiges Verhalten auf dem Rade zur Nichtachtung zu nehmen pflegt.

**Mangel an Trinkwasser beim Mandör.** Die „Nat.-Bl.“ schreibt: Bei dem starken Truppenverle, der in jedem Sommer von Berlin der nach dem Döberiger Lager stattfindet, ist ein großer Mangel an Trinkwasser fühlbar geworden. Dies hat sich besonders während der Mandörüberdug am letzten Dienstag und Mittwoch gezeigt. Die Brunnen der hinter Spandau an der Chaussee zerstreut liegenden Gehöfte waren bald erschöpft, und da es öffentliche Brunnen auf der Landstraße hinter Spandau nicht giebt, so haben die Truppen unter dem Durst sehr zu leiden gehabt. Da nun in jedem Sommer nach dem Döberiger Platz größere Truppenmassen zusammengezogen werden, erscheint die Errichtung einer Anzahl öffentlicher Brunnen namentlich auf der am meisten benutzten Hertritzer, der Hamburger Chaussee zwischen Spandau und dem Döberiger Lager, dringend geboten.

### Vermischtes.

**Die Nordpol-Expedition Wellmanns.** Aus Tromsö wird vom Freitag gemeldet: Das Fregatenschiff „Capella“ ist gestern Abend von Franz Josef-Land hier eingetroffen. Das Schiff hat die Expedition Wellmanns mitgebracht, die es auf Kap Zeigeboff antrat. Es verläuft, Wellmann sei bis zum 82. Grad vorgekommen. Ein Teilnehmer an der Expedition Namens Bengsen, welcher allein mit einem anderen Genossen auf der Insel Wilgeland in einer Steinhütte überwinterte, ist gestorben. Im Februar zog sich Wellmann in einer Eispolte eine Verrenkung eines Fußgelenkes zu, infolge deren er noch an Krücken gehen muß. Die Expedition hat 108 Matrosen und 8 Wären gesungen, eine Spur von André wurde nicht gefunden. Das Schiff „Capella“ nahm die Expedition am 27. Juli auf und legelte am 10. August ab. Am 6. August wurde die „Stella Polare“ mit der Expedition des Herzogs der Norweger in Strofensund auf 80 Grad 20 Minuten Breite angetroffen. An Bord ist alles wohl.

**Eisenbahnunglück.** Aus Chemnitz wird amlich gemeldet: Freitag wurde der 9 Uhr 20 Minuten domittags nach Leipzig verkehrende Personenzug bei der Ausfahrt in Chemnitz durch eine von der Aisaer Linie zurückgehende Vorpannmaschine flankiert. Hierbei sind beide Maschinen und 8 Wagen entgleist, sowie einige Personen leicht verletzt worden. Bis zur Beendigung der Aufräumungsarbeiten wird der Personenverkehr durch Umföhlen aufrecht erhalten. Untersuchung ist im Gange.

**Ein Salzbergwerk gekürt.** Aus Deffau wird berichtet: Vier Etagen des älteren herzoglichen Salzbergwerkes Leopoldshall sind eröffnet. Die Carnallitförderung ist eingestellt. Menschen sind nicht berunglückt.

**Den Waldungen um München** droht neuerdings die bekannte Ronnengefahr. Im Forstrieder Park, der vor acht Jahren durch Ronnenfraß schwer heimgesucht wurde, wird in diesem Sommer ein mehr als gewöhnliches Auftreten des Ronnenfallers beobachtet. Das gleiche gilt von den Waldungen des Forstes Kasten. Von forstamtlicher Seite sind alle Vorkehrungen getroffen, um dem Waldschädling nach Möglichkeit zu begegnen.

**Das Dorf Schwarzach** an der böhmisch-bayerischen Grenze ist gänzlich abgebrannt. Nur das Stationsgebäude der österröichischen Zollwache ist stehen geblieben. Die Zahl der abgebrannten Häuser beträgt 22. — Ebenfalls ist das Dorf Redlin bei Wolfstein gestern abgebrannt.

**Aus Myslowitz** wird gemeldet: Bei der Hochzeit eines reichen jüdischen Einwohners von Sosnowice erkrankten nach dem Festmahl unter Vergiftungsanzeichen 88 Hochzeitsgäste. Einer verstarb, und mehrere liegen hoffnungslos darnieder. Die Ursache soll eine Fleischvergiftung sein.

**In Spanien** verursachte ein heftiges Unwetter in verschiedenen Provinzen Ueberschwemmungen, wobei mehrere Personen umkamen. In der Arena von Leganes bei Madrid stürzte eine Tribüne ein, zwei Personen wurden getötet, 82 verletzt.

**Feuerbrunst in Petersburg.** In der bergangenen Nacht brach in der Kronfabrik zur Herstellung medizinischer Präparate für das Militär Feuer aus, welches an den Chemikalien reiche Nahrung fand. Die Hitze war so groß, daß die Feuerwehr nur mit vieler Mühe arbeiten konnte. Der Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt.

**Dreihundzwanzig Wagenladungen Bildung.** Die Kaiserin von China leistet sich in Bildung so viel wie nur je eine höhere Tochter aus der Tiergartenstraße. In allen chinesischen Zeitungen wird offiziell angekünndigt, daß sie 23 Wagenladungen der verschiedensten europäischen Werke, ins Chinesische übersezt, und zwar Werke über Volkswirtschaft, Chemie, Physik, Staatskunst usw., in ihrem Palast habe bringen lassen. Diese Wagenladungen europäischer Wissenschaft hätten nicht weniger als 3000 Taels gekostet und die Kaiserin habe eine Anzahl Vorleser damit beauftragt, ihr täglich die interessantesten Stellen aus diesen Wätern vorzulesen.

**Grubenexplosion.** Freitag früh fand, wie aus London berichtet wird, in der Vest-Kohlengrube bei Reath (Glamoershire) eine Explosion statt. 18 Personen wurden getötet, 60 befanden sich noch in der Grube in Gefahr.

**Fische in der Milch.** Auf eigentümliche Weise wurde, dem „Gefell.“ zufolge, in dem Dorfe R. bei Reutlich eine Milchfäulung entdeckt. In der Molkerei fanden nämlich die Käsebereiter beim Durchsieben der von einem Bestizer gelieferten Milch mehrere kleine Fische. Die sofort angestellten Nachforschungen ergaben, daß eine der mit dem Meilen bekannten Mäde öfters Milch entwendet und, damit dies nicht auffalle, die fehlende Milch durch Wasser, welches sie aus dem Wassergang schöpft, ersetzt hatte. Hierbei hat sie die Fische mitgeschöpft, welche nun zu Verrätern ihrer lange betriebenen Diebstähle wurden.

### Marktpreise von Berlin am 17. August 1899

nach Ermittlungen des Hl. Polizeipräsidiums	
Ware	Preis
*) Weizen D. Gr.	15,80 14,70
*) Roggen	14,70 13,70
*) Ruttter-Gerste	13,20 12,80
*) Hafer gut	15,60 15,-
*) mittel	14,90 14,40
*) gering	14,30 13,80
*) Weizenmehl	4,22 3,66
*) Gerst	6,80 3,90
*) Weizen	40,- 25,-
*) Speldeböhen	50,- 25,-
*) Weizen	70,- 30,-
*) Kartoffeln, neue	9,- 5,-
*) Weizenmehl, feinst 1 kg	1,90 1,20
*) do.	1,20 1,-

\*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern - Kollernstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelcentner.

\*) Kleinhandelspreise.

**Produktenmarkt** vom 18. August. Am Weizenmarkt beschränkte sich das Geschäft auf einige direkte Verkäufe von Ware-Zuhörern an Konsumenten. Die Tendenz war als schwach zu bezeichnen, doch blieben die Preise nominell unbeeinträchtigt, da die festen Weibungen von den nordamerikanischen Weizen einen Rückgang verhinderten. Roggen lag behauptet, Hafer im Localgeschäft preisstillend, Viehwirtschaften steigend.

**Kartoffelmarkt.** Prima trodene Kartoffelsorte per 100 kg.

Werte inf. Erd und Wehl 19,00 M.  
Für Spiritus überwo die Nachfrage, so daß Preise für Weiserma 10 B. sich besterben. loco bei bestem Umfah behauptet. Spiritus loco ohne Faß mit 70 M. Abgabe ist heute von den Kurmaskern mit 43,5 M. gehandelt worden.

### Witterungsbericht vom 18. August 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Stationen	Barometer	Wind	Witterung	
Swinemünde	755,5	SW	6 wolllig	13	Doparanda	746,0	2 bedeckt	14
Hamburg	754,0	SW	6 wolk. bed.	14	Betersburg	748,5	2 bedeckt	15
Berlin	753,5	SW	6 wolk. bed.	14	Bort	740,0	3 bedeckt	18
Wiesbaden	765,5	SW	5 bedeckt	17	Aberdeen	764,0	6 wolk. bed.	12
München	767,0	SW	5 bedeckt	14	Paris	768,0	—	16
Köln	762,0	SW	5 bedeckt	17				

**Wetter-Prognose für Sonnabend, den 19. August 1899.**  
Zunächst noch kühl und veränderlich, mit frischen nordwestlichen Winden und leichten Regenschauern. Nachher aufsteigend und etwas wärmer.  
Berlin: Wetterbureau.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Adressen oder eine Post-Adresse) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll und die letzte Adressänderung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

**Die juristische Sprechstunde** wird Dienstag, Donnerstags und Freitags abends von 6 bis 8 Uhr abgehalten.

**Wettende 100.** Als Mitgliedschaft ist die Maschinenfabrik Schwarztopf am 1. Juli 1870 gegründet worden.

**H. 2. 72.** Das betreffende Blatt erscheint Berlin, Kgl. Hofstr. 6.

**H. 10.** Schreiben Sie an den Arbeiter-Turnverein „Fichte“, Friedenstraße 87.

**H. 11.** Die Kündigung kann, falls nichts anderes vereinbart ist, an jedem Tag erfolgen. 2. Bei Kündigung einer 14tägigen Kündigungsdauer ist Schadenersatz zu zahlen. — **H. 12.** Wiederholen Sie eventuell Ihre Anfrage. Schriftliche Antwort erteilen wir nicht. — **H. 13.** Wegen Sie Bekannde beim Landrat ein. — **Krankengeld.** Diese Festsetzung ist zulässig. Die Krankenkasse ist die Gewerbedeputation des Magistrats. — **H. 14.** 1. Sofern nicht eine Unterbrechung der Beitragspflicht eingetreten ist, liegt Beitragspflicht vor. 2. In Abende. **H. 15.** Sie können auf Einräumung des Heilers und Schadenersatz klagen. Die Höhe des Schadens kann von und nicht abgeschätzt werden, sie unterliegt nichtmündlicher Ermessen. — **H. 16.** 2014. Der Kläger würde in seinem Fall für die Hälfte der Kosten verantwortlich sein. — **H. 17.** 1. Reiz: der Richter kann auf Schadenersatz klagen. 2. **H. 18.** Sie können auf Ausföhrung der Reparatur klagen. — **H. 19.** Rixdorf. Reiz. **H. 20.** 1. Ihre Befragung wegen Beibehaltung wird vorandtschlich co folgen, wenn kein Vergleich geschlossen wird. Jedoch Reiz ist Ihnen frei. **H. 21.** Überlage vor Zahlung der ersten Zahlung zu erheben. — **H. 22.** 1 und 2: Sie müssen Zahlungsbefehl beantragen oder Klage erheben. Sprechen



Ein eventuell zur Klärung des Sachverhalts in der Sprechstunde vor. — R. W. Bis zum 1. Januar 1900 ja. — G. S. Zu diesem Behufe müßten Sie einen Betrag auf dem Amtsgericht (Neue Friedrichstr. 13) schießen. — T. P. 200. Beide Urkunden sind erforderlich. — H. P. 56. Das bricht nicht den Vertrag. Sie können nur auf Einräumung des Kellers und auf Schadenersatz klagen. — S. W. 12. Leider nein. Ein social-demokratischer Antrag zum Unfallversicherungsgezet, durch den die Unfallversicherung auch auf Fensterreinigungs-Institute ausgedehnt wäre, ist nicht zur Annahme gelangt. — V. P. 2. Nein. — H. B. Wollen Sie für Geld wieder haben, so müßten Sie die Klivillfrage anfragen. Hält die Wohnung fruchtlos aus, so würden Sie etwa 15 Mark Kosten haben. Das Urteil verfährt erst in frühestens 30 Jahren. Eine strafrechtliche Verfolgung des Falles hätte wohl wenig Zweck. — P. 50. Nein. — Schreier 95. Nur wenn es sich um eine Alimentenforderung handeln sollte. — H. Walther. 1. Ihr Bodentrag würde, soweit ersichtlich, auch ohne schriftlichen Vertrag gültig sein. 2. Wenn der Jahreszins unter 150 R. betrug, ja, sonst nein. 3. Das ist kein Grund zum Rücktritt, da es nicht in

der Mietwohnung vorgekommen ist. 4. Solchen Schein, wie Sie ihn bezeichnen, gibt es nicht. Vielleicht legen Sie ausführlicher dar, was Sie meinen. — R. Hermann. Der Ehestand muß ein bei dem Amtsgericht vorzunehmender Ehevertrag sein. Die Klage selbst muß durch einen Anwalt angestrengt werden. Daß die Klage in Ihrem Fall Aussicht auf Erfolg hat, ist nach Ihrer Darstellung nicht anzunehmen. Das Scheidungsverfahren kann ein halbes bis zwei Jahre dauern. Die Kosten mögen auf etwa 300 R. in erster Instanz sich in Ihrem Falle belaufen. — G. H. 99. 1. und 2. Die Klage ließe sich nur gegen bestimmte Mitglieder, nicht gegen den Verein richten. 3. Es braucht nur teilweise Rückgabe erfolgen. — Vobesuch. Wegen das Verbot muß Beschwerde beim Landrat eingelegt und das Verwaltungsverfahren eingeschlagen werden. — G. H. 32. Die Aenderung des wechselseitigen Testaments nach dem Eintritt der Erbchaft ist dem Überlebenden ist unzulässig, daher der Nachtrag hinfällig. Jedoch herrscht hierüber Streit. — Krautenasse. Nach dem Gesetz ist jeder die Kasse im Recht. Jedoch können hierüber Zweifel bestehen: ein Erkenntnis hierüber ist und nicht bekannt. Wenn Sie sich

an die Gewerbe-Deputation mit dem Antrag wenden sollen, eine Kasse zur Rückzahlung zu verurteilen, so teilen Sie uns wohl das Resultat mit. — G. M. 42. Besten die Betreffenden in Berlin oder der Provinz Brandenburg, so kommt marktliches Provinzialrecht in Anwendung. Nach marktlichem Erbrecht wird, falls kein Testament vorliegt, in folgender Reihenfolge geerbt: 1. In der ersten Reihenfolge erben Descendenten (Kinder resp. Enkel, Urenkel) und der Ehegatte. 2. Falls keine Descendenten da sind, erben: die nächsten, dem Grade nach von der dem Erblasser überlebenden Ascendenten, vollbürtige Geschwister, Kinder ersten Grades vorverstorbenen vollbürtiger Geschwister und der Ehegatte. 3. Sind auch solche Verwandte nicht vorhanden, so erben außer dem Ehegatten Halbgeschwister und Kinder ersten Grades vorverstorbenen Halbgeschwister. 4. In der vierten Klasse erben neben dem Ehegatten die entfernteren Seitenverwandten. 5. Sind auch solche Erben nicht vorhanden, so erbt neben dem Ehegatten der Fiskus: in Pommern, Rostock und Kriegen jedoch nur der Ehegatte. Demnach ist in Ihrem Falle zu entscheiden: Zu 1.: A. B. C. Zu 2.: Ja. Zu 3., 4., 5.: Nein. — J. H. 1000. Nein

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonnabend, 19. August.

**Neues Opern-Theater (Kroll).**  
Die Nibelungen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Leistung. Im weißen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Neues. Rivito.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Ersten. Martha.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller. Wilhelm Tell.** Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central. Der Heiratsmarkt.** Anfang 8 Uhr.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches.**  
Germinal oder: Der Streit der Bergarbeiter. Anfang 8 Uhr.  
**Alexanderplatz. Rana.** Anf. 8 Uhr.  
**Ostend. Die Kubanerin.** Anfang 8 Uhr.

**Luifen. Olyperion.** Hierauf: Der Kammerfater. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol. Berlin lacht!** Anfang 8 Uhr.

**Welle-Alliance. Spezialitäten-Vorstellung.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Kollo. Frau Luna.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Reichshallen. Stettiner Sänger.** Anfang 8 Uhr.  
**Vollge-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.**

**Urania. Invalidenstr. 57/62.**  
Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

**Zauberk. 48/49. Im Theater.**  
Das Land der Fjorde. Anfang 8 Uhr.

### Schiller-Theater

(Wagner-Theater).  
Morwitz-Oper.

Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr:  
Vollständiges Opernvorstellung  
bei halben Preisen:  
**Wilhelm Tell.**

Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:  
Zum letztenmal:  
**Die Hugenotten.**

Montag, abends 7 1/2 Uhr:  
Zum letztenmal:  
**Lucrezia Borgia.** Hierauf:  
**Cavalleria rusticana.**  
Es finden nur noch 10 Opern-Vorstellungen statt.

### Central-Theater

Direktion: José Fernozzy.

Lustspiel-Ensemble (Hr. Willy Krause vom Igl. Schauspielhaus, Herr Otto Pahlau vom Schiller-Theater, Herr Rich. Ewald vom Thalia-Theater als Gäste).

**Der Heiratsmarkt.**  
Schwank in 3 Akten v. G. Dostojewski.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

### Ostend-Carl-Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.  
Täglich:  
**Die Kubanerin.**  
Anfang 8 Uhr.  
Borzugsbillets haben Gültigkeit.  
Im Garten: Spezialitäten-Vorstellung.  
27 Nummern. Anfang 6 1/2 Uhr.

### Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57.  
Größter Saison-Erfolg!!!  
**Berlin lacht!**  
und das reizende  
**Presse-Ballett.**  
Hierzu: Neues Spezialitäten-Programm.  
U. a. Robinson Baker-Trio, Japanesen Fuhushima Troupe, Warner-Amoros-Company etc. etc.  
Anfang 8 Uhr.

### Reichshallen.

Garten resp. Saal  
täglich:  
**Stettiner Sänger**  
(Weyfel, Vietro, Britton, Siebl, Ayer, Rirchmayer, Schneider und Schrader).

Anfang wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Vorher: **Konzert.**  
Entree 50 Pf., Vorverkauf für die Wochentage 40 Pf. Nummeriert u. Voge 75 Pf. bis 2 R.  
Jeden Freitag: Neues Programm.

### Urania Apollo-Theater.

Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr: Im Theater:  
**Das Land der Fjorde.**  
Invalidenstr. 57/62:  
**Tägl. Sternwarte.**  
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

### Passage-Panopticum

Geöffnet von  
9 Uhr früh bis  
10 Uhr abends.  
Neu! Neu!  
Das urkomische  
**Bückerburger  
Bauern-  
Ensemble.**  
Anfang der Vor-  
stellung 8 Uhr  
abends.

### CASTANS PANOPTICUM

Die sensationellen  
lebenden  
Photographien!  
In Lebensgröße.

Die russische  
Damenkapelle „Mignon“  
in moskowsischen Kostümen.  
Viele neue plastische  
Gruppen und Figuren.

### Prater-Theater

Rathen-Klee 7/9.  
Täglich: **Dorns Resi.** Volkstümlich mit Gesang u. Tanz v. Hugo Schulz, Musik von H. Reichen. Kostümreichtum. Lucie Sarow. (Gedr. Milano, Prot. Quart. Taums-Quartett, Gesang und Tanz. Die 3 Schindbrunn, humoristisches Bilderbuch. The 4 Flashes, Excursions. Ballettgesellschaft Böhring. Vendors-Trio, Exercitien am Hand-Tropes, Daniel-Truppe, Pantomime. Konzert und Ball.  
Einst. Sonntags und wochentags 30 Pf., um. Platz 50 Pf. Kalbo.

### W. Noacks Theater,

Brunnenstraße 16.  
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

### Die Lindenvirtin.

Niederpiel in 1 Akt von D. Richter u. E. Branne. Musik von H. Thiele.

### Das Blumenmädchen vom Moritzplatz.

Volkstümlich mit Gesang in 2 Akten von Johann Eißner.  
Im Saale: Tanzfränzchen.

### Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 14-15. Artistische Leitung: Paul Mitsch.  
Täglich: **Großes Garten-Konzert.**  
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.  
Nur erstklassige Kräfte.

Georg Fischer (Niederländer), Ernst Kühn (Charakter-Komiker), Fritz Verra (Rollenspieler), Charles Gilton (Quintillist), The Original Secars (Musikalischer Akt), Mlle. Marguerite mit ihren Klafftanzen, Les Figanos (Instrumentalisten).

**Neues gediegenes Familien-Programm.**  
Entree: Wochentags 20 Pf. Sonntags 25 Pf.  
Numerierter Platz 40 Pf. Numerierter Platz 50 Pf.  
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 6 Uhr.

In den Festzeiten:  
Die Raffschilde ist geöffnet.  
Großer Ball.  
Max Klem.

### Schweizer-Garten

Am Königsthor (Ringbahn) Am Friedrichshain.  
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Mittwoch:  
**Großes Familien- und Kinderfest.**  
Auftreten des neuen Künstler-Ensembles.  
Jeden Abend von 10-11 Uhr:  
Robit. Der Robit!  
**Ober-Bonze von Kiantschou.**  
Ausstattungs-Burleske mit Gesang in 3 Bildern von J. Eißner. — Musik von Max Schmidt.  
Volksbelustigungen aller Art. Im Saale: **Ball.**

### Sanssouci, Strasse 4a.

Glänzend renoviert! 22790  
**Eröffnung:**  
Sonnabend, den 26. August, abends 8 Uhr.  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger.**  
Dirigiert: Adolf Hoffmann, Germ. Müller-Lipart.  
Rudolf Steinhardt, Hans Bar, Bruno Grünberg, Georg Girschel, Karl Leonhardt, Theodor Wenzel, Emil Reich, Paul Wolfgang.  
Wichtigst empfohlen die Säle zu Festlichkeiten.

### Frau Luna

mit dem Luftballett „Grigolalis“.  
**\* Otto Reutter \***  
**Der Kosmograph** Neueste Aufnahme  
Neu! **Die Eröffnung** Neu!  
des Dortmund Ems-Kanals  
am 11. August 1899 durch  
Se. Maj. d. Deutschen Kaiser.  
Garten-Konzert 7 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Vorverkauf täglich im Theater und beim „Kunstlerdank“, Unter den Linden 69.

### Palast-Theater

früher  
Feen-Palast, Burgstraße 22.  
Direktion: Winkler und Fröbel.  
Sonnabend, 2. September:  
**Eröffnung**  
der durchweg wunderbar renovierten  
**Riesen-Bruchstücke.**  
Grosses (72789)  
Specialitäten-Programm.  
Vom Besten das Beste!  
Zum 1. Male:  
**Sprez-Lothchen!**  
Große Original-Ausstattungs-Pose.  
**30 junge Chordamen**  
können sich melden vormittags von 11-12 im Bureau des Palast-Theater, Burgstraße 22.

### R. Ballschmieders

„Kastanienwäldchen“  
Konzertgarten u. Bruchstücke  
Sadstr. 16. Gesundbrunnen, Sadstr. 16.  
Täglich:  
**Gr. Promenaden-Konzert.**  
Jeden Donnerstag:  
**Elite-Streich-Konzert.**  
Sonntags: **Großer Ball** im neuerbauten Saal.  
Empfehle meine Säle zu allen Festlichkeiten.  
R. Ballschmieder.

### Ostbahn-Park

Hermann Imbs  
71 Rüdendorfer Straße 71,  
am Kärntner Platz.  
Täglich: **Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Nur erstklassige Nummern.  
Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf.  
Kinder 10 Pf. Sprech. Nachtg. 10 Pf.  
Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf.  
Kinder 10 Pf. Sprech. Nachtg. 10 Pf.  
Jeden Dienstag:  
**Norddeutsche Sänger.**  
Hermann Imbs, Direktor.

### Max Kliems Sommer-Theater

Artistische Leitung: Paul Mitsch.  
Täglich: **Großes Garten-Konzert.**  
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.  
Nur erstklassige Kräfte.

Georg Fischer (Niederländer), Ernst Kühn (Charakter-Komiker), Fritz Verra (Rollenspieler), Charles Gilton (Quintillist), The Original Secars (Musikalischer Akt), Mlle. Marguerite mit ihren Klafftanzen, Les Figanos (Instrumentalisten).

**Neues gediegenes Familien-Programm.**  
Entree: Wochentags 20 Pf. Sonntags 25 Pf.  
Numerierter Platz 40 Pf. Numerierter Platz 50 Pf.  
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 6 Uhr.

In den Festzeiten:  
Die Raffschilde ist geöffnet.  
Großer Ball.  
Max Klem.

### Schweizer-Garten

Am Königsthor (Ringbahn) Am Friedrichshain.  
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Mittwoch:  
**Großes Familien- und Kinderfest.**  
Auftreten des neuen Künstler-Ensembles.  
Jeden Abend von 10-11 Uhr:  
Robit. Der Robit!  
**Ober-Bonze von Kiantschou.**  
Ausstattungs-Burleske mit Gesang in 3 Bildern von J. Eißner. — Musik von Max Schmidt.  
Volksbelustigungen aller Art. Im Saale: **Ball.**

### Sanssouci, Strasse 4a.

Glänzend renoviert! 22790  
**Eröffnung:**  
Sonnabend, den 26. August, abends 8 Uhr.  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger.**  
Dirigiert: Adolf Hoffmann, Germ. Müller-Lipart.  
Rudolf Steinhardt, Hans Bar, Bruno Grünberg, Georg Girschel, Karl Leonhardt, Theodor Wenzel, Emil Reich, Paul Wolfgang.  
Wichtigst empfohlen die Säle zu Festlichkeiten.

# Achtung, Maurer!

Sonntag, den 20. August er., vormittags 10 Uhr, bei Hoffmann, Alexanderstr. 27 c:  
**Versammlung**  
des Vereins zur Wahrung der Interessen d. Maurer Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Kessler über: „Revolution und Socialdemokratie“. 129/17  
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
NB. Da unter dem 3. Punkt wichtige Sachen zur Sprache kommen, ist es Pflicht der Mitglieder der Vorstand. J. A. G. Herforth.

Am 15. August verließ nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege, der Schriftleiter  
**Hermann Rott**  
im Alter von 40 Jahren.  
Wir verlieren in ihm einen treuen, braven Kollegen.  
Das Personal der Buchdruckerei  
**Hempel & Co.**  
Die Beerdigung findet am Sonntagvormittag 6 Uhr, v. d. Leichenhalle des Neuen Jerusalemer Friedhofs, Bergmannstraße, aus, statt. 1977b

Allen Kollegen und Freunden zur Nachricht, daß meine liebe Frau  
**Helene Mertens**  
geb. Karge (1888)  
am 18. d. M., vormittags 10 1/2 Uhr, in der Igl. Kranenstift verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntagvormittag 2 Uhr von der Leichenhalle des Westmännischen Friedhofs aus, statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bittet der trauernde Gatte nebst 4 Kindern.  
Emil Mertens, Bauarbeiter (Rath).

Allen Freunden, Genossen und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Emma** geb. Hobbay im Alter von 22 1/2 Jahren nach schwerem Leiden gestorben ist.  
Beerdigung Sonntag nachm. 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Neu-Westmännischen Friedhofs aus, statt. 1960b  
Der trauernde Ehemann:  
**Bruno Schilling.**

### Arbeiter-Radfahrer-Verein

„Berlin“.  
Morgen 1/8 Uhr  
Tempelhofer Feld  
(Steuerhaus) nach  
**Indenwalde.**  
Donnerstag: Hauptversammlung in  
Andreasstraße 36. 12/6

### Victoria-Brauerei

Lützowstraße 111/112.  
Im Naturgarten oder Saal:  
**Täglich**  
Humoristische Solree der  
Norddeutschen Sänger  
(Führmann, Horst, Walde).  
Anf. Sonntags  
präc. 7, wochentags  
8 Uhr.  
Entree 50 Pf.  
Vorverf. 40 Pf.  
Sommitbillets  
3 = 1 R.  
Sonntag und  
Donnerstag nach der Vorleistung:  
**Tanzkränzchen.**

### Pahlmanns Vaudeville-Theater

Inhaber: P. Pahlmann,  
Schönh. Allee 148, Rathen-Allee 97/99.  
Täglich:  
**Konzert, Theater**  
u. Spezialitäten-Vorstellung.

### Amtensbrinks Tanz-Institut.

Frankfurterstr. 58. (23442)  
Sonntag, 3. Sept., beginnt der erste  
Tanzkursus in der Saison. Empfehlung  
unsern Saal mit Theaterbühne, sowie  
große und kleine Vereinszimmer zu  
Festlichkeiten und Versammlungen.

### Guten (23443)

Mittagstisch und Abendessen.  
**Franz Jentsch, Alt-Roabit 54.**  
**Kinderwagen, Cuppen, Sport-,  
Kisten, Reiters u. Ziegenbockwagen,  
Kinder- Klappstühle,  
Triumphstühle, Kinder-  
Holzspielzeug, Spiel-  
wagen für Erwachsene u. Kinder,  
Kinderbetten, Säugel-  
Korbwaren, Kräftig-Lager-  
Bier, etc.**  
H. W. Schulz,  
Friedrichstr. 1707. Musterbuch  
gratis u. franko. Teilzahlg. gestattet.

### Fahrräder, Teilzahlung

contante Bedingungen. (23000)  
**Oranienstrasse 33, II.**

### Verband der Möbelpolierer.

Heute abend in sämtlichen Zahlstellen:  
**Entgegennahme von Beiträgen.**  
Montag, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr, Andreasstraße 26:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Sassenbach über: 147/6  
Zwangsjünglinge. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Am 27. August: **Herrenpartie** von Friedrichshagen nach Rahnsdorf, Neuer Krug usw.  
Der Vorstand.

### Kistenmacher!

Sonnabend, den 19. August 1899, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des  
Herrn Stechert, Andreasstraße 21:  
**Große öffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Der Streit bei Voigt, Reichsforst 30. 2. Abrechnung des Vertrauensmannes vom 1. und 2. Quartal. 3. Erwahlung eines Vertrauensmannes und dreier Revisoren. 4. Bericht des Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission. 5. Verschiedenes. 6. Verschiedenes.  
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Der Vertrauensmann: Franz Splinter, Elisabeth-Str. 43.

### Verein der Maschinisten, Heizer und Berufsgen.

Maschin und Umgegend.  
Sonntag, den 20. August 1899, nachmittags 5 Uhr, in Cobus  
Befahren, Deutschstraße 19/20:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Bericht des Vergütungsausschusses von der Landpartie. Verschiedenes.  
Fragekasten. (138/13)  
Der Vorstand.

### Achtung! Vergolder. Achtung!

Verband der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter  
und Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin.  
Montag, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminshallen“,  
Kommandantenstraße 20:  
**Außerordentliche Mitgliederversammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Diskussion über die Anträge des Filiale München, betreffend die Einführung der Arbeitslosen- und Kranken-  
Unterstützung, und Verlegung des Termins der General-Versammlung.  
(Siehe Korrespondenzblatt vom 1. August d. J.) 3. Verschiedenes und  
Fragekasten. — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines  
jeden, pünktlich zu erscheinen. 225/15  
Der Vorstand.  
NB. In dieser Versammlung findet die Ausgabe der Waiverbillets statt. D. O.

### Freie Vereinigung der Civil-Berufsmusiker

Berlin und Umgegend.  
Dienstag, den 22. August 1899, vormittags 11 Uhr, im Lokale  
des Herrn Lange, Dragonerstraße 15:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Anträge Jussko (Statutenänderung).  
3. Abrechnung vom Zeitungsbeleg. 4. Vereinsangelegenheiten und Ver-  
chiedenes. Um zahlreiche und pünktliche Erscheinung bittet  
Der Vorstand.  
50/10

### Actien-Brauerei Friedrichshain

früher Lipps. Am Königsthor.  
Sonnabend, den 19. August 1899:  
**Gr. Sommerachts-Ball**  
verbunden mit humoristischen Vorträgen und Gesang  
arrangiert von  
**Verband aller im Handels- u. Transportgewerbe  
beschäftigten Hilfsarbeiter Berlins u. Umg.**  
Auskunfts-Bureau u. Adressnachweis: Kommandantenstr. 25.  
Telephon: Amt IV No. 3973.  
Auftreten des Humoristen Herrn Oskar Lange und des Improvisators  
(Stegreichtler) Herrn Richard Arnoldi.  
Die Gesangs-Vorträge werden von dem Gesangsverein „Süd-West“ (H. d.  
A. S. W.) unter Leitung des Dirigenten Herrn Schulz, die Ballmusik  
von dem 20 Mann starken „Neuen Berliner Konzert-Orchester“ unter  
Leitung des Dirigenten Herrn Rudolf Tiedt ausgeführt.  
Anfang abends 8 Uhr. Ende früh 8 Uhr.  
Eintritt für Damen 30 Pf., für Herren 50 Pf. mit Tanz.  
Die Festteilnehmer haben gegen Vorlegung der Billets freien Zutritt  
zum Gartenlokal, welches von 4 Uhr an stattfindet. 75/15  
Billets sind zu haben im Bureau, in den Zahlstellen sowie bei sämt-  
lichen Vorstandsmitgliedern. Das Komitee.

### Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlfelle Berlin.  
Dienstag, den 22. August er., abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
im Lokale von Feuerstein, Alie Jakobstraße Nr. 75.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Max Schütte über: Graf Winbeau. 2. Ver-  
sandsangelegenheiten und Verschiedenes. 25/3

Sonnabend, 16. September, in Kellers Festhallen, Roppenstr. 29:  
**Gr. humoristische Solree der Vespiger Sänger. — Gr. Ball.**  
Billets 30 Pf. — Tanz 50 Pf. — Billets sind im Bureau, Ammerstr. 50  
und sämtlichen Zahlstellen zu haben. Die Ortsverwaltung.



Gerichts-Beilage.

Die oberste Justiz und die polnische Socialdemokratie. Wegen Verleumdung eines Richterkollegiums hatte sich gestern der Maler und Redacteur Lesnikowski, der bis vor kurzem die „Gazeta Robotnika“ redigierte, vor der Ferien-Strasskammer zu verantworten. In einem Artikel des Blattes wurde Kritik an einem Urteil der dritten Strasskammer des Landgerichts zu Weuthen geübt, durch welches ein Kolporteur wegen Verdringung eines socialdemokratischen Wahlaufrufes zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war. In dem Artikel wurde u. a. gesagt, daß die Richter jedenfalls ihre Pflicht nach bestem Wissen gethan, aber doch von ihrem persönlichen Massenstandpunkt und ihrer Klassenüberzeugung aus geurteilt hätten und daß die Aufgabe gelöst werden müßte: ganz Oberflächlich socialdemokratisch zu machen, damit gerechte Urteile gesprochen würden. Die Richter der III. Weuthener Strasskammer fühlten sich durch den Artikel beleidigt und stellten den Strafantrag. Der Angeklagte bestritt die Absicht der Verleumdung und verwies auf die Thatfache, daß von dem Polener Gericht der Verbreiter desselben Wahlaufrufes nur zu 100 M. und sogar der Verfasser nur zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden sei. Der Staatsanwalt erblickte in dem Artikel schwere Vorwürfe gegen die betreffenden Richter, deren Unparteilichkeit direkt angezweifelt werde, und beantragte drei Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf sechs Wochen Gefängnis und Substitutionsbefugnis für die Verleumdigten.

Eine sehr unangenehme Polizeigeschichte, die sich am Totensonntag des Jahres 1894 abgespielt hat, wurde längst vor dem Schöffengericht zu Halle a. S. enthüllt. Angeklagt war der Restaurateur Günther, der den Sittenbeamten Eiternid durch üble Nachrede beleidigt haben sollte. Die Sache hatte folgendes Vorspiel: Gelegentlich einer Kontrolle bemerkten die Nachtwächter Bengler und Augustin in der Totensonntagnacht des Jahres 1894, wie sich ein Herr mit einer Frauensperson in der Nähe eines Brettergauners ungeschicklich zu schaffen machte. Die Wächter hatten von der vorgesetzten Behörde Auftrag erhalten, gut aufzupassen, damit in jener Gegend keine Unsitlichkeiten begangen würden. Sie nahmen den Herrn und die Dame mit nach der Polizeiwache. Dort angekommen, anstießte man sich sehr darüber, daß der sifflerte Herr ein bekannter Kollege war. Der eine Wächter verlangte die Feststellung des Namens seines Arrestanten, worauf der Beamte, der in jener Nacht allerdings nicht amtlich thätig gewesen und Urlaub zu einer Hochzeit gehabt haben will, erklärt haben soll: „Ka so etwas ist mir doch noch nicht passiert, daß ich von einem Nachtwächter arretiert worden bin“. Er stellte die „Dame“, die bei der Festnahme gefügt haben soll: „Ka ich bin ja nun alle Reviere ziemlich durch, nun kann ich ja auch mal schauen, wie es auf der Klosterstraße aussieht“ als seine Frau an, womit dann die Sache vorläufig ihr Ende hatte. Längere Zeit nach jenem Vorgange avancierte Eiternid zum Sittenbeamten, worauf er das Günthersche Restaurant und die darin beschäftigten Kellnerinnen zu kontrollieren hatte. Eines Tages kam es zwischen Günther und Eiternid zum Wortwechsel, worauf G. dem E. den Vorgang von der Totensonntagnacht des Jahres 1894 vorwarf. Eiternid fühlte sich beleidigt und er, sowie auch die Polizeiverwaltung stellte Strafantrag gegen Günther. Der Wahrheitsbeweis wurde aber durch die Nachtwächter z. erbracht und Günther wurde freigesprochen. Die durch Eiternid verursachten Kosten trägt natürlich die — Staatskasse!

Wegen Vergehens im Amte stand gestern der frühere Posthilfsbote August Schwensin vor der zweiten Strasskammer des Landgerichts I. Der Angeklagte legte ein Gefändnis ab. Als er eines Tages mit dem Sortieren von Briefen beschäftigt war, sei ihm ein Brief in die Hände gekommen, der versehentlich nicht geschlossen war. Er habe den Inhalt untersucht und darin eine Anzahl Freimarken gefunden. Er habe den Brief einfach geschlossen. Erst später sei ihm der Gedanke gekommen, daß er sich die Marken hätte aneignen können. Als er dann viele Briefe zu bestellen erhielt, die von einem hiesigen Lotteriegeschäft herrührten, habe er vermutet, daß dieselben außer einem Schreiben auch Lotterielose enthielten. Er habe etwa 20 Briefe unterschlagen, in denen er ein Los fand. Drei von diesen Losen waren mit Gewinnen von 50 M., bezw. je 15 M. gezogen. Nur in dem ersten Falle gelang dem Angeklagten das Abheben des Gewinnes, beim zweiten Male wurde dem Dienstmann, welcher von dem Angeklagten nach dem Lottericomptoir gefandt worden war, ein Angestellter mitgegeben, der den Auftraggeber verhaften lassen sollte. Als der Angeklagte aber zwei Personen kommen sah, zog er es vor, sich davon zu machen. Während der Staatsanwaltschaft gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren, santragte, plädierte der Verteidiger, Referendar Dr. Fräberichs, für ein niedrigeres Strafmaß. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre.

Eine wissenschaftlich falsche eidesstattliche Versicherung, die mit großer Freivolität abgegeben war, führte gestern den Portier Franz Marquardt vor die vierte Ferien-Strasskammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war Portier im Hause Großbeerensstraße 10, welches dem nicht dort wohnenden Eigentümer Grunow gehört. Dem Angeklagten war bekannt, daß der Porzellanhändler Wislitz, der in dem Hause Großbeerensstraße 10 sein Geschäft betrieb, mit der Miets im Rückstande geblieben war, vom Vermieter aber Aufschub erhalten hatte. Am Abend des 10. Mai erschien nun der Angeklagte bei Grunow und erzählte, daß Wislitz Vorbereitungen treffe, um zu rücken. Große Kisten mit Porzellan würden verpackt und auf Möbelwagen fortgeschafft. Er habe einmal den Kaiser gefragt, wenn der nicht mit einer Krima versehenen Wagen gehörte, aber nur die Antwort erhalten: „Ach was, hier wird Selgoland gemacht!“ Grunow forderte den Angeklagten auf, seine Wahrnehmungen bei einem Rechtsanwalte in Form einer eidesstattlichen Versicherung niederzulegen. Marquardt hat dieser Aufforderung nach. Die Folge war, daß auf Grund dieser eidesstattlichen Versicherung ein scheinbarer Arrest gegen Wislitz ausgebracht und sein Geschäft geschlossen wurde. Wislitz, dem von dem Inhalte der eidesstattlichen Versicherung nicht das geringste bekannt war, strengte die Interventionsklage an. Im Termine mußte Marquardt einräumen, daß er sich die ganze Geschichte aus den Fingern gelogen habe. Dem Kläger Wislitz wurde sein Eigentum wieder freigegeben, durch die Schließung seines Geschäftes hatte er aber immerhin einen Schaden von 600 M. erlitten. Der Angeklagte behauptete im geistigen Termine, daß er an Gedächtnisschwäche leide, er wisse weder etwas davon, was er dem Feigen Grunow und dem Rechtsanwalt mitgeteilt habe, noch könne er einen Grund für seine Handlungsweise angeben. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von einem Jahre drei Monaten, der Gerichtshof erkannte auf neun Monate Gefängnis.

Ein nettes Gastwirths-Ehepaar stand gestern vor der ersten Ferien-Strasskammer am Landgericht II. Der Restaurateur Gottfried Treptau in der Kolonnenstraße war wegen Betruges angeklagt und außerdem wurde er in Gemeinshaft mit seiner Ehefrau des Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz beschuldigt. Bei den Angeklagten war im vorigen Jahre der Kellner W. I. beschäftigt. Eines Tages befand sich der Hausdiener Victor im Lokale und machte eine Rede von 80 Pf. Als er gehen wollte, war der Kellner nicht zur Stelle; der Gast zahlte daher an den Wirt und legte 10 Pf. Trinkgeld für den Kellner zu. Als letzterer wieder das Lokal betrat, händigte ihm der Wirt die 80 Pf. ein, die 10 Pf. Trinkgeld bezieht er aber zurück. Der Kellner kannte den Gast sehr gut, er wußte, daß dieser stets Trinkgeld gab und da er den Wirt längst im Verdacht hatte, daß dieser das in analogen Fällen für den Kellner empfangene Trink-

geld für sich behalte, so fragte er bei dem Gaste telephonisch an und erhielt den Bescheid, daß 10 Pf. für ihn beim Wirt deponiert seien. Der Kellner stellte darauf den Wirt zur Rede, dieser leugnete, es kam zu einem Zerwürfniß, der Kellner verließ seine Stellung und erkrankte wegen Betruges, gleichzeitig debütierte er seine Anzeige dahin aus, daß der Wirt und seine Ehefrau die von dem Wälten auf den Tellern zurückgelassenen Fleischreste wieder zu dem Fleische werfen, das für später kommende Gäste bestimmt war. Die Angeklagten bestritten diese Manipulationen und bezeichneten die Anzeige als einen Rothe-Akt des Kellners Woll, den sie wegen Durchsichtereien mit der Köchin entlassen hätten. Die frühere Köchin, Fräulein Langowski und dann noch eine dritte Frau, die ebenfalls früher in der Treptauschen Küche beschäftigt gewesen war, bestätigten aber die von Woll erhobenen Beschuldigungen und so gelangte der Gerichtshof zu der Ueberzeugung, daß wenigstens die Ehefrau des Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz schuldig sei, wenn auch dem Ehemanne nicht ausreichend nachgewiesen sei, daß er um die ekelhaften Manipulationen seiner Frau gewußt habe. Der Ehemann könne daher nur wegen des Betruges an den 10 Pfennig verurteilt werden, und hier seien wegen der Seringsfügigkeit des Betruges fünf Mark Geldstrafe ausreichend. Die Ehefrau dagegen sei mit zwei Wochen Gefängnis und 800 Mark Geldstrafe zu bestrafen.

Versammlungen.

Mit der Dienstbotenbewegung

beschäftigte sich am Donnerstag eine Volksversammlung, die von der Vertrauensperson der socialdemokratischen Frauen nach der Berliner Ressource einberufen war. Der Saal und die Gallerien waren schon lange vor Beginn der Versammlung von einer dicht gedrängten Menschenmenge gefüllt. Später wurde das Lokal, als es vollständig besetzt war, abgeperrt. Männliche und weibliche Besucher waren etwa in gleicher Stärke, Dienstboten aber nur wenig vertreten. Den Vortrag des Abends über die Dienstbotenbewegung, ihre Ursachen und Ziele, hielt Lilly Braun. Die Referentin leitete ihre Ausführungen ein mit einer historischen Betrachtung über die Entstehung des Dienstbotenverhältnisses bis zu seiner heutigen Form, sowie über den Ursprung der gegenwärtigen Gefinde-Ordnungen, von denen es in Deutschland 90, in der Provinz Hannover allein deren sechs giebt. Die Rednerin zeigte unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen der verschiedenen Gefinde-Ordnungen, daß die Lage der Dienstboten eine den heutigen Anschauungen durchaus widersprechende sei, da sie sich wenig von dem Sklaven- und Hörigkeitsverhältnis früherer Zeiten unterscheide. Insbesondere wies die Referentin darauf hin, daß die preussische Gefinde-Ordnung der Herrschaft das Recht der Jächtigung über die Dienstboten zu lassen hat. Dann warf sie die Frage auf: Was hat die bürgerliche Gesellschaft gethan, um die Lage der Dienstboten zu verbessern? Im Jahre 1898 beantragte die freisinnige Partei im Reichstage die Gleichstellung der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Aber im Jahre 1895 stimmte dieselbe Partei in der Kommission zur Beratung des bürgerlichen Gesetzbuches gegen die Aufhebung der Gefinde-Ordnungen. Das Centrum hat im Plenum des Reichstages 1896 ebenfalls gegen die Stellung der Dienstboten unter die Gewerbe-Ordnung gestimmt. 1897 nahm der Reichstag eine Resolution Langemann an, welche die verbündeten Regierungen ersucht, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher das Arbeitsverhältnis der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, sowie der Dienstboten regelt. Der Reichstag nahm zwar diese Resolution an, die Regierungen haben ihr aber bis jetzt noch nicht Folge gegeben. Ueber die Nichtbeachtung dieses Reichstags-Beschlusses dürfen wir uns freilich nicht wundern. Sehen wir doch, daß ein viel wichtigeres Versprechen des Reichstanzlers: die Aufhebung des Verbindungsverbot für politische Vereine, bis heut unerfüllt geblieben ist. (Beifall.)

Wenn wir jetzt, angesichts der Dienstbotenbewegung die bürgerliche Presse betrachten, dann sehen wir, daß sie ihr mit wenig Ausnahmen feindlich gegenüber steht. Von jener Seite ist also nichts für die Dienstboten zu erwarten. (Zustimmung.) Die bürgerliche Frauenbewegung hat bei ihrer Agitation aus Anlaß der Beratung des bürgerlichen Gesetzbuches der Gefinde-Ordnung gar nicht gedacht. Auf dem Kongreß der bürgerlichen Frauen hat man einen Herrn, der über die Gefinde-Ordnung sprechen wollte, nicht reden lassen, angeblich aus Mangel an Zeit. Frau Lina Morgenstern, eine Führerin der bürgerlichen Frauen, forderte, da die Dienstboten manchmal verloren gingen, daß die Zeugnisse der Dienstmädchen bei der Polizei eingereicht würden, und der Berliner Hausfrauen-Verein soll ja in einem Flugblatt seine Mitglieder aufgefordert haben, ihren Dienstmädchen den Besuch der Versammlungen zu verbieten, und dieselben eventuell zu entlassen. Im übrigen schweigen die bürgerlichen Frauen über die Dienstbotenbewegung. Nur das Organ der angeblich radikalen Gruppe der bürgerlichen Frauen brachte einen sehr matten Artikel über die Bewegung.

Wer ist es, der für die Dienstboten eintritt und für ihre Rechte kämpft? Von Leitern der jetzigen Dienstbotenbewegung wurde gesagt, die Socialdemokratie habe bisher nichts für die Dienstboten gethan. Diese Behauptung beweist, wie gering die Kenntnisse derjenigen sind, die an der Spitze der Dienstbotenbewegung stehen, und in welchen Händen sich diese zur Zeit befindet. (Beifall.) Im socialdemokratischen Programm wird gefordert: Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern und Aufhebung der Gefinde-Ordnung. Die socialdemokratische Partei hat aber auch im Reichstage eine Reihe von Anträgen gestellt, die sich auf die Verhältnisse der Dienstboten beziehen. Sie beantragte im Jahre 1895, daß die Gewerbegerichte auch für die Dienstboten zuständig sein sollen, und ferner, daß den Dienstboten das Koalitionsrecht gewährt werde. Gerade dieser Punkt ist von größter Wichtigkeit, denn solange die Dienstboten nicht das Recht der Koalition haben, ist ihre Bewegung ein Meffer ohne Heft und ohne Klinge. Ohne das Koalitionsrecht bleiben die Dienstboten Sklaven und Hörige, wie sie es in früheren Jahrhunderten waren. (Beifall.) Die Erreichung des Koalitionsrechts sollte daher eine der ersten Forderungen der Dienstbotenbewegung sein. (Zustimmung.)

Bei der Beratung der socialdemokratischen Frauen aus Anlaß der Beratung des bürgerlichen Gesetzbuches entfalteten, gehörte die Abschaffung der Gefinde-Ordnung zu den selbstverständlichen Forderungen. — Im Reichstage ist die Socialdemokratie 1896 dafür eingetreten, daß die Bestimmung im Einführungsgesetz zum B. G. B., welche den Fortbestand der Gefinde-Ordnungen ausspricht, beseitigt werde. Unsere Partei verlangt, daß die Dienstboten der Gewerbe-Ordnung unterstellt werden. Sie beantragte, für den Fall, daß die obligatorische Krankenversicherung der Dienstboten nicht angenommen würde, die den Herrschaften auferlegte Pflicht der Krankenfürsorge von 6 Wochen auf 13 Wochen auszubehnen. Dieser Antrag wurde aber mit 189 gegen 25 Stimmen abgelehnt. Im Jahre 1897 stellten die Socialdemokraten den Antrag, die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, welcher die Ausnahmestimmungen für landwirtschaftliche Arbeiter und Dienstboten beseitigt und diese der Gewerbe-Ordnung unterstellt. Aber auch dieser Antrag wurde abgelehnt und statt dessen die schon erwähnte Resolution Langemann angenommen. Das ist die Stellung, welche einerseits die Socialdemokraten, andererseits die bürgerlichen Parteien hinsichtlich der gesetzlichen Regelung der Verhältnisse der Dienstboten eingenommen haben. Wenn auch die Dienstboten noch kein Koalitionsrecht haben, so könnte ihre Organisation doch in mancher Hinsicht eine Verbesserung ihrer Lage durchsetzen. So freudig wir auch die Dienstboten-

Bewegung begrüßen, so weit entfernt sind wir, die Dienstboten socialdemokratisch organisieren zu wollen. Wir wollen ihre Bewegung gern und freudig unterstützen, aber wir müssen sehen, daß ihr Verein ein Kampfverein wird. (Bravo.) Das ist jetzt nicht der Fall. Einer der Leiter der jetzigen Dienstboten-Bewegung läßt ja eine Tyrannie über die Mitglieder des Vereins aus, die der Tyrannie der Herrschaften nicht nachsteht. Dieser Herr hat die Dienstmädchen aufgefordert, die heutige Verammlung nicht zu besuchen, und er hat erklärt, daß ein socialdemokratisches Mädchen dem Verein nicht angehören darf. — Ich fordere die Dienstmädchen auf, sich selber zu organisieren und darauf zu halten, daß der Vorstand ihres Vereins nichts anderes sein darf, als ihr ausführendes Organ. Ihr Verein muß ein energischer, zielbewußter Kampfverein werden. (Beifall.) Sie dürfen sich nicht säufren lassen, sondern Sie müssen selbst ihre Angelegenheiten in die Hand nehmen. (Bravo!) Die Rednerin empfiehlt folgende Resolution:

- Die Versammlung erklärt:
- Wir begrüßen mit Befriedigung die neu entstandene Dienstbotenbewegung als eine erste Bewegung des Selbstgefühls und erstarkenden Klassenbewußtseins dieser rechtlosen Schicht des Proletariats. In der Erkenntnis, daß die männlichen und weiblichen Dienstboten unter einem Ausnahmegeretz stehen, das ihre Bürgerrechte einschränkt, sie wehrlos der Willkür ihrer Arbeitgeber preisgibt und ihnen die Möglichkeit nimmt, mit allem Nachdruck für ihre Interessen zu kämpfen, fordern wir:
  - 1. Abschaffung der Gefinde-Ordnung und der Dienstbücher.
  - 2. Aufhebung des Gesetzes vom 24. April 1854.
  - 3. Ausdehnung der obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung auf alle Dienstboten.
  - 4. Unterstellung der Dienstboten unter die Gewerbe-Ordnung.
- Wir verlangen ferner, angesichts der gesundheitswidrigen Wohnungsverhältnisse der Dienstboten den schleunigen Erlaß orts- oder landespolizeilicher Verordnungen, die
- a) einen hygienisch angemessenen Minimal-Raum festsetzen;
  - b) die Bestimmung treffen, daß diese Räume durch nach außen gehende Fenster gehörig ventilirt, mit Heizvorrichtung versehen, von innen verschließbar und von Retiraden und dergleichen in entsprechender Entfernung sein müssen.

Die Durchführung dieser Bestimmungen ist behördlich zu kontrollieren und wo die Wohnräume der Dienstboten diesen Anforderungen nicht entsprechen, sind die Hausbesitzer und Mieter zu bestrafen und die fernere Benutzung des betreffenden Raumes zu verbieten.

Am der Ausbeutung der Dienstboten durch gewerbsmäßige Arbeitsvermittler ein Ziel zu setzen, verlangen wir die Errichtung öffentlicher oder kommunaler Arbeitsnachweise, soweit die Arbeitsvermittlung nicht von den Dienstboten-Organisationen selbst in die Hand genommen werden kann. Die Erringung aller dieser Forderungen wird zum großen Teil von dem energischen, vereinten Kampfe aller Dienstboten abhängen und in diesem Kampfe sichern wir der Dienstbotenbewegung unsere Unterstützung zu.

Lilly Braun schließt mit folgenden Bemerkungen: Die in der Resolution niedergelegten Forderungen sind derart, daß sie jedes Mädchen, auch ohne socialdemokratisch zu sein, unterschreiben kann. Es sind Forderungen, die gegenwärtig erfüllt werden können, aber wir meinen nicht, daß dadurch das Dienstbotenelend endgültig beseitigt wird. Die Befreiung der Arbeiterklasse, zu der auch die Dienstboten gehören, ist erst durch die Aenderung der Gesellschaftsordnung zu erwarten, und die einzige Partei, die dies Ziel erreichen kann, ist die Socialdemokratie. (Lebhafte Beifall.)

Die nun folgende Diskussion nahm einen ziemlich ruhigen Verlauf. Erhebliche Einwendungen gegen den von der Referentin vertretenen Standpunkt konnte auch der Führer der Dienstbotenbewegung, Redacteur Perlmann, nicht machen. Er drückte seine Befriedigung darüber aus, daß von socialdemokratischer Seite keine besondere Organisation der Dienstboten beabsichtigt werde, er erkannte es an, daß die Socialdemokratie die Dienstbotenbewegung unterstütze, meinte aber, es sei besser, wenn die Bewegung parteilos bleibe, damit die Herrschaften nicht an derselben Anstoß nehmen und den Dienstboten den Beitritt zum Verein verbieten. Mit dem von der Referentin erwähnten Verhalten eines Leiters des Vereins seien nicht alle Mitglieder einverstanden.

Was Weites sind der Unterstützungsverein der Diener ist, und daß dieser Verein in seiner jetzigen Form und unter der gegenwärtigen Leitung nicht dazu angethan ist, einer zielbewußten Dienstbotenbewegung als Stütze zu dienen, das wurde durch einige frühere Mitglieder und den gewesenen zweiten Vorsitzenden des Vereins im Laufe der Debatte dargelegt. — Eine ältere Köchin bekundete ihr volles Einverständnis mit den Ausführungen der Referentin. Im Sinne des Vortrages sprachen ferner Fräulein Wien und Frau Hönig. Mit lebhaftem Beifall nahm die Versammlung die Ausführungen von Frau Wenzel entgegen, die in temperamentvoller Weise die ängstliche, harmonisierende Art, in der Herr Perlmann die Dienstbotenbewegung vertritt, kennzeichnete. Die Dienstmädchen wüßten jetzt schon, daß sie zu den Arbeitern und nicht zu den Herrschaften gehören, und die Geister, welche die Leiter der Bewegung gerufen haben, würden sie nicht wieder los. — In ihrem Schlußwort bemerkte Lilly Braun: Daß der Sturm, der sich unter den Dienstboten erhoben hat, nicht aufhöre, dafür werden wir sorgen. (Beifall.) Da zur Zeit ein Mangel an Dienstmädchen herrsche, so hätten diese nicht nötig, ängstlich zu sein und sich den Besuch der Versammlungen verbieten zu lassen. Aber wenn sich die Socialdemokratie der Bewegung der Dienstboten nicht annehme, habe dieselbe keine Aussicht auf Erfolg. (Großer Beifall.)

Die von der Referentin vorgeschlagene Resolution fand einstimmige Annahme.

Die Arbeitervertreter Berlins und Umgegend, welche auf Grund des Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungs- und des Krankenversicherungs-Gesetzes gewählt sind, waren für Donnerstag zu einer öffentlichen Versammlung einberufen, die leider nur sehr schwach besucht war. Es handelte sich hierbei um die Organisation der Arbeitervertreter Deutschlands sowie um die „Wahl eines Vertrauensmannes“.

Sinnowski erläuterte in seinem einleitenden Referat die einzelnen Bestimmungen über die Organisation der oben benannten Berufsvereine und deren im Verlauf ihres Bestehens getroffenen Veränderungen. Wenn man auch der Arbeitervertretung in den Berufsvereinen und im Reichs-Versicherungsamt eine einflußreiche Mitwirkung zugesagt habe, so konnte man während der letzten Jahre gerade wahrnehmen, daß die gewählten Arbeitervertreter die eigentliche Aufgabe ihres Berufes entweder nicht voll und ganz erfüllen oder dies eben nicht konnten, weil sie zwar auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen gewählt, aber, wie namentlich in den Berufsvereinen und beim Reichs-Versicherungsamt, nur äußerst selten oder gar nicht Gelegenheit haben, ihres Amtes walten zu können, wie es thatsächlich innerhalb der letzten vier Jahre dem größten Teil der Arbeitervertreter beim Reichs-Versicherungsamt ergangen ist. Hingru konnte noch, daß die übergroße Menge der Versicherten selbst kein Verständnis für die eigentlichen Aufgaben der Arbeitervertreter habe, wie man es bedauerlicherweise gerade in Berlin beobachtet konnte. Infolge aller dieser Umstände habe man deshalb seiner Zeit die Konferenz der beim Reichs-Versicherungsamt bestellten Arbeitervertreter nach Halle einberufen, nachdem bereits der Gewerkschafts-kongreß in Frankfurt a. M. sich mit dieser Frage befaßt hatte. Von den 32 Vertretern waren 25 anwesend, welche unter den obwaltenden Umständen sich dahin schloß, in Form einer Isten Centralisation in allen Städten Deutschlands in öffentlichen



